

Der Staatsstreich Napoleons und das Konsulat

Der General Napoleon Bonaparte hatte die Österreicher aus ihren italienischen Besitzungen gedrängt und Norditalien entsprechend den französischen Bedürfnissen neu geordnet. Aber dann entschied sich Napoleon, den Krieg gegen den Dauergegner England durch einen Angriff auf Ägypten weiterzuführen. Ägypten gehörte zwar zum Osmanischen Reich und war militärisch nur schwach geschützt, doch die Landbrücke von Suez war für den florierenden Indienverkehr zur wichtigsten Verbindung geworden. Bonaparte konnte sein Heer von 30 000 Mann in Ägypten landen, aber in der Seeschlacht von Abukir am 1./2. August 1798 vernichtete Nelson die französische Flotte und schnitt Bonaparte so den Rückweg ab. Die Nachricht von dieser Niederlage ließ die Gegner Frankreichs aufhorchen und reagieren. Der Friedenskongress von Rastatt stockte und scheiterte schließlich im Juni 1799. Österreichische und Reichstruppen griffen am Rhein wieder an, die Österreicher auch in Italien. Die französische Regierung, das Direktorium, ergriff Gegenmaßnahmen und mobilisierte neue Truppen.

Bonaparte konnte die Mamluken in der Schlacht unter den Pyramiden besiegen und in Kairo einziehen, aber es wurde immer klarer, dass die Expedition militärisch ein Fehlschlag war. So ließ er im September 1799 sein Heer im Stich, schlängelte sich durch die englische Blockade und landete am 9. Oktober in Saint Raphaël. Die Regierung wagte nicht, den populären General zu verhaften, und seine Anhänger begannen eine beispiellose Propagandaschlacht für eine neue Staatsform und eine energische Staatsführung. Am 9. November wurde die alte Regierung in einem Staatsstreich (18. Brumaire VIII) mit militärischer Hilfe gestürzt, und Bonaparte wurde Erster Konsul und damit faktisch Diktator. Der neue Konsul führte ein Heer über die Alpen nach Italien und konnte dort die Österreicher im Juni 1800 in der Schlacht von Marengo vernichtend schlagen. Entscheidender war allerdings der Sieg des Revolutionsgenerals Moreau am 3. Dezember 1800 bei Hohenlinden in Bayern, wo die bayrischen und österreichischen Truppen vernichtend geschlagen wurden. Im Frieden von Lunéville am 9. Februar 1801 wurde der Friede von Campo Formio bestätigt und ergänzt. Das Reich musste endgültig auf seine alten linksrheinischen Kerngebiete verzichten, insbesondere auf die drei geistlichen Kurfürstentümer Mainz, Köln und Trier. Napoleon nahm am 9. März offiziell vom Rheinland Besitz und demonstrierte so nachhaltig die Erfolge seiner Staatsstreichregierung. Das Rheinland wurde französisches Staatsgebiet, in Départements eingeteilt und hatte die Gesetzgebung der französischen Revolution zu übernehmen, seit 1804 auch den neuen Code Civil, den Napoleon geschickt mit seinem Namen verbunden hatte.

Der Verlust der linksrheinischen Gebiete führte nicht zu einer allgemeinen Empörung. Kaiser und Reich hatten unterschrieben, und Preußen hatte sich im Frieden von Basel 1795 zur Schutzmacht von Deutschland nördlich der Mainlinie erklärt und sah seine Interessen nicht betroffen. Einen Aufstand gab es allerdings bei den vielen kleineren und größeren Fürsten, die linksrheinische Besitzungen gehabt hatten und sich jetzt enteignet sahen und von Frankreich Entschädigung forderten. Das französische Außenministerium erklärte sich für nicht zuständig und empfahl, die Entschädigung aus den nicht mehr zeitgemäßen geistlichen Gebieten im rechtsrheinischen Deutschland zu nehmen, diese zu „säkularisieren“. Das Alte Reich war seit 1648 nicht mehr sehr handlungsfähig, aber es war eine Bestandsgarantie für eine Vielzahl kleiner und kleinster „reichsunmittelbarer“ politischer Einheiten vor allem im Südwesten: Reichsstädte, Reichsritter, Kleinadel, Bistümer, Klöster, Orden. Als Frankreich nun die Säkularisation der geistlichen Gebiete empfahl, wurde aus der Bestandsgarantie ein Wettlauf der Nachbarn um geistliche und kleinere weltliche Gebiete, die „mediatisiert“ werden sollten. Die Entscheidungen fielen im französischen Außenministerium, und dorthin flossen auch gewaltige Bestechungsgelder, aber „Säkularisation“ und „Mediatisierung“ wurden im letzten großen Reichsgesetz, dem „Reichsdeputationshauptschluss“ vom Februar 1803 beschlossen. Es ging dabei um Süddeutschland, und Frankreich förderte grundsätzlich die Entstehung größerer Staaten. Für Baden und Württemberg waren die guten Verbindungen zu Russland wichtig. Die Schwester Friedrichs von Württemberg war die Frau des Zaren Paul, und ihr Sohn Alexander, verheiratet mit einer Prinzessin von Baden, war Zar von 1801 bis 1825 und unterstützte diplomatisch die Ansprüche seiner Verwandten.

Das Ende des Alten Reiches

Aber dieser erste Eingriff genügte Napoleon nicht. Er erhob sich 1804 zum Kaiser der Franzosen, und der letzte Kaiser Franz II., der um seinen Rang als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches fürchtete, nahm schon vorher den Titel eines Kaisers von Österreich an. 1805 kam es zu einem neuen Krieg zwischen den beiden Mächten, und nach dem glänzenden Sieg von Austerlitz im Dezember 1805 erklärte Napoleon das Reich für erledigt, und er förderte in Süddeutschland drei neue Mittelstaaten, als größten Bayern an der Grenze zu Österreich, als zweiten Württemberg und an der Grenze zu Frankreich mit unmöglichen Grenzen das Großherzogtum Baden. Bayern und Württemberg wurden Königreiche, und alle drei mussten Frankreich Truppen stellen und Subsidien bezahlen. Sie waren theoretisch souverän, aber in Wirklichkeit in den von Frankreich präsierten Rheinbund eingebunden und ganz von Frankreich abhängig. So musste Baden 1804 die Entführung des bourbonischen Herzogs von Enghien aus Ettenheim ohne Protest hinnehmen, Friedrich von Württemberg seine Tochter Katharina als Frau für den jüngeren Bruder Jérôme Bonaparte hergeben und der badische Erbprinz Karl Stephanie Beauharnais heiraten, eine Nichte der Kaiserin Josephine. Nach der Niederlage Preußens 1806/7 dehnte Napoleon seinen Einfluss auf ganz Deutschland aus. Preußen wurde sehr verkleinert und abhängig gemacht, und Jérôme erhielt ein neues Königreich Westfalen. 1808 beim Fürstenkongress von Erfurt führte Napoleon Deutschland als eine Ansammlung von abhängigen Satellitenstaaten vor.



Die Übernahme der revolutionären Gesetzgebung im Rheinland bedeutete einen ungeheuren Reformschub, die Überwindung des Klein-Klein mit unterschiedlichen Gesetzen, Maßeinheiten, Währungen und Zollgrenzen, und auch die neuen Königreiche modernisierten ihre Verwaltungen und vereinheitlichten Gesetze, Maße und Währungen. Das Alte Reich hatte wie eine Käseglocke Neuerungen und Reformen verhindert und die wirtschaftlich längst überholte Kleinteiligkeit konserviert. Der aufgeklärte Absolutismus hatte in den größeren Staaten schon einiges verbessert, aber jetzt gab es die Chance zur flächendeckenden Einheitlichkeit. In einigen Rheinbundstaaten (Westfalen, Berg, Anhalt) wurde der Code Civil unverändert übernommen, im Großherzogtum Baden mit leichten Änderungen als „Badisches Landrecht“. Der französische Einfluss war also durchaus positiv, und die Überwindung der durch das Reich konservierten staatlichen Unfähigkeit war bitter notwendig. Es gab auch bei der brutalen staatlichen Neuordnung keinen Widerstand. Die neue Herrschaft schickte zum festgesetzten Termin einen Staatskommissar, der sich die Bücher vorlegen ließ und die Kassen prüfte und dann die Geschäfte übernahm. Die bisherigen Herren übergaben

ihre Ämter und Geldbestände und gingen nachhause. In Bayern wurde die Neuordnung vom Grafen Montgelas und seinen „Nordlichtern“ durchgezogen, in Baden war Sigismund von Reitzenstein „der Begründer des Badischen Staates“ (Buchtitel von Franz Schnabel), das neue Württemberg wurde wesentlich durch den unpopulären König Friedrich gestaltet. Baden wie Württemberg wurden straff von oben her neu geordnet, Baden 1803 durch 13 Organisationsedikte und 1807 durch 7 Konstitutionsedikte. In Württemberg wurden die 1803 erworbenen Gebiete von Herzog Friedrich zu Neuwürttemberg zusammengefasst und vom alten Württemberg getrennt verwaltet. 1806 hob Friedrich die altwürttembergische Verfassung auf und begründete die neue Gesamtverwaltung durch ein großes Organisationsedikt. Selbst gegen die Aufhebung der altwürttembergischen Verfassung gab es anfangs keinen wirklichen Widerstand. Erst allmählich begann der Kampf um das „gute alte Recht“. Die von Napoleon ausgehende neue Gebietsaufteilung und innere Ordnung wurde also in Deutschland zunächst für durchaus sinnvoll und notwendig angesehen.

Der Umschwung in Deutschland

Napoleon arbeitete seit 1807 an der Errichtung der Kontinentalsperre, die jeden Handel mit England untersagte und damit diesen alten Gegner in die Knie zwingen wollte. Um sie besser durchzusetzen, löste er das Königreich Holland seines Bruders Louis auf und machte Holland und die angrenzende deutsche Nordseeküste zum direkten französischen Staatsgebiet. Hamburg wurde 1811 Hauptort des *Département Bouches de l'Elbe*. Die strengen Auflagen ruinierten den Überseehandel in den Nordseehäfen und führten zu einer wirtschaftlichen Depression, die das französische Regime äußerst unpopulär machten.

Der Fürstentag von Erfurt 1808 war der Gipfel der Macht von Napoleon über Deutschland und Europa, aber auch der Wendepunkt. Denn Napoleon führte die deutschen Fürsten als von ihm abhängige Satelliten und Lakaien vor, die sich ganz nach seinem cäsarischen Willen richten mussten. Im folgenden Jahr kam es zu einem neuen Krieg zwischen Napoleon und Österreich, und obwohl das französische Heer mit seinen bayrischen und sächsischen Hilfstruppen beim Zug der Donau entlang größere Schwierigkeiten hatte, wurden die Österreicher bei Wagram geschlagen und mussten sich im Schönbrunner Frieden ins napoleonische Europa eingliedern. Napoleon konnte schließlich sogar die Kaisertochter Marie-Louise heiraten, nachdem er sich von Josephine hatte scheiden lassen. Im gleichen Jahr 1809 zwang Napoleon den spanischen König zum Rücktritt und machte seinen älteren Bruder Josef, bisher König von Neapel, zum neuen spanischen König. Ein französisches Heer mit badischen Hilfstruppen führte den neuen König nach Madrid, wurde aber 1811 von Wellington besiegt.

Das Alte Deutsche Reich in Verbindung mit Österreich hatte zweihundert Jahre lang gegen das bourbonische Frankreich standgehalten. Jetzt war das Reich durch eine Willensentscheidung Napoleons einfach abgeschafft, und die neuen Fürsten kämpften mit Napoleon gegen Österreich. Bayern erhielt zum Lohn Tirol und Salzburg, und Andreas Hofer kämpfte gegen eine bayrische Besatzungsmacht. Schon 1806 war der Nürnberger Buchhändler Johann Leonhardt Palm von französischen Besatzungstruppen verhaftet worden, weil er die Schrift *Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung* hatte drucken lassen, und weil er sich weigerte, den Namen des Autors preiszugeben, wurde er auf Befehl Napoleons von französischen Soldaten in Braunau am Inn erschossen. Deutschland fühlte sich vergewaltigt und entehrt, das neue Nationalgefühl richtete sich gegen die Erniedrigung durch das napoleonische Frankreich, und die neuen Fürsten von Napoleons Gnaden galten als Verräter.

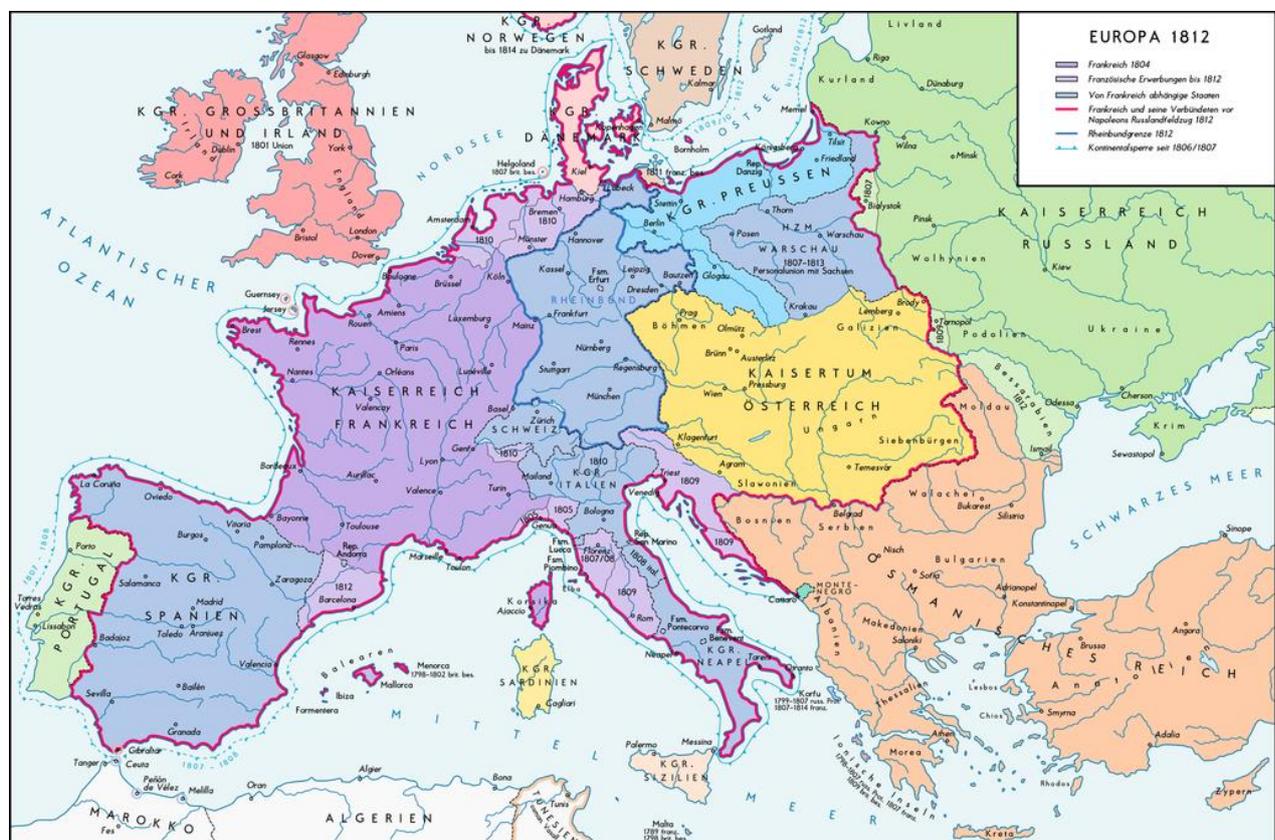
Deutschland erlebte in der Zeit um 1800 einen großen geistigen Aufschwung, mit Sturm und Drang, Weimarer Klassik und Berliner Romantik, der das eigene Selbstbewusstsein stärkte. In Frankreich löste Goethes *Werther* (1774) Rousseaus *Julie ou la nouvelle Héloïse* (1761) als sentimentaler Bestseller ab, aber insgesamt wurde die deutsche Entwicklung nur sehr zögernd zur Kenntnis genommen. Madame de Staëls Studie *De l'Allemagne* wollte Frankreich ein idealisiertes Bild von Deutschland als *Land der Dichter und Denker* vermitteln, wurde aber 1810 direkt nach Erscheinen von der Zensur verboten und erst 1813 in London gedruckt, als die Autorin vor Napoleon ins Exil geflohen war.

Napoleon verachtete die Deutschen. In der berühmten Unterredung mit Metternich im Juni 1813 sagte er: *Um die Bevölkerung im Zaum zu halten, genügen mir meine Soldaten, und für die Treue der Fürsten ist mir die Furcht Bürge, die sie vor Euch (den Österreichern) haben.*

In Deutschland wurde die Willfährigkeit der Fürsten gegenüber Napoleon als immer peinlicher empfunden. Ernst Moritz Arndt, An die deutschen Fürsten. Geist der Zeit 1, 1808: *Ihr sprecht von Pflichten der Völker gegen ihre Führer und Fürsten, ihr, die ihr euch und deutsches Blut und deutsche Ehre sogleich dem Großmogul verkauftet und mit dem Tatar-khan ausginget, Deutsche zu vertilgen, wenn durch viel Blut und mehr Schmach einige Quadratmeilen Land zu gewinnen wären? So fliehet zu euren kleinen Hilfen und Künsten, so tragt Deutschlands Feinden euer Gold hin und wetzt für sie eure Schwerter auf deutsche Schädel. Der Tag der Rache wird kommen, schnell und unvermeidlich, und ohne Tränen wird das Volk die unwürdigen Enkel besserer Väter vergehen sehen.*

Bis zum Russlandfeldzug 1812

Der Reichsfreiherr vom Stein wollte als preußischer Minister von Preußen aus Deutschland neu aufbauen. Napoleon verlangte 1808 seine Entlassung, und er konnte sich der Verhaftung nur durch die Flucht nach Böhmen und weiter nach Russland entziehen. Der preußische Major Ferdinand von Schill verließ am 28. April 1809 mit seiner Abteilung Berlin und marschierte nach Stralsund. Er wollte eine allgemeine Erhebung gegen Napoleon auslösen und nahm Freiwillige in seine Abteilung auf. Er konnte die Franzosen aus Stralsund vertreiben, das aber am 31. Mai durch ein „französisches“ Heer aus Dänen und Niederländern zurückerobert wurde. Schill fiel bei den Kämpfen, sein Kopf wurde als Trophäe an König Jérôme geschickt, und seine Leiche an unbekanntem Ort verscharrt. Der preußische König musste die Aktion verurteilen. Aber in der Folgezeit quittierte eine Reihe von preußischen Offizieren den Dienst und ging nach Russland, weil sie die Unterordnung der preußischen Armee unter französischen Oberbefehl als entehrend betrachteten, unter ihnen der große Militärtheoretiker Carl von Clausewitz.



Das napoleonische Europa 1812

Napoleon und Zar Alexander hatten in Erfurt 1808 demonstrative Freundschaft gezeigt, und Russland hatte sich der Kontinentalsperre angeschlossen. Aber im folgenden Jahr kühlte die Freundschaft ab, der Zar nahm Flüchtlinge wie den Freiherrn vom Stein, den Revolutionsgeneral Moreau oder Clausewitz an seinem Hof auf, die Kaufleute erhielten ohne Probleme Ausnahmegenehmigungen zur Umgehung der Kontinentalsperre. Das zaristische Russland war das letzte Land in Europa, das sich dem direkten napoleonischen Zugriff entzog.

Deshalb entschloss sich Napoleon, einen Krieg gegen Russland zu führen und den Zaren entweder zu stürzen oder wenigstens botmäßig zu machen. Dazu zog er im Frühsommer 1812 in Preußen mit über 600 000 Mann die größte Armee zusammen, die die Welt bisher gesehen hatte. Den Kern der *Grande Armée* bildeten 300 000 Untertanen des französischen Kaiserreichs, zu denen allerdings auch Belgier; Niederländer, Rheinländer, Hamburger und Lombarden gehörten, die meisten frisch ausgehoben, denn viele Veteranen der früheren Kriege waren ausgeschieden. Dazu kam eine freiwillige polnische Legion von 35 000 und das Kontingent des Großherzogtums Warschau mit 60 000, denn die Polen hofften im Fall einer russischen Niederlage auf die Wiederherstellung des alten Königreichs Polen. Die Österreicher hatten ein Kontingent von 30 000 Soldaten zu stellen, unter dem selbstständigen Kommando des Fürsten Schwarzenberg. Auf Preußen entfielen 20 000, die Rheinbundstaaten hatten sich mit insgesamt 120 000 Mann zu beteiligen, davon Bayern allein mit 30 000. Dazu kamen Spanier, Schweizer, Truppen des Königreichs Neapel, und sogar ein Mamlukenregiment, dessen Kern Kriegsgefangene aus Ägypten waren, die sich hatten anwerben lassen. Die verbündeten Truppen wurden auf die Armeekorps der Marschälle von Frankreich verteilt, standen so unter französischem Kommando und hatten oft französische Offiziere. Die französischen Kommandeure hatten die Tendenz, für gefährliche und undankbare Himmelfahrtskommandos ihre Verbündeten vorzuschicken, um die Lorbeeren nachher für sich zu behalten. Der Marschall Bernadotte verlor 1809 sogar sein Kommando, weil er im Armeebefehl eigenmächtig seine sächsischen Hilfstruppen für ihre Standhaftigkeit gelobt hatte. Die Deutschen stellten also den größten Teil der Großen Armee, hatten aber nichts zu sagen. Dazu kam, dass Preussen eine ungeliebte französische Besatzung hatte und dass sich jetzt die Armee in Preußen sammelte, was zu unzumutbaren Belastungen für die Zivilbevölkerung führen musste. Die Stimmung in der Bevölkerung wurde so immer explosiver und immer antifranzösischer.

Lessings *Minna von Barnheim* ist zwar schon vom Ende des Siebenjährigen Krieges 1763, aber sein französischer Protagonist, der Glücksritter *Riccaut de la Marlinière*, gewandt, wortreich, höflich, intrigant und unehrlich, gewann in dieser Zeit eine unerwartete Aktualität, das Stück eine nationale Popularität.

Der Russlandfeldzug

Napoleons Kriegsplan war einfach. Er wollte die russische Armee schlagen und dann im schnellen Friedensschluss den Zaren zur Einordnung in sein Europa zwingen (wie 1809 Österreich). Am 28. Juni überschritt er deshalb die Grenze. Er ordnete den Marschall MacDonald mit seinem Korps (eine französische und zwei preußische Divisionen) ab, um Riga zu nehmen und St. Petersburg zu bedrohen. Er selber zog mit dem Haupttheer Richtung Moskau. Die russische Armee fühlte sich einer Schlacht nicht gewachsen und zog sich großflächig zurück. So musste Napoleon immer weiter vordringen. Starker Regen behinderte den Vormarsch, der Nachschub und die Verpflegung funktionierte nicht, für die Gespanne, die die Artillerie zogen, gab es kein Futter, das dünn besiedelte Land konnte nicht genug für das Heer zur Verfügung stellen, und bevor Napoleon die Russische Armee am 17. August bei Smolensk stellen und schlagen konnte, war seine *Grande Armée* schon erheblich geschwächt und demoralisiert. Aber die russische Armee war nicht vernichtet und in der zweiten großen Schlacht von Borodino am 7. September fühlte sich der russische Oberbefehlshaber Kutusow als Sieger, obwohl die russischen Verluste größer waren. In der *Grande Armée* waren die Verluste der Rheinbundtruppen am größten. Die Franzosen waren weniger betroffen, und Napoleon ließ sich als Sieger feiern.

Napoleon setzte auf die Einnahme von Moskau, das er am 14. September erreichte. Er ließ dem Zaren Verhandlungen anbieten, doch der Zar antwortete nicht. Moskau war geräumt, die französischen Offiziere suchten nach wertvoller Beute und schickten Pferdefuhrwerke damit los. Moskau war weitgehend aus Holz gebaut, und jede Nacht begann es irgendwo zu brennen, ob durch plündernde Soldaten oder durch russische Agenten, ist nicht ganz klar. Es gab keinen Nachschub, die Truppen hungerten und begannen, unruhig zu werden. Der Zar antwortete immer noch nicht. Deshalb beschloss Napoleon am 18. Oktober den Rückzug. Bisher war das Wetter eher milde gewesen, aber jetzt schlug der Winter erbarmungslos zu, und die russische Armee war noch keineswegs geschlagen und griff die zurückgehende *Grande Armée* erbarmungslos an. Die Logistik brach zusammen, die Gespanne der Beute-fuhrwerke fehlten, und die einfachen Soldaten waren gegen Schnee und Kälte überhaupt nicht ausgerüstet. Beim Übergang über die Beresina brach eine Pontonbrücke zusammen, und die Hälfte der zurückgehenden Armee musste zurückbleiben und wurde gefangen.

Napoleon erreichte am 14. Dezember Warschau und kehrte dann möglichst schnell nach Paris zurück, um seine Herrschaft zu stabilisieren und neue Aushebungen anzuordnen. Preußen und Deutschland waren offiziell Verbündete, und den ganzen Dezember und Januar hindurch kamen hier noch Versprengte und Verwundete an, die sich hatten durchschlagen können, vor allem höhere Offiziere. Die Stimmung im Volk war gegen sie, aber sie wurden aufgenommen und gepöppelt und konnten nach Frankreich weiterreisen, wo sie ihren Dienst in der Armee wieder aufnahmen. In der berühmten Unterredung mit Metternich am 26. Juni 1813 sagte Napoleon: „*Die Franzosen können sich nicht über mich beklagen; um sie zu schonen, habe ich die Polen und die Deutschen geopfert. Ich habe in dem Feldzug von Moskau 300.000 Mann verloren; es waren nicht einmal 30.000 Franzosen darunter. Sie vergessen, Sire, rief ich aus, dass Sie zu einem Deutschen sprechen.*“

Das Korps von Marschall MacDonald war an der Düna stecken geblieben und hatte Sankt Petersburg nicht bedrohen können. Bei der Nachricht vom Rückzug Napoleons beschloss auch MacDonald den Rückzug. Die unangenehme Aufgabe der Deckung überließ er den preußischen Truppen. Ihr Kommandeur Yorck von Wartenburg schloss am 30. Dezember 1812 durch Vermittlung von Clausewitz mit dem russischen General Diebitsch die Konvention von Tauroggen, in der sich die preußischen Truppen für neutral erklärten und so der Vernichtung durch die russische Armee entgingen. Der König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., offiziell noch immer ein Verbündeter Frankreichs und mit französischen Besatzungen in den wichtigsten Festungen, musste gegen die Konvention sein und drohte Yorck mit dem Kriegsgericht, aber in der Öffentlichkeit galt sie als mutige Tat und als richtiger Schritt zur Lösung von Frankreich und Napoleon.

Die preußisch-deutsche Erhebung 1813

Der preußische König war in keiner einfachen Lage. Preußen hatte die verheerende Niederlage Frankreichs aus nächster Nähe miterlebt, aber auf der anderen Seite hatte Napoleon bisher immer gesiegt, Berlin hatte eine französische Garnison, und Napoleon wies seinen Stiefsohn Eugène an: *Bleiben Sie in Berlin, so lange sie können. Statuieren Sie ein Exempel strengster Disziplin. Bei der geringsten Aufsässigkeit einer preußischen Stadt, eines preußischen Dorfes lassen Sie dieselbe in Brand stecken, selbst Berlin, wenn es sich schlecht benimmt.*

Auf der anderen Seite war die Stimmung gegen das Festhalten am französischen Bündnis. Der englische Diplomat von Ompteda schrieb Ende Februar 1813 an seine Regierung: *Wenn der König länger zaudert, so sehe ich die Revolution als unvermeidlich an.*

Der König entzog sich zunächst dem direkten französischen Druck, als er sich am 22. Januar mit der Familie und der Regierung nach Breslau absetzte. Am 3. Februar ließ er die Aufstellung von freiwilligen Jägerkorps zu, am 12. billigte er das Vorgehen Yorcks und rehabilitierte ihn, und am 28. schlossen seine Unterhändler mit Russland das Bündnis von Kalisch, das als Kriegsziel die Wiederherstellung Preußens in den Grenzen von 1806 festlegte. Am 4. März zogen die Franzosen aus Berlin ab, und am 15. März bekräftigte Zar Alexander persönlich in Breslau das Bündnis mit Preußen.

Am 17. März schließlich wurde der von Staatsrat von Hippel formulierte Aufruf „An mein Volk“ veröffentlicht.

Aufruf des Königs von Preußen Friedrich Wilhelm III. "An Mein Volk!"

So wenig für Mein treues Volk, als für Deutsche, bedarf es einer Rechenschaft über die Ursachen des Krieges, welcher jetzt beginnt. Klar liegen sie dem unverblendeten Europa vor Augen. Wir erlagen der Uebermacht Frankreichs. Der Friede, der die Hälfte Meiner Unterthanen mir entriß, gab uns seine Segnungen nicht; denn er schlug uns tiefere Wunden als selbst der Krieg. Das Mark des Landes ward ausgesogen, die Hauptfestungen blieben vom Feinde besetzt, der Ackerbau ward gelähmt, sowie der sonst so hoch gebrachte Kunstfleiß unserer Städte. Die Freiheit des Handels ward gehemmt und dadurch die Quellen des Erwerbs und des Wohlstandes verstopft. Das Land ward ein Raub der Verarmung. Durch die strengste Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten hoffte Ich Meinem Volk Erleichterung zu bereiten, und den französischen Kaiser endlich überzeugen, daß es sein eigener Vortheil sey, Preußen seine Unabhängigkeit zu lassen. Aber Meine reinsten Absichten wurden durch Uebermuth und Treulosigkeit vereitelt, und nur zu deutlich sahen wir, daß des Kaisers Verträge mehr noch wie seine Kriege uns langsam verderben mußten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo alle Täuschung über unsern Zustand aufhört. – Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litthauer! Ihr wißt, was Ihr seit fast sieben Jahren erduldet habt; Ihr wißt, was euer trauriges Loos ist, wenn wir den beginnenden Kampf nicht ehrenvoll enden. Erinneret Euch an die Vorzeit, an den großen Kurfürsten, den großen Friedrich. Bleibt eingedenk der Güter, die unter Ihnen Unsere Vorfahren blutig erkämpften: Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft. – Gedenkt des großen Beispiels unserer mächtigen Verbündeten, der Russen; gedenkt der Spanier, der Portugiesen. Selbst kleinere Völker sind für gleiche Güter gegen mächtigere Feinde in den Kampf gezogen und haben den Sieg errungen. Erinneret Euch an die heldenmüthigen Schweizer und Niederländer. – Große Opfer werden von allen Ständen gefordert werden; denn unser Beginn ist groß, und nicht geringe die Zahl und die Mittel unserer Feinde. Ihr werdet jene lieber bringen für das Vaterland, für Euern angeborenen König, als für einen fremden Herrscher, der, wie so viele Beispiele lehren, Eure Söhne und Eure letzten Kräfte Zwecken widmen würde, die Euch ganz fremd sind. Vertrauen auf Gott, Ausdauer, Muth und der mächtige Beistand unserer Bundesgenossen werden unsern redlichen Anstrengungen siegreichen Lohn gewähren. – Aber, welche Opfer auch von Einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu seyn. Es ist der letzte, entscheidende Kampf, den wir bestehen, für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsern Wohlstand. Keinen andern Ausweg gibt es, als einen ehrenvollen Frieden, oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet Ihr getrost entgegen gehen, um der Ehre willen; weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen: Gott und unser fester Wille werden unserer gerechten Sache den Sieg verleihen, mit ihm einen sichern, glorreichen Frieden und die Wiederkehr einer glücklichen Zeit.

Breslau, den 17. März 1813.

Friedrich Wilhelm

Damit erklärte der König von Preußen Frankreich den Krieg um die Unabhängigkeit, aber nicht nur für Preußen, sondern für Deutschland, und er beschwor den Kampf als gerechtfertigt, als eine Frage der Ehre. Diesem Handeln für Deutschland entsprach der Breslauer Vertrag vom 19. März mit Zar Alexander, dass die eroberten Rheinbundstaaten in einer einheitlichen Verwaltung unter dem Reichsfreiherrn vom Stein zusammengefasst werden sollten. Im befreiten Preußen war die Opferbereitschaft der Bevölkerung groß. Die Frauen lieferten ihren wertvollen Schmuck ab, goldene Eheringen wurden gegen eiserne ausgetauscht, Begüterte übernahmen die Ausrüstung von Freiwilligen für den Kampf (so die berühmten Lützow'schen Jäger), und die jungen Menschen meldeten sich als Freiwillige.

Die fortwährende Demütigung durch Napoleon führte nicht nur zu einer von der preußischen Regierung geförderten Volkserhebung, sondern auch zu einer neuen nationalen Selbstbestimmung, die naturgemäß wesentlich antifranzösisch war. Johann Gottlieb Fichte, Vertreter des deutschen Idealismus und seit 1810 Philosoph an der neu gegründeten Berliner Universität, war ursprünglich ein Anhänger der französischen Revolution, aber 1807/08 hielt er in Berlin seine *Reden an die Deutsche Nation*, die 1808 im Druck erschienen. Fichte setzte sich für eine Nationalerziehung als Erhebung zur Vernunft ein, die zur allgemeinen Vernunft führt und damit die Nation überwindet. Dabei kritisierte er aber sehr deutlich Napoleon und die französische Besatzung. Die Schriften Ernst Moritz Arndts, die zum Kampf gegen die Franzosen wie gegen die Rheinbundfürsten aufriefen, wurden sehr populär, und der junge Theodor Körner, Sohn des Freundes und Protektors von Schiller, fiel im August 1813 als Held und Sänger der Lützowschen Jäger, seine Lieder im Kampf gegen Napoleon machten ihn zur nationalen Identifikationsfigur. Aus dem Gedicht *Lützows wilde, verwegene Nacht*:

*Was glänzt dort vom Walde im Sonnenschein? Hör's näher und näher brausen.
Es zieht sich herunter in düsteren Reih'n, Und erfüllen die Seele mit Grausen.
Und wenn ihr die schwarzen Gesellen fragt: Das ist Lützows wilde, verwegene Jagd.*

*Was zieht dort rasch durch den finstern Wald Und streift von Bergen zu Bergen?
Es legt sich in nächtlichen Hinterhalt – Das Hurra jauchzt und die Büchse knallt,
Es fallen die fränkischen Schergen.
Und wenn ihr die schwarzen Jäger fragt: Das ist Lützows wilde, verwegene Jagd.*

Napoleon beeilte sich, mit seinem neu ausgehobenen Heer die Lage in Deutschland wieder in den Griff zu bekommen. Am 25. April traf er in Erfurt ein, um die Koordination der französischen Operationen zu übernehmen. Er wollte die Verbündeten, die Russen, die Preußen und die Schweden unter ihrem Kronprinzen Bernadotte, möglichst schnell und einzeln schlagen, denn die russische Armee war noch durch den Winterfeldzug geschwächt, und auch die preußische war noch im Aufbau. Am 2. Mai kam es zur Schlacht von Großgörschen (auf dem Schlachtfeld von Lützen), die von den stark überlegenen französischen und Rheinbundtruppen als Sieg reklamiert wurde; aber sie hatten 22 000 Mann verloren, die Verbündeten „nur“ die Hälfte, und die Schlacht hatte keine Entscheidung gebracht. Am 20./21. Mai kam es zu einer weiteren Schlacht bei Bautzen. Auch hier reklamierte Napoleon den Sieg für sich, obwohl seine Verluste größer waren, aber die Schlacht besserte seine Lage nicht. Da beide Seiten erschöpft waren, kam es zu Verhandlungen und am 4. Juni zu einem Waffenstillstand, den beide Kontrahenten zu Verstärkungen und zur Gewinnung neuer Verbündeter nutzen wollten. Es ging vor allem um Österreich, das bisher neutral war.

Am 26. Juni kam es in Dresden, dem Hauptquartier Napoleons, zu einem Gespräch mit dem österreichischen Staatskanzler Metternich, der 1809 die österreichische Politik auf Frankreichskurs gebracht hatte. Metternich hat über dieses mehrstündige Gespräch Aufzeichnungen hinterlassen. Der Kaiser drohte zu Beginn:

Ich habe bei Lützen die preußische Armee vernichtet; ich habe die Russen bei Bautzen geschlagen; auch Sie wollen an die Reihe kommen. Es sei! In Wien sehen wir uns wieder. ... Diese Einleitung verdoppelte in mir (Metternich) das Gefühl der Stärke meiner Stellung, ich betrachtete mich in diesem Augenblick der Entscheidung als den Vertreter der gesamten europäischen Gesellschaft.

Weil Metternich sich nicht auf Bündnisgespräche einließ (Napoleon hatte brieflich sogar die Aufteilung Preußens vorgeschlagen), endete Napoleon mit der Feststellung:

So habe ich denn einen recht dummen Streich gemacht, eine Erzherzogin von Österreich zu heiraten. ... Indem ich eine Erzherzogin heiratete, habe ich das Neue mit dem Alten, die gotischen Vorurteile mit den Einrichtungen meines Jahrhunderts verschmelzen wollen. ...

Aber schon vorher hatten sich im schlesischen Reichenbach die Gegner Napoleons zu Gesprächen getroffen, neben den drei Verbündeten Preußen, Russland und Schweden vor allem Vertreter Großbritanniens und Österreichs. Schweden verzichtete auf Finnland und erhielt dafür die Zusage für Norwegen, das bisher zum mit Napoleon verbündeten Dänemark

gehörte. Großbritannien versprach Schweden und Russland Hilfsgelder, und am 27. Juni unterzeichneten Russland, Preußen und Österreich ein geheimes Abkommen gegen Frankreich, falls es nicht einer Reihe von (unannehmbaren) Bedingungen (wie die Aufhebung des Großherzogtums Warschau) erfüllen würde. Der Friedenskongress von Prag vom 12. Juli bis zum 10. August scheiterte erwartungsgemäß, und am 12. August erklärte Österreich Napoleon den Krieg.

In Reichenbach wurde aber auch über Deutschland entschieden. Denn Österreich wollte auf keinen Fall ein preußisches Deutschland, wie es in der preußischen Erhebung vom Frühjahr 1813 gedacht war. Preußen wurde also gezwungen, zu volksfreundliche Entwicklungen wie den Landsturm oder die Jägerkorps, die mit dem Kampf gegen Napoleon die deutsche Einheit verbinden wollten, zurückzunehmen. Auch die Front gegen die Rheinbundfürsten durfte so nicht bleiben. Österreich sah die Zwänge der Rheinbundfürsten, sah aber auch den Nutzen der neuen Mittelstaaten gegen den preußischen Druck und wollte ihnen den status quo zusichern, wenn sie zu den Verbündeten übergehen sollten. Die Kabinettpolitik war also dabei, den revolutionären Druck der nationalen Erhebung auszuhebeln.

Die Freiheitskriege im Herbst 1813 und die Völkerschlacht von Leipzig

Napoleon hatte sich verstärkt und hatte bei Wiederbeginn der Kämpfe Mitte August ein Heer von 450 000 in Sachsen zusammengezogen, aber wieder mit Verbündeten und Rheinbundtruppen. Der französische General Marbot sah die Kampfkraft der Armee deshalb kritisch: *Wohl sahen unsere französischen Truppen nach vollendetem Retablissement wieder so schön aus wie kaum zuvor, aber all die eben erst zur Fahne gekommenen jungen Soldaten hatten noch kein Pulver gerochen und in den Reihen der alten Mannschaft machte sich noch immer der Geist des Missmuts fühlbar, den sie aus dem unglückseligen russischen Feldzug mitgebracht hatte. Die äußerlich so herrlich aussehende Armee krankte in ihrem innersten Kern und war in diesem Augenblick mehr geeignet, nur gezeigt zu werden als ein Hebel zum Druck auf den Frieden, wie um Krieg zu führen gegen eine mehrfache Übermacht. Ganz besonders hätte die Haltung der uns verbündeten Truppen dem Kaiser zu denken geben sollen. Da war nichts als Schlaffheit, Widerwillen, Unzufriedenheit und der Wunsch zu erkennen, Gelegenheit zu finden, sich gegen uns zu kehren.*

Napoleons Taktik musste wieder sein, die mindestens 500 000 Mann starken Verbündeten an der Vereinigung zu hindern und einzeln zu schlagen, Während die in drei Armeen gegliederten Alliierten vor den Angriffen Napoleons zurückwichen, zogen sie doch den Kreis um ihn immer enger. So kam es zu einer Reihe blutiger, aber nicht entscheidender Schlachten. Am 23. August schlug Bülow bei Großbeeren südlich von Berlin den Marschall Oudinot zurück, der Berlin besetzen sollte. Am 26. August siegte Blücher mit der schlesischen Armee in Schlesien an der Katzbach über MacDonald, Napoleon am 26./27. bei Dresden über die Hauptarmee unter Schwarzenberg. Am 6. September stoppten die Preußen unter Tauentzien die Franzosen unter Ney in Dennewitz/Brandenburg bei einem Angriff auf Berlin. Insgesamt zog sich der Ring um Napoleon immer enger zusammen. Am 16. Oktober begann die Völkerschlacht von Leipzig mit einem Sieg von Blücher über den Marschall Marmont an der Möckernbrücke. Die Schlacht dauerte bis 19. Oktober, beteiligt waren auf der französischen Seite 190 000, auf der Seite der Verbündeten bei Beginn 205 000, am Ende 365 000. Napoleon musste Leipzig am Morgen des 19. fluchtartig verlassen, sein Marschall Poniatowski ertrank auf der Flucht in der Weißen Elster. Die französische Armee hatte große Verluste durch Tote, Verwundete und Gefangene und löste sich weitgehend auf. Von den Rheinbundfürsten ging Bayern noch vor der Schlacht von Leipzig zu den Verbündeten über, die sächsischen Truppen wechselten während der Schlacht am 18. die Seite, und Württemberg folgte am 2. November. Das Großherzogtum Baden mit seiner Nähe zu Frankreich und der nicht verteidigbaren Grenze wartete bis zum 20. November, als die Niederlage Napoleons gesichert schien. Für den Abfall von Napoleon ließen sich diese Fürsten ihren Besitzstand sichern. Den König von Sachsen, der am längsten am Bündnis mit Napoleon festhielt, wollten die Preussen und Russen wegen Verrat bestrafen. Der französische Außenminister Talleyrand sagte in Wien zu seinem Schutz: *Verrat ist eine Frage des Datums.* (Die Zitate stammen aus: Tim Klein, die Befreiung 1813-1814-1815, Langewiesche 1913)

Das Ende Napoleons und der Wiener Kongress

Preußen und Russland drängten auf die rasche Weiterführung des Krieges, und Blücher überschritt in der Neujahrsnacht 1814 bei Kaub den Rhein. Napoleon hatte wieder eine Armee von 150 000 und versuchte, die einzelnen Alliierten zu schlagen. Aber seine Spielräume wurden immer kleiner, die Marschälle, die das Ende voraussahen, begannen zu verhandeln und den Abfall vorzubereiten, Am 31. März zogen die Sieger mit Teilen ihrer Armee in Paris ein, eine Rache für Napoleons Einzüge in Berlin und in Wien und eine demütigende Demonstration der Niederlage. Am 4. April erklärte Napoleon in Fontainebleau seine Abdankung zugunsten seines Sohnes unter der Regentschaft seiner Mutter. Als die Alliierten zu verstehen gaben, dass sie diese Lösung nicht akzeptierten, dankte er am 11. April zum zweiten Mal ab, dieses Mal für sich und seine Erben. Begleitet von vier Offizieren der Alliierten reiste er am 20. nach Elba ab, das ihm als Exil zugewiesen war.

Schon am 17. April bot die Provisorische Regierung unter Talleyrand dem Bruder des 1793 hingerichteten Ludwigs XVI. die Krone an. Ludwig XVIII. übernahm die Gesetzgebung und die Verwaltungsstruktur der Revolution und erließ im Juni 1814 eine *Charte Constitutionnelle*, die eine gewisse parlamentarische Mitarbeit der Begüterten zusicherte. Er bemühte sich um einen Ausgleich, aber die mit ihm zurückgekommene alte Aristokratie drängte auf Wiedereinsetzung in ihre Güter und Rechte. Nach den hundert Tagen der Rückkehr Napoleons, die mit der Niederlage von Waterloo gegen Preußen und Engländer unter Blücher und Wellington am 18. Juni 1815 endete, kehrte Ludwig XVIII. erneut zurück, konnte aber jetzt dem restaurativen Kurs und dem Weißen Terror der alten Aristokratie, die von seinem Bruder und Thronfolger Karl von Artois angeführt wurden, nicht mehr widerstehen.

Am 18. September 1814 trat der Wiener Kongress zusammen, der Deutschland und Europa nach dem Ende Napoleons neu ordnen sollte. Das Großherzogtum Warschau ohne den Bezirk Posen ging als Königreich Polen in Personalunion an den Zaren, der natürlich auch das Baltikum und Finnland behielt. Preußen erhielt Posen und verstärkte so die Landbrücke nach Ostpreußen. Preußen bekam die 1807 verlorenen Gebiete zurück, außerdem die linksrheinischen Gebiete (Mainz, Köln, Trier), die Frankreich abgeben musste. Österreich sicherte sich Norditalien mit einem Königreich Lombardo-Venetien und forderte von Bayern Salzburg und Tirol zurück, das dafür die linksrheinische Pfalz, altes wittelsbachisches Gebiet, zugewiesen bekam. Frankreich blieb in den Grenzen von 1789 erhalten. Die beiden Niederlande wurden mit Luxemburg zu einem Königreich unter Wilhelm von Nassau-Oranien vereinigt.

Preußen wollte sich Sachsen einverleiben, aber Österreich wollte keine Stärkung Preußens an seiner Grenze und trat mit Frankreich, das durch Talleyrand vertreten war, für die Erhaltung Sachsens ein. Das führte auf dem Kongress zu einer zeitweiligen Blockbildung Preußen Russland gegen Österreich-Frankreich. Sachsen blieb schließlich als Königreich erhalten, musste aber auf die nördliche Hälfte des Landes mit Wittenberg und Torgau verzichten, der nachmaligen preußischen Provinz Sachsen. Der Wiener Kongress war eine Veranstaltung der Regierenden, der Kabinette, des Schacherns und Tricksens. Das Volk kam nicht vor und wurde nicht gefragt. Das katholische Rheinland hätte nie zu Preußen gewollt, die Norditaliener nicht zu Österreich, und die Polen wären lieber wirklich selbstständig geworden.

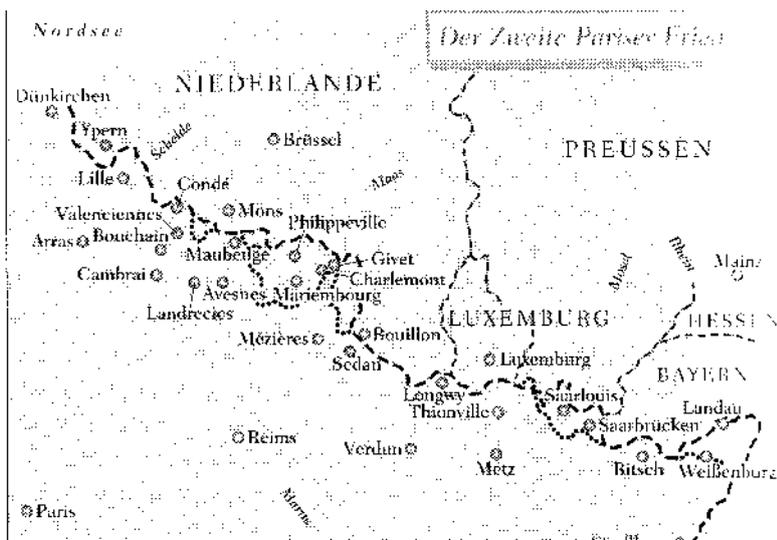
Die schwierigste Frage war die zukünftige Ordnung für Deutschland. Einerseits kämpften vor allem die neuen Mittelstaaten um ihre Souveränität und Unabhängigkeit, andererseits forderte die deutsche Öffentlichkeit eine neue deutsche Einheit, einen Ersatz für das vor zehn Jahren so kläglich untergegangene Reich. Die alte österreichische Führungsmacht wollte diese Position behalten und sie nicht, wie nach dem Frieden von Basel zwischen 1795 und 1806, mit Preußen teilen. Die Lösung war der Deutsche Bund in den Grenzen des Alten Reiches, mit Österreich als Präsidium und einem mit Gesandten beschickten Bundestag, aber ohne eigene Gesetzgebung, Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, und mit einer wenig wirksamen Wehrpolitik nur für die Verteidigung. Preußen und Österreich waren nur für ihre Gebiete im Alten Reich Mitglied, Dänemark für Schleswig-Holstein, England für Hannover und die Niederlande für Luxemburg.

Der zweite Pariser Frieden

Im ersten Pariser Frieden (30. Mai 1814) erreichte nach der Abdankung Napoleons die Provisorische französische Regierung unter Talleyrand von den siegreichen Alliierten eine schonende Behandlung, die Anerkennung Frankreichs in den Grenzen von 1792 mitsamt den früheren Enklaven Avignon-Venaissin, im Elsass, in Savoyen und im Grenzgebiet zu den Niederlanden. Auch Saarbrücken und Landau blieben französisch. Die Kriegskosten wurden gegenseitig erlassen.

Als Napoleon am 1. März 1814 in Antibes landete und nach seinem *Vol d'Aigle* am 20. März die Macht in Paris wieder übernommen hatte, beschlossen die Alliierten am 25. März, keine neue Herrschaft Napoleons zu dulden und begannen mit der militärischen Vorbereitung. Das englische Heer war noch in den Niederlanden, um dort die Einführung der neuen Ordnung zu überwachen, und ebenso das preußische in den linksrheinischen Gebieten, wo es die „Verpreußung“ begleitete. Beide Armeen setzten sich in Marsch, und Napoleon versuchte in bewährter Manier, sie einzeln zu schlagen. In der Schlacht von Ligny (16. Juni 1815) konnte er die Preußen zum Rückzug zwingen, und am 18. Juni nahm er den Kampf mit Wellington auf. Aber die Preußen waren nicht vernichtet und konnten in die Schlacht eingreifen. Mit der Niederlage von Waterloo war Napoleons Schicksal besiegelt.

Die siegreichen Truppen zogen wieder in Paris ein, dieses Mal deutlich feindseliger als ein Jahr zuvor. Insbesondere die Preußen hinterließen einen schlechten Ruf. Sie verlangten sogar im Louvre in Deutschland beschlagnahmte Kunstwerke zurück. Die Preußen drängten



auch auf eine Bestrafung Frankreich. So kam es zum zweiten, für Frankreich ungünstigeren Pariser Frieden (20. November 1815). Es wurden jetzt die Grenzen von 1790 festgelegt, am Genfer See bekam die Schweiz das Seeufer in Richtung Vaud, Genf erhielt also eine Landbrücke. Chambéry kam wieder zu Savoyen, und die Nordgrenze wurde revidiert: Saarbrücken und Landau mussten abgetreten werden.

Außerdem wurde eine fremde Besetzung festgelegt (Artikel V):

Da der Zustand von Unruhe und Gährung, dessen Wirkungen für Frankreich, nach so heftigen Erschütterungen, und besonders nach der letzten Catastrophe, ungeachtet der väterlichen Gesinnungen seines Monarchen, und der durch die Verfassungsurkunde allen Classen seiner Unterthanen zugesicherten Vortheile, nothwendig noch fühlbar bleiben müssen, einstweilige Vorsichts- und Schutzmaßregeln für die benachbarten Staaten zur Pflicht macht; so ist in dieser Rücksicht als unumgänglich erachtet worden, während eines gewissen Zeitraumes durch ein Corps verbündeter Truppen, militärische Stellungen innerhalb der Französischen Gränzen besetzen zu lassen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß diese Besetzung der Souverainität Seiner allerchristlichsten Majestät, und dem durch gegenwärtigen Tractat anerkannten und bekräftigten Besitzstande keinen Eintrag thun soll. Die Stärke des gedachten Truppen-Corps wird nicht über Einhundert Fünfzig Tausend Mann betragen. Der Ober-Befehlshaber desselben wird von den verbündeten Mächten ernannt. ... Da der Unterhalt der zu diesem Dienste bestimmten Armee von Frankreich bestritten werden muß, so wird alles, was auf diesen Gegenstand Bezug hat, durch eine Separat-Convention regulirt werden.

Das Zeitalter Metternichs 1815 bis 1848

Die bestimmende politische Kraft der folgenden 33 Jahre war der rheinische Fürst Klemens Wenzel von Metternich, österreichischer Staatskanzler seit 1809, der seit Reichenbach die Politik der Verbündeten koordiniert und bestimmt hatte und beim Wiener Kongress Europa nach seinen Vorstellungen umgestalten konnte. Die Rivalität zwischen Deutschland und Frankreich spielte in seinem Europa keine große Rolle. Frankreich war beim Kongress durch seinen Außenminister Talleyrand als gleichberechtigter Partner vertreten und konnte das Staatsgebiet von 1789 halten. Der Deutsche Bund war keine Konkurrenz, und die deutschen Fürsten kümmerten sich vor allem um die Stabilisierung ihrer Staaten. Die tatsächliche Vormacht war Österreich, die bürokratisch-administrative Zusammenfassung von Deutsch-Österreich (dem eigentlichen Kaiserreich), dem italienischen Königreich Lombardo-Venetien, den Königreichen von Böhmen, Ungarn, Kroatien und Galizien-Lodomeren. Österreich hatte eine starke Armee, die durch feste Garnisonen die Stabilität des Reiches sicherte, etwa in Norditalien durch das Festungsviereck *Mantua–Peschiera–Verona–Legnago*, das mit Truppen aus anderen Reichsteilen, vor allem Kroaten und Ungarn, belegt war. Die hegemoniale Stellung Österreichs beruhte allerdings nicht auf dem Militär, die dreiunddreißig Jahre verliefen in Europa ohne Krieg, sondern auf Diplomatie und Ideologie. Metternich kämpfte mit der und für die alte Kabinettpolitik und gegen Revolution, Volksbeteiligung und nationale Selbstbestimmung. Das Schlagwort war Restauration, die Unverantwortlichkeit des fürstlichen Gottesgnadentum und die bürokratisch-absolutistische Administration wurden wiederhergestellt, und die Kabinette handelten politische Krisen und Absichten untereinander aus. Das galt insbesondere für die Heilige Allianz, mit der der katholische Kaiser von Österreich, der orthodoxe Zar von Russland und der protestantische König von Preußen gemeinsam ihre christlichen und politisch-konservativen Werte und Ziele beschworen. Der König von Preußen, ein zaghafter, entscheidungsschwacher und konservativer Herrscher, der mit dem „Aufruf an mein Volk“ 1813 zeitweilig über sich hinausgewachsen war, akzeptierte die Unterordnung unter Metternich und kümmerte sich um den Neuaufbau Preußens.

Der Zeitgeist hatte sich aber seit dem 18. Jahrhundert geändert, die französische Revolution hatte den Gedanken der Beteiligung des Volkes an der Regierung und der Verantwortlichkeit einer Regierung gegenüber der Volksvertretung in die Welt gesetzt, und das Einwirken Napoleons hatte in Deutschland und in Italien zur Forderung nach nationaler Einheit und Selbstbestimmung geführt. Der Deutsche Bund sollte die Sehnsucht nach Einheit abdecken, und die Bundesakte enthielt die Aufforderung nach einer „landständischen“ Verfassung in den einzelnen Mitgliedstaaten, die von Bayern, Baden und Württemberg erfüllt wurde, nicht aber von Österreich und Preußen. Eine durch ein an den Besitz gebundenes Zensuswahlrecht sehr eingeschränkte Parlamentskammer machte solche Verfassungen gerade noch ertragbar. Die Solidarität der restaurativen Mächte wurde durch die Karlsbader Beschlüsse und durch die Kongresse von Troppau und Laibach kontrolliert und gestärkt. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 verpflichteten die Mitgliederstaaten des Deutschen Bundes zur „Demagogenverfolgung“, zur Einschränkung der Meinungsfreiheit, zur Überwachung der Universitäten und zur Gesinnungsschnüffelei. Die geistigen Helden von 1814, Ernst Moritz Arndt, Hofmann von Fallersleben (der Dichter von *Deutschland, Deutschland über alles*), der Turnvater Jahn oder auch der große Liberale Karl Theodor Welcker verloren ihre Ämter oder wurden gemaßregelt.

In Frankreich hatte König Karl X. seit 1826 die adlige Restauration übertrieben und den Kontakt zur Realität verloren. Das führte 1830 in Paris zur Julirevolution. Talleyrand und Lafayette sahen die Gefahr einer Intervention und erreichten statt einer Republik die Julimonarchie unter Louis-Philippe von Bourbon-Orléans, Gleichzeitig löste sich Belgien von den nördlichen Niederlanden und wurde ein eigenes Königreich unter einem Prinzen von Sachsen-Coburg-Gotha. Beide Staaten bekamen Verfassungen mit einem durch das Zensuswahlrecht entschärften Parlament. Das war für die Staatengemeinschaft der Restauration und für Metternich gerade noch tragbar. Dagegen wurde die *Carbonari*-Bewegung in Italien brutal von der österreichisch-italienischen Polizei niedergeschlagen. In Russland bekämpfte der illiberale Zar Nikolaus I. (1825 – 1855) den polnischen Wunsch nach Selbstständigkeit, er

schlug den Novemberaufstand 1830 nieder und hob die liberale polnische Verfassung, die sein Bruder Alexander gewährt hatte, und das polnische Königreich einfach auf.

Es gab also keine direkte deutsch-französische Rivalität. In Frankreich rührten sich keine Revanchegefühle wegen der Niederlage von 1814, wenn auch im Lauf der Jahre der Napoleon-Mythos gewaltige Ausmaße erreichte. Höhepunkt war die Heimholung des Leichnams Napoleons von St. Helena durch eine vom Kronprinzen geführte Flotte und die Beisetzung des Sarkophags im Panthéon 1840. Politisch sah man den Deutschen Bund überhaupt nicht: *Le congrès de Vienne de 1815 renoncera à restaurer le Saint Empire romain germanique* (Histoire et Dictionnaire du consulat et de l'Empire, Laffont Paris 1995, Art. Saint Empire), und die süddeutschen Mittelstaaten betrachtete man noch gerne als französische Anhängsel. Und die gewaltigen geistigen Entwicklungen, die Madame de Staël in ihrem *De l'Allemagne* 1813 der französischen Öffentlichkeit vorstellte, wurden nur sehr langsam und zögerlich zur Kenntnis genommen: *Une Allemagne qui bouge alors sur le plan intellectuel. Goethe donne le premier Faust en 1808. Le romantisme triomphe avec Schiller, Jean Paul, Hölderlin, Arnim, Tieck, Chamisso, Brentano, Fouqué et Hoffmann. Savigny renouvelle le droit grâce à l'histoire; Hegel ne se contente pas d'admirer Napoléon ...* (Histoire et Dictionnaire du consulat et de l'Empire, S. 445).

In Deutschland verlor der Franzosenhass, der die nationale Bewegung begleitet hatte, an Bedeutung und Intensität, weil die Forderung nach „Einheit und Freiheit“ immer stärker verfolgt wurde und die Fürsten und Herren die größere und direktere Gefahr darstellten. Aber das historisch-politische Bewusstsein entwickelte sich weiter auseinander. Frankreich hatte in der Revolution ganz mit der feudal-mittelalterlichen Tradition gebrochen, die ja viel germanisches Erbe enthielt. Dafür hatte man sich sehr viel stärker an die alte lateinische Tradition angelehnt mit Republik, Konsulat, cisalpinisch. Schon die französische Klassik war formal sehr streng gewesen und hatte sich auf antike Vorbilder und Stoffe berufen. Unter Napoleon war der Klassizismus die vorherrschende Stilrichtung bei den Bauten, beim Theater und in der Mode. *Gothique* war die Bezeichnung für alles Mittelalterliche, nicht nur für den Kirchenbaustil, der in der Revolution als verachtenswerte Verirrung galt und gereinigt werden musste, in Straßburg etwa durch die Abnahme der Skulpturen. Und *gothique* war negativ besetzt (selbst Napoleon redete in der Unterredung mit Metternich von *gotischen Vorurteilen*), der Umgang der Revolution mit dem mittelalterlichen Erbe erschreckt noch heute, etwa im Papstpalast von Avignon, wo eigentlich nur das nackte und ausgeplünderte Gerippe erhalten ist, und ähnlich traurig sieht es bei der schriftlichen Überlieferung aus.

In Deutschland dagegen stieg das Interesse an der älteren Vergangenheit. Goethe schrieb schon 1772 angeregt vom Straßburger Münster seinen Artikel *Von deutscher Baukunst*, in dem er die (historisch aus Frankreich gekommene) Gotik als deutsche Kunst reklamierte, und Goethe und Schiller hatten mit *Götz, Egmont, Tell, Wallenstein* historische Themen aufgenommen. Mit dem Erlöschen der Hoffnung auf aktuelle Einheit stieg das Interesse an der Vergangenheit, der großen Zeit der deutschen Kaiser. Schon 1817 verfasste Friedrich Rückert sein populäres Kyffhäuser-Gedicht *Der alte Barbarossa*:

*Der alte Barbarossa, der Kaiser Friederich
Im unterird'schen Schlosse hält er verzaubert sich ...
Er hat hinabgenommen des Reiches Herrlichkeit
Und wird einst wiederkommen mit ihr zu seiner Zeit ...*

Der Reichsfreiherr vom Stein, preußischer Reformator bis 1808, der politisch nach 1814 nicht mehr Fuß fassen konnte, gründete 1819 die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“, die mit der Herausgabe der „Monumenta Germaniae Historica“ (MGH), der (bis heute weitergeführten) Sammlung der deutschen Geschichtsquellen begann. Friedrich von Raumer veröffentlichte ab 1823 seine sechsbändige *Geschichte der Hohenstaufen*, die im 19. Jahrhundert immer wieder nachgedruckt wurde. In Deutschland wurde also das Mittelalter als deutsch entdeckt, während es in Frankreich noch als Irrweg abgelehnt wurde.

Weder Metternich noch der preußische König Friedrich Wilhelm III. hatten einen Sinn für wirtschaftliche Fragen. Wohl deshalb hatten sie keine Einwendungen zu Verhandlungen über eine Art Zollunion, und 1834 kam es zur Bildung des allgemeinen deutschen Zollvereins mit Preußen, aber ohne Österreich, der durch das wirtschaftliche Zusammenwachsen die Entstehung eines preußisch-deutschen Wirtschaftsraumes und damit die spätere Einheit vorbereitete.

1840 wurde in Frankreich Adolphe Thiers Ministerpräsident. Damals unterstützte Frankreich Mehmet Ali, den Vizekönig von Ägypten, der sich vom Sultan unabhängig gemacht hatte und nun auch Syrien besetzte und beanspruchte, während die anderen Großmächte, auch Österreich und Preußen, zum Sultan hielten. Frankreich fühlte sich plötzlich von der Siegerkoalition von 1814 bedrängt, und im Gegenzug forderte Thiers die Revision der Grenzen und die linksrheinischen Departements. Das führte in Deutschland zu einem Wiedererwachen der antifranzösischen Stimmung. Damals entstanden zwei Lieder:

Rheinlied von Niklas Becker
(1809-1845)

Sie sollen ihn nicht haben
den freien deutschen Rhein
ob sie wie gierige Raben
sich heiser danach schrein
So lang er ruhig wallend
sein grünes Kleid noch trägt
so lang ein Ruder schallend
In seine Woge schlägt

Die Wacht am Rhein von Max Schneckenburger
(1819-1849):

Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Der Deutsche Bund begann zu rüsten und Fragen der gemeinsamen Kriegsführung zu besprechen, und in Frankreich war man wohl über die Reaktionen erstaunt. Die Regierung Thiers wurde abgelöst, und die Krise verlief im Sand. Sie hatte aber gezeigt, wie stark die Sehnsucht der Deutschen nach Einheit auch nach vielen Jahren Metternich noch war.

Die Revolution von 1848

Die Julimonarchie in Frankreich hatte immer mehr abgewirtschaftet, und der „Bürgerkönig“ Louis Philippe hatte wegen Skandalen und Korruptionsfällen und wegen der immer engeren Annäherung an Metternich alle Achtung verloren und war zum allgemeinen Gespött geworden. Im Februar 1848 kam es in Paris zu Demonstrationen und Unruhen, weil der König die Diskussion über eine Verbreiterung des Wahlrechts verboten hatte. Nach Straßenschlachten zwischen der Armee und der Pariser Bevölkerung traten am 24. Februar der Premierminister Guizot und dann der König zurück und gingen ins Exil nach England. Die Republik wurde verkündet, und eine provisorische Regierung unter dem Dichter und Politiker Lamartine gebildet. Sie führte das allgemeine Wahlrecht (für Männer) ein, schaffte die Zensur ab und verbot die Sklaverei in den Kolonien. Am 23. April wurde eine verfassunggebende Nationalversammlung gewählt, in der die Konservativen und die gemäßigten Liberalen die Mehrheit hatten. Gegen die Schließung der Nationalwerkstätten durch die neue Mehrheit kam es am 24. Juni zu einem Aufstand der Pariser Arbeiterschaft, der in den folgenden Tagen von Armee und Nationalgarde unter Führung des Generals Cavaignac blutig niedergeschlagen wurde (mit über 4000 toten Arbeitern). Damit trennte sich die revolutionäre Arbeiterschaft vom Bürgertum, und die konservativ-liberale Mehrheit hatte gesiegt und berief Cavaignac zum Regierungschef und Diktator. Die Verfassung, die eine parlamentarische Regierung und einen eher machtlosen Staatspräsidenten vorsah, wurde am 4. November verabschiedet.

Die Februarrevolution löste einen Schock in ganz Europa aus und zeigte, dass das Metternich'sche System brüchig und die Ruhe und Sicherheit trügerisch waren. Die Sehnsucht nach Mitwirkung und Einheit waren weder in Italien noch in Deutschland erloschen. In den deutschen Staaten wurden die konservativen Regierungen abgelöst und durch liberale ersetzt, die Märzministerien, und ein Vorparlament in Frankfurt entschied die Wahl einer deutschen Nationalversammlung, die (nach unterschiedlichem Wahlrecht in den einzelnen

Staaten, zum Teil direkt, zum Teil indirekt, aber überall mit hoher Beteiligung) am 18. Mai in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, ein Parlament von Advokaten und Professoren, das nun die Grundsätze für eine gesamtdeutsche Verfassung auszuarbeiten hatte. Metternich floh nach England, Kaiser Ferdinand *der Gütige* (seit 1835) versuchte, es allen recht zu machen und trat am 2. Dezember resigniert zurück, nachdem das Militär die Macht übernommen hatte. Auch der bayrische König Ludwig I. mit seinem schlechten Ruf wegen der Tänzerin Lola Montez dankte ab. Der preußische König Friedrich Wilhelm versprach: *Preußen soll fortan in Deutschland aufgehen*. Gleichzeitig stimmte er einer verfassungsgebenden Versammlung für Preußen zu. Nachdem im Juni in Paris die Arbeiterunruhen durch Militäreinsatz niedergeschlagen worden war, wendete sich im Lauf des Herbstes das Blatt. In Österreich schlug Fürst Windischgrätz mit dem Militär die Verfassungsbewegung nieder und ließ am 9. November sogar den Paulskirchenabgeordneten Robert Blum erschießen. In Italien besiegte Radetzky die Einheitsbewegung unter der Führung von Savoyen-Piemont vernichtend bei Custozza 1848 und noch einmal bei Novara 1849. In Ungarn wurde die Revolution unter Lajos Kossuth erst 1849 von russischen Truppen erstickt. In Berlin rückte Ende Oktober das Militär in die Stadt, die verfassungsgebende Versammlung wurde aufgelöst, doch der König erließ von sich aus am 5. Dezember eine die Königsrechte sehr betonende „oktroyierte“ Verfassung.

Das Paulskirchenparlament arbeitete das ganze Jahr weiter. Es klärte grundsätzlich die Grundrechte, die Mitwirkung des Volkes durch ein Parlament, die „kleindeutsche“ Lösung ohne Österreich (das mit seinen anderen Kronländern eine Einheit bildete), und eine Erbmonarchie, für die nur noch der preußische König in Frage kam. Die Verfassung wurde am 28. März 1849 beschlossen, aber der König von Preußen lehnte die ihm angebotene Krone ab, weil eine demokratische Versammlung überhaupt nicht das Recht habe, sie ihm anzubieten. Damit war die deutsche Einheit gescheitert, die Paulskirchenversammlung lief auseinander. Die Pfälzer und Badener, die sich gegen ihre Herrscher auf die Reichsverfassung verpflichtet hatten, wurden durch preußische Intervention bis Juli 1849 zur Raison gebracht. Dann wurde der Deutsche Bund unter österreichischer Führung wieder eingerichtet.

Napoleon III. und das Second empire

In Frankreich sollte nach der neuen Verfassung der Präsident vom Volk gewählt werden, und die Wahl wurde auf 10. Dezember festgelegt. Der Kandidat der Parlamentsmehrheit war der Diktator und Regierungschef Cavaignac. Gegenkandidat war Prinz Louis Napoleon, Sohn der Königin Hortense und Neffe Napoleons, der Frankreich 1814 hatte verlassen müssen und in Konstanz und Augsburg die Schule besucht und später in der Schweiz gelebt hatte (Schloss Arenenberg im Thurgau war der Verbannungssitz seiner Mutter). 1836 war er bei einem Putschversuch in Straßburg verhaftet und nach Rio de Janeiro abgeschoben worden. Als er 1837 zu seiner sterbenden Mutter in die Schweiz zurückkehrte, verlangte Frankreich seine Auslieferung, der Kanton Thurgau weigerte sich, aber bevor es zum Krieg kam, emigrierte der Prinz nach England. Von dort aus machte er 1840 den zweiten Putschversuch in Boulogne-sur-mer. Er wurde gefangen und zur Haft auf der Festung Ham in der Picardie verurteilt. Die lockere Haft nutzte er, um die Probleme Frankreichs zu studieren (*l'université de Ham*). 1846 konnte er nach England fliehen. Nach der Revolution kam er nach Frankreich, wurde Abgeordneter und kandidierte dann für das Präsidentenamt. Obwohl fast unbekannt und ohne großen Wahlkampf wurde er mit 75% der Stimmen zum Präsidenten gewählt und übernahm am 20. Dezember von Cavaignac die Amtsgeschäfte. Der *prince-président* beobachtete die Schwierigkeiten der Parteien und Regierungen und konnte allmählich Leute seines Vertrauens dort unterbringen. Gleichzeitig bereiste er das Land, *la France profonde*, und schaffte sich so einen Anhang. Kurz vor Ablauf seiner Amtszeit organisierte er am 2. Dezember 1851, dem Jahrestag der Schlacht von Austerlitz, einen Staatsstreich, der blutiger ausfiel, als er gedacht hatte, er erließ eine neue Verfassung, die ihm große Vollmachten sicherte, und am 21. Dezember wurde er mit einem eindrucksvollen Plebiszit (7,5 Mio gegen 640 000) bestätigt. Bei einem weiteren Plebiszit für die Einführung des Kaisertums im November 1852 war der positive Stimmanteil noch höher, und am

2. Dezember 1852 ließ er sich als Napoleon III. zum Kaiser ausrufen. Das neue Empire war autoritär, aber Napoleon sicherte sich immer wieder Rückendeckung durch Plebiszite, und er machte eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schaffte und die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verbesserte. Paris wurde grundlegend modernisiert (Baron Haussmann), das Eisenbahnnetz wurde ausgebaut, Straßen, Wasserstraßen und Kanäle sorgten für bessere Transportmöglichkeiten. Zwei Weltausstellungen in Paris 1855 und 1867 zeigten den Fortschritt und die führende Stellung des zweiten Kaiserreichs. Das Ansehen Napoleons III. in Frankreich leidet bis heute darunter, dass er in Paris und bei der Elite unbeliebt war und nicht ernst genommen wurde. Auch das berühmte Urteil von Karl Marx (*Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, 1852) hat seinem Andenken geschadet: *Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Thatsachen und Personen sich so zu sagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als große Tragödie, das andre Mal als lumpige Farce.* Aber die über zwanzigjährige Regierungszeit Napoleons III. ist für die Ausgestaltung des modernen Frankreich nicht wegzudenken.

In Deutschland betrachtete man das neue Kaiserreich mit einem gewissen Misstrauen, weil zu befürchten war, dass der neue Kaiser politisch und territorial den Weg seines großen Onkels gehen und wieder die Rheingrenze anstreben und sich deutsche Vasallen suchen könnte. Auf der anderen Seite beeindruckte sein Wille zur Volksbeteiligung und seine aktive Wirtschaftspolitik zur Modernisierung und Industrialisierung. Gegenüber der tristen deutschen Wirklichkeit mit der Wiederherstellung der fürstlichen Souveränität und dem Scheitern der Pläne zur deutschen Einheit und zu einem modernen Verfassungsstaat musste Napoleon geradezu als möglicher Verbündeter für eine bessere Zukunft erscheinen.

Napoleon modernisierte und vergrößerte die Armee. In Algerien führte er die Kolonial- und Siedlungspolitik des Bürgerkönigs weiter. Seit 1856 versuchte Frankreich, in Indochina militärisch Fuß zu fassen, und 1859 wurde Saigon erobert und der Süden des Landes mit dem Mekong-Delta französisch besetzt. Doch zur großen Bewährungsprobe wurde der Krimkrieg. Zar Nikolaus von Russland erhob die Forderung, die einzige Schutzmacht der christlichen Stätten in der osmanischen Türkei zu sein, um dadurch in der Türkei jederzeit eingreifen zu können. 1853 besetzte Russland im Mai die Donaufürstentümer Moldau und Walachei und wurde dadurch zum neuen slawischen Schwergewicht auf dem Balkan. Die Türkei erklärte daraufhin im Oktober Russland den Krieg. Im November griff die russische Schwarzmeerflotte auf der Südseite des Schwarzen Meeres an, und eine entscheidende Niederlage der osmanischen Türkei schien sicher. Deshalb schrieb Napoleon an den Zaren und forderte das Ende der Feindseligkeiten. Der Zar wich in der Antwort aus, und daraufhin verband sich Frankreich mit England, sie machten ein Bündnis mit der Türkei und erklärten im März 1854 Russland den Krieg. Österreich schloss sich den Verbündeten nicht an, verlegte aber Truppen auf den Balkan und band so russische Streitkräfte. Am 31. Mai landeten französische und englische Truppen (je etwa 30 000) in Varna und erreichten im September die Krim, um Sewastopol zu belagern. Die Russen verteidigten ihr Staatsgebiet, die Verbündeten wollten Russland vorführen. Die einzelnen Kriegshandlungen waren eine blutige Schlächtereie, die in der nachträglichen Legende zu historischen Heldentaten umgedeutet wurde. Die hygienischen Zustände waren unbeschreiblich, der französische wie der englische Oberbefehlshaber starben an Infektionen, ebenso viele Soldaten (von 70 000 toten Franzosen starben 50 000 durch Krankheiten). Die Krankenschwester Florence Nightingale übernahm ein Hospital in Istanbul und reformierte das Lazarettwesen. Die Belagerung von Sewastopol dauerte über ein Jahr. Als die Franzosen unter Mac-Mahon im September 1855 das Fort Malakow eroberten, sprengten die Russen die militärischen Anlagen und zogen sich zurück. Im November besuchte der neue Zar Alexander II. den Kriegsschauplatz und entschied sich, den Krieg zu beenden. Auf Einladung Napoleons fanden die Friedensverhandlungen in Paris statt und führten am 30. März 1856 zum Frieden von Paris. Damit war das zweite Kaiserreich an der Stelle Österreichs zum politischen Schwergewicht geworden, und Kaiser Napoleon III. so etwas wie der Schiedsrichter Europas. Die Weltausstellung in Paris 1855 versinnbildlichte diese neue Führungsrolle.

Der Konflikt mit Österreich

Nachdem im Krimkrieg Russland gedemütigt und zurechtgestutzt worden war, musste auch der bisherigen Führungsmacht Österreich der Verlust der Erstklassigkeit bewusst gemacht werden. Der Hebel dazu war die italienische Nationalbewegung, die antiösterreichisch war und sich seit 1848 auf einen Kompromiss mit dem Königreich Sardinien, also Savoyen-Piemont geeinigt hatte. Napoleon hatte alte Verbindungen zur italienischen Nationalbewegung, weil er 1830/1 bei den Carbonari mitgekämpft und dabei seinen älteren Bruder verloren hatte. 1858 überlebte Napoleon einen Bombenanschlag von Felice Orsini, der in ihm einen Verräter an den Zielen der Carbonari sah. Napoleon war von seiner Verteidigung so beeindruckt, dass er ihn zwar nicht begnadigte, aber ihm vor seiner Hinrichtung versprechen ließ, sich für die italienische Einheit einzusetzen. Im Juli traf er sich heimlich in Plombières mit dem Ministerpräsidenten von Savoyen-Piemont, dem Grafen Cavour, und schloss mit ihm einen geheimen Vertrag, dass Frankreich ihn im Fall eines österreichischen Angriffs unterstützen würde. In seiner Neujahrsrede am 1. Januar 1859 griff Napoleon Österreich wegen seiner Rolle in Italien an, und Österreich begann, sich auf einen Krieg um Norditalien einzustellen und die Truppen zu verstärken. Zwar war Radetzky nicht mehr im Dienst, aber die Österreicher rechneten mit einem Sieg, und deshalb sollte der junge Kaiser Franz Josef persönlich den Oberbefehl führen. Am 19. April 1859 verlangte Österreich ultimativ von Cavour, dass Savoyen-Piemont seine Aufrüstung einstellte, und als Turin nicht reagierte, griffen österreichische Truppen in Piemont an. Damit war für Frankreich der Bündnisfall gegeben.

Die Franzosen beeilten sich, ihren Verbündeten zu Hilfe zu kommen, zum ersten Mal mit der Eisenbahn. Die Schlachten von Montebello am 21. Mai und von Magenta am 4. Juni öffneten den Alliierten den Weg nach Mailand, das von den Österreichern geräumt werden musste. Am 24. Juni kam es zur Entscheidungsschlacht von Solferino in der Lombardei, zwischen den Flüssen Chiese und Mincio. Gegen 3 Uhr morgens trafen die beiden Heere unerwartet und ungeplant aufeinander. Auf der Seite der Alliierten kämpften 120 000 Mann, auf österreichischer Seite 110 000. Es war eine blutige Schlächtereier, mit über 30 000 Toten oder Verwundeten und weiteren 10 000 Vermissten. Das Elend der Verwundeten brachte den Schweizer Henri Dunant dazu, sich grundsätzlich darum zu kümmern und das Rote Kreuz zu gründen. Die Schlacht gilt als französisch-italienischer Sieg, die Österreicher mussten das Feld räumen und waren geschlagen, aber keineswegs endgültig. Sie hatten nicht eingesetzte Reserven und das Festungsviereck im Rücken. Napoleon III. schlug Franz Josef am 5. Juli einen Waffenstillstand vor. Er fürchtete die revolutionäre Bewegung in Italien ebenso wie den drohenden Angriff Preußens und des Deutschen Bundes am Rhein, und er war erschüttert von dem, was er in Solferino gesehen hatte: *Ces boucheries ne sont plus de notre temps*. Die beiden Kaiser trafen sich im österreichischen Hauptquartier und schlossen dort am 11. Juli 1859 den Vorfrieden von Villafranca. Österreich trat die Lombardei an den Kaiser von Frankreich ab, behielt aber Venetien. Frankreich gab die Lombardei an Piemont weiter und erhielt dafür (nach einer Volksabstimmung) Savoyen und Nizza.

Napoleon hatte an ein Königreich Norditalien gedacht, aber in den folgenden Monaten stürzte Garibaldi die Bourbonenmonarchie in Neapel-Sizilien, und in den kleineren nord- und mittellitalienischen Staaten wie Parma und Toskana übernahmen Revolutionäre die Herrschaft und verkündeten den Anschluss an Piemont. Auch die Italiener im Kirchenstaat wollten nicht abseits stehen. Napoleon, der auf seine konservativ-katholische Wählerschaft Rücksicht nehmen musste, schickte Soldaten nach Rom, um wenigstens die Stadt für den Papst zu halten. Nach Volksabstimmungen wurde ein gesamtitalienisches Parlament gewählt, das am 18. Februar 1861 in Turin zusammentrat. Am 18. März wurde das neue Königreich Italien proklamiert. Viktor Emanuel nahm den Titel *König von Italien durch die Gnade Gottes und den Willen des Volkes* an. Cavour wurde der erste Ministerpräsident, und Florenz wurde provisorische Hauptstadt. Napoleon hatte Österreich treffen und demütigen wollen, aber die italienische Einigung ging weit über seine Pläne und Vorstellungen hinaus, und das Spielen mit Einheitssehnsüchten hatte sich als gefährlich erwiesen. Immerhin hatte er aber für Frankreich Savoyen und Nizza gewonnen.

Der Konkurrent: der Aufstieg Bismarcks

Der Deutsche Bund war 1850 restauriert worden, und der resignierte preußische König Friedrich Wilhelm IV. hatte kein Interesse mehr an Politik. Er überließ die Regierung immer mehr seinem Bruder und Nachfolger Wilhelm, seit 1858 offizieller Regent und seit dem Tod seines Bruders 1861 König. Der wollte verfassungsmäßig regieren, aber er überwarf sich wegen einer Heeresreform, die er als Militär für notwendig hielt, mit der liberalen Mehrheit und berief am 23. September Otto von Bismarck zum „Kampfministerpräsidenten“.

Otto von Bismarck, 1815 in Schönhausen (an der Elbe bei Stendal) geboren, 1816 nach Hinterpommern umgezogen, stammt aus einer alten kleinadligen kurmärkischen Junkerfamilie. Er studierte Jura, war aber für den offiziellen Staatsdienst nicht geeignet und zog sich auf sein Gut zurück. Bismarck arbeitete 1848/9 an der Sammlung der konservativen Kräfte, der Junkerpartei um die Neue Preußische Zeitung, wegen der Aufmachung „Kreuzzeitung“, in der er Artikel publizierte und für die Erhaltung der Privilegien der Junker eintrat. 1849 wurde Bismarck ins Abgeordnetenhaus gewählt. Er verteidigte im Landtag die Ablehnung des Kaisertitels und die Olmützer Abmachung, weil er fürchtete, dass Preußen sich in Deutschland verlieren könnte. Er galt damals auch bei den Konservativen als radikal und extrem, und König Friedrich Wilhelm vermerkte bei ihm: *Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonnet schrankenlos waltet*. Für die Liberalen war Bismarck ein konservatives Schreckensbild, die negative Folie für eine mögliche politische Entwicklung.

1851 wurde Bismarck auf Betreiben seiner politischen Freunde zum preußischen Vertreter am Bundestag in Frankfurt ernannt. Seine Ernennung wurde überall als Sieg der Reaktion bewertet. Er begann dort als Anhänger der Restauration und als Freund Österreichs, aber in den Jahren bis 1859 wurde er zum Gegenspieler der österreichischen Politik. Er verhinderte, dass der Deutsche Bund von Österreich in den Krimkrieg mit Russland hineingezogen wurde, und er erkannte, dass eine sinnvolle Bewegung in der deutschen Frage ein Ausscheiden Österreichs voraussetzte. Die Jahre in Frankfurt brachten für Bismarck neue Perspektiven und führten ihn gründlich in das diplomatische und außenpolitische Handwerk ein. 1859 wurde er abberufen und war bis 1862 als Gesandter in St. Petersburg, wo er wichtige Kontakte knüpfte (und wegen seiner Alkoholverträglichkeit berühmt war). Im Frühjahr 1862 wurde er nach Paris versetzt, aber im September nach Berlin zurückgerufen.

Als Ministerpräsident setzte Bismarck die Weiterführung der Heeresreform ohne Zustimmung des Landtags durch. Er konstruierte dazu eine „Lückentheorie“: die Verfassung würde nicht regeln was zu geschehen hat, wenn König und Herrenhaus zustimmen, das Abgeordnetenhaus aber ablehnt. Dass er wusste, dass sein Vorgehen ein Verfassungsbruch war, zeigt die Indemnitätsvorlage, mit der er sein Vorgehen nachträglich legitimieren ließ. Sein politisches Ziel war nach den Frankfurter Erfahrungenn, Österreich aus Deutschland herauszudrängen und Preußen zur deutschen Führungsmacht zu machen. Für Napoleon war die Perspektive einer österreichisch-preußischen Rivalität positiv, weil sie Österreich weiter schadete und im Kriegsfall zu einer deutlichen Schwächung beider Kontrahenten führen und Frankreich am Ende die Rolle eines Schiedsrichters ermöglichen würde.

Schleswig-Holstein und Österreich: Der Norddeutsche Bund

Eine erste Möglichkeit, sich national zu profilieren, bot Bismarck schließlich Dänemark. Zum dänischen Königreich gehörte seit langem Schleswig-Holstein, es war aber eine eigene Provinz und Teil des Reiches und später des Deutschen Bundes. Dänemark unternahm verschiedene Anläufe, um das Land völlig einzugliedern, zuletzt mit einer einheitlichen Verfassung 1863. Bismarck alarmierte die Öffentlichkeit und den Deutschen Bund und erreichte 1864 eine „Bundesexecution“ mit preußischen und österreichischen Truppen. Dänemark wurde geschlagen (Helmuth von Moltke und die Schlacht an der Düppelner Schanze) und musste im Frieden von Wien die Elbherzogtümer abtreten. Preußen erhielt Schleswig zur Verwaltung, Österreich Holstein. Preußen hatte sich als Wächter und Garant für deutsche Interessen gezeigt.

1865 verweigerte Bismarck sich einer von Österreich ausgehenden Reform des Deutschen Bundes, und 1866 kam es wegen Holstein zum Krieg. Er war von Bismarck diplomatisch gut vorbereitet worden. Italien wollte Venetien und verbündete sich deshalb mit Preußen, und das bedeutete für Österreich eine zweite Front. Russland war so oder so gegen Österreich, und Preußen hatte sich nicht am Krimkrieg beteiligt und 1863 die Grenze zu Polen dicht gemacht, als die Russen dort einen polnischen Aufstand niederschlugen. England war nicht interessiert, und Frankreich blieb abwartend neutral. Österreich hatte mit der Verwaltung von Holstein Schwierigkeiten, und als Provokation ließ Bismarck dort preußische Truppen einmarschieren. Darauf erreichte Österreich beim Deutschen Bund am 14. Juni die Kriegserklärung an Preußen. Preußen setzte einige Einheiten gegen die Truppen der Bundesstaaten ein, aber die Hauptarmee unter Moltke marschierte möglichst schnell in drei Säulen nach Böhmen und schlug das österreichische Heer am 3. Juli bei Königgrätz entscheidend. Die Generale wollten den Krieg weiterführen und in Wien einmarschieren, aber Bismarck drängte auf einen schnellen Abschluss. Österreich stimmte dem Ausscheiden aus dem Deutschen Bund und der Abtretung von Venetien zu, obwohl die Italiener nicht gesiegt hatten. Der Vorfriede von Nikolsburg wurde am 26. Juli abgeschlossen, noch bevor Napoleon seine Vermittlung anbieten konnte. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst, und Preußen annektierte die Gebiete einiger Bundesmitglieder in Norddeutschland: Hannover, Hessen-Kassel, Frankfurt, dazu die beiden Elbherzogtümer. Die süddeutschen Staaten wurden geschont. Deutschland wurde bis zur Mainlinie in einem Norddeutschen Bund zusammengefasst, der sehr föderal war, aber vor allem aus Preußen bestand. König Wilhelm war Präsident, Bismarck Kanzler. Neu war ein direkt und nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählter Reichstag. Der gehasste Bismarck hatte wenigstens für Norddeutschland eine neue Ordnung erreicht. Die süddeutschen Staaten wurden durch geheime Militärabkommen für eine zukünftige Eingliederung vorbereitet. Aus Rücksicht auf Frankreich und auf die souveränen Fürsten war im Augenblick mehr nicht möglich.



Preußen und der Norddeutsche Bund 1867

Der deutsch-französische Krieg 1870/1871

Der preußische Sieg und der Norddeutsche Bund waren für Frankreich ein Schock. Bisher war Österreich als Hauptgegner und Deutschland als eher bedeutungsloses Anhängsel betrachtet worden, jetzt plötzlich war Preußen/Norddeutschland eine politische Größe, die ihre militärische Stärke mit Königgrätz eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatte. Napoleon empfing König Wilhelm und Bismarck 1867 anlässlich der Weltausstellung freundlich, er hatte keine klare politische Haltung zur deutschen Einheit, aber er wollte sicher keinen Krieg, weil er nach Königgrätz die preußische militärische Stärke richtig einschätzte. Er reagierte unsicher, und Bismarck manipulierte ihn, indem er ihm versicherte, er habe nichts gegen eine territoriale Kompensation mit Luxemburg, ihn aber gleichzeitig wegen dieser Forderung bei den anderen Höfen denunzierte und ins Unrecht setzte. Napoleons Stellung war nach 1867 so oder so nach innen wie nach außen angegriffen. 1864 hatte er den Bruder des österreichischen Kaisers, Erzherzog Maximilian, dazu überreden können, mit einer französischen Armee nach Mexiko zu gehen und Kaiser von Mexiko zu werden. Das war eine konservativ-katholische Intrige gegen den gewählten Präsidenten Benito Juárez. Die französische Armee musste sich 1866 auf Druck der USA zurückziehen, Maximilian blieb und wurde am 19. Mai 1867 erschossen. Das war eine peinliche Niederlage für Napoleon. Dazu kam, dass er große gesundheitliche Probleme wegen Nierensteinen hatte. Trotzdem erhielt Napoleon beim Plebiszit im Mai 1870 zur Bestätigung der Verfassungsreform eine überwältigende Mehrheit von 70%. Die Kaiserin Eugenie mit ihrer konservativ-katholischen Einstellung stand nicht nur hinter dem Mexiko-Abenteuer und dem Schutz des Kirchenstaates durch französische Truppen, sondern übernahm seit 1868 auch mehr und mehr die Regierung. Der faktische Ministerpräsident Ollivier (seit Ende 1869) und sein Außenminister, der Duc de Gramont, waren ihre Vertrauten. Seit der Verfassungsreform von 1869 hatte die Abgeordnetenkammer mehr Einfluss auf die Regierung, und sie unterstützte die Regierung bei ihrer konservativ-nationalen und national-empfindlichen Außenpolitik. Der Duc de Gramont als Außenminister vertrat eine harte Haltung gegenüber deutschen Entwicklungen, und die Hauptstadtspresse stand dabei hinter ihm.

Die Stimmung in Frankreich hatte sich geändert. Der alte Hauptgegner Österreich war nach der Niederlage gegen Preußen plötzlich zum Opfer geworden. Man forderte „Rache für Sadowa“ (den französischen Namen für Königgrätz). Eine militärische Auseinandersetzung mit Preußen musste kommen, und man rechnete dabei mit einer Beteiligung Österreichs auf französischer Seite und mit der Neutralität der süddeutschen Staaten. Aber die Regierung machte keine Versuche, den Konflikt diplomatisch vorzubereiten, und die nationale Stimmung war sich der militärischen Überlegenheit Frankreichs sicher. Auf der anderen Seite brauchte Bismarck, wenn er jetzt den Krieg wollte, einen französischen Angriff, denn die Beistandsverpflichtung der süddeutschen Staaten galt nur im Defensivfall.

Die notwendige Provokation ergab sich aus der spanischen Thronkandidatur. Der spanische General Juan Prim suchte nach einem neuen König, nachdem er Isabella II. gestürzt hatte. Ein möglicher Kandidat war Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, katholisch und aus altem Hochadel, aber er sagte zur Freude von König Wilhelm schon 1869 ab, weil die ganze Geschichte ihm zu unsicher war. Nachdem sich eine italienisch-savoyische Kandidatur auch erledigt hatte, konnte Bismarck Anfang 1870 den General Prim noch einmal dazu bringen, dem Prinzen die Kandidatur anzutragen. Der König als Chef des Hauses Hohenzollern stimmte auf Druck Bismarcks zu, und am 1. Juli wurde die Kandidatur von Leopold bekanntgegeben. Das führte in der französischen Presse zu einem gewaltigen Echo, und am 6. Juli erklärte der Außenminister Gramont vor der Abgeordnetenkammer:

Frankreich würde nicht dulden, dass der Prinz von Hohenzollern oder sonst irgendein preußischer Prinz den spanischen Thron besteigt. Um diesen möglichen Fall zu verhindern, zählt die Regierung zugleich auf die Klugheit des deutschen Volkes und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es jedoch anders kommen, so wüssten wir kraft Ihrer (der Abgeordneten) Unterstützung und derjenigen der Nation ohne Zögern und ohne Schwäche unsere Pflicht zu tun. Mit dieser undiplomatisch-direkten Drohung verschärfte Gramont den Konflikt, und die französische Presse zog mit.

Am 7. Juli gab Gramont dem französischen Gesandten Benedetti folgende Instruktion: *Wenn Sie beim König erreichen, dass er die Genehmigung für die Kandidatur zurücknimmt, ist das ein großer Erfolg. Wenn nicht, dann ist es der Krieg.*

Benedetti, der ein gutes Verhältnis zu König Wilhelm hatte, nahm Kontakt zu ihm auf, als er in Bad Ems zur Kur weilte. Der König gab ihm in der ersten Unterredung zu, dass er nichts dagegen hätte, wenn der Prinz seine Kandidatur zurückzöge, in der zweiten teilte er ihm mit, dass der Vater des Prinzen dessen Verzicht auf die Kandidatur bekanntgegeben habe. Aber Gramont forderte von Benedetti, dass der König offiziell auf die Möglichkeit einer solchen Kandidatur verzichtete. Der König sicherte auch das zu und verabschiedete sich von Benedetti. Sein Adjudant schickte ein Telegramm nach Berlin, in dem er die Gespräche mit Benedetti wiedergab. Bismarck kürzte diese „Emser Depesche“ so zusammen:

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der Französische Botschafter in Ems an S. Maj. den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, dass er nach Paris telegraphiere, dass S. Maj. der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Seine Maj. der König hat es darauf abgelehnt, den Franz. Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, dass S. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.

Bismarck hatte am 13. Juli abends den Kriegsminister von Roon und den Generalstabschef Moltke zu Gast. Die Stimmung war niedergeschlagen, weil durch den Verzicht des Prinzen der Krieg vermieden schien. Da wurde das Telegramm gebracht, und die Stimmung wurde noch trüber, bis Bismarck nur durch Streichungen der Depesche den Sinn eines abrupten Abbruchs durch den König gegeben hatte. Bismarck erläuterte seinen Gästen:

Wenn ich diesen Text ... in Ausführung des Allerhöchsten Auftrags sofort nicht nur an die Zeitungen, sondern auch telegraphisch an alle unsere Gesandtschaften mitteile, so wird er vor Mitternacht in Paris bekannt sein und dort nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung den Eindruck des rothen Tuches auf den gallischen Stier machen. ... Diese meine Auseinandersetzung erzeugte bei den beiden Generalen einen Umschlag zur freudigen Stimmung, dessen Lebhaftigkeit mich überraschte.

Am 14. Juli wurde die Emser Depesche in Paris bekannt, die französische Öffentlichkeit fühlte sich beleidigt und beschimpft, und in einer sechsstündigen Kabinettsitzung wurde der Krieg gegen Preußen beschlossen. Napoleon fürchtete Schlimmes, aber er hatte nicht die Kraft, sich gegen die *Volonté du Pays* zu stellen. Am 15. Juli wurden die Kriegskredite angenommen, und Gambetta, der Führer der Republikaner, sagte in der Abgeordnetenkammer:

... Es ist gut für Euren Kaiser, wenn er die Schmach des 2. Dezember im Wasser des Rheins abwaschen und so von dem Sieg profitieren kann, den ich von ganzem Herzen wünsche. Die Republik wird später davon profitieren. ...

Am 19. Juli erklärte der französische Außenminister Gramont dem preußischen Gesandten in Paris gegenüber den Krieg.

Der deutsche Generalstab hatte ein rasches Vordringen der französischen Heere nach Deutschland erwartet (er hatte keine entsprechenden Karten von Lothringen dabei), aber die französische Mobilmachung lief langsam an. Preußen und auch die süddeutschen Staaten hatten seit dem 16. Juli mobilgemacht. Am 3. August standen schon 320 000 Soldaten an der Rheingrenze. Das erste Gefecht war am 4. August in Weißenburg, und in den ersten Wochen wurden die französischen Truppen in für die Deutschen verlustreichen Gefechten (Wöhr, Spichern, Nuits) aus dem Elsass gedrängt. In den Schlachten von Mars-la-Tour und Gravelotte (17. und 18. August) zwangen die deutschen Truppen die französische Rheinarmee unter Marschall Bazaine, die eigentlich dem Main entlang hätte angreifen sollen, zum Rückzug auf Metz, wo sie belagert und festgehalten wurde.

Marschall Mac-Mahon führte eine Armee vor allem aus Reservetruppen, die in Châlons-sur-Marne stand und ursprünglich für die Deckung von Paris vorgesehen war. Am 20. August

erhielt sie von der Kaiserin den Auftrag, die Armee in Metz zu entsetzen. Am 21. brach er mit seiner Armee in Richtung Sedan auf. Am 30. August stieß Napoleon III., den die Regierenden in Paris los sein wollten und der der nominelle Oberbefehlshaber war, zur Armee Mac-Mahon, der am 1. September verwundet wurde und die Kapitulation deshalb nicht unterzeichnete. Aber inzwischen war die Armee bei Sedan eingekreist und kapitulierte am 2. September auf Verantwortung Napoleons, der unnötiges Blutvergießen vermeiden wollte. Die Truppen von Mac-Mahon kamen in Kriegsgefangenschaft, und Bazaine war in Metz eingeschlossen (und kapitulierte am 27. Oktober). Damit gab es keine kaiserliche Armee mehr. Die Nachricht von Sedan erreichte Paris am 3. September, und am 4. wurde das Kaiserreich gestürzt, die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung der nationalen Verteidigung unter General Trochu mit Gambetta als Innenminister gebildet, die den Krieg mit einer *levée en masse*, der Bewaffnung der ganzen männlichen Bevölkerung und der Bildung neuer Armeen weiterführen wollte. Dagegen begannen die preußisch-deutschen Truppen seit 19. September mit der Belagerung von Paris. Eine Armee unter General Bourbaki sollte Belfort entsetzen und das Elsass zurückerobern, aber die schlecht ausgerüsteten und unerfahrenen Soldaten hielten nicht stand, und die Armee ließ sich im Februar 1871 mit 87 000 Mann in die Schweiz abdrängen und wurde dort interniert. Selbst der italienische Freischärler Garibaldi kämpfte im Jura für die junge Republik.

Die Begeisterung über den Sieg sollte für den Abschluss der deutschen Einheit genutzt werden. Bismarck brachte durch Zuwendungen aus dem Welfenfonds den bayrischen König Ludwig II. dazu, am 3. Dezember 1870 einer Ausweitung des Norddeutschen Bundes zuzustimmen und König Wilhelm aufzufordern, den Titel eines deutschen Kaisers anzunehmen. Nachdem die vertraglichen Regelungen mit den süddeutschen Staaten abgeschlossen waren, konnte das neue Kaiserreich proklamiert werden. Das preußische Hauptquartier mit König Wilhelm war im Schloss von Versailles, deshalb wurde der Spiegelsaal als feierlicher Rahmen für die Ausrufung bestimmt. Anwesend waren vor allem militärische Führer, der vornehmste war Großherzog Friedrich von Baden, der Schwiegersohn König Wilhelms, und der brachte das erste Hoch auf Kaiser Wilhelm aus. Die Franzosen betrachteten später diese Ortswahl als besondere Provokation, aber daran dachten die Deutschen wohl nicht.



Die Kaiserproklamation von Versailles 18. Januar 1871. Kaiserdenkmal Karlsruhe

Am 31. Januar trat vor Paris ein Waffenstillstand in Kraft, und am 8. Februar wurde eine neue Nationalversammlung mit einer konservativen Mehrheit gewählt. Sie bestimmte Adolphe Thiers zum provisorischen Staatspräsidenten, und der begann mit Friedensverhandlungen. Das führte am 26. Februar zum Vorfrieden von Versailles. Der Widerstand der Bevölkerung von Paris führte zur Pariser Kommune, die im Auftrag von Thiers im Mai blutig niedergeschlagen wurde (mit 25 000 Toten). Der endgültige Frieden von Frankfurt wurde am 10. Mai 1871 unterzeichnet.

Bismarck hat sich in seinen *Gedanken und Erinnerungen* über die deutschnationalen Forderung nach Elsass-Lothringen genau so lustig gemacht wie über die Argumentation des Militärs, dass sie Metz als Basis für den nächsten Krieg gegen Frankreich bräuchten, aber er beugte sich ihnen und verlangte die Abtretung von Elsass-Lothringen. Damit stellte er sich gegen seine eigenen Erkenntnisse von 1866 gegenüber Österreich, dass der nachhaltigste Frieden erreicht wird, wenn der Sieger sich zurückhält und dauerhafte Verletzungen des Verlierers vermeidet. Karl Marx sah schon 1871 voraus, dass die Annexion von Elsass-Lothringen den Frieden in einen bloßen Waffenstillstand verwandeln würde, bis Frankreich stark genug für eine Revanche sei. Zu den Bedingungen des Vertrags gehörte auch eine Reparation von 5 Milliarden Goldfrancs, die von Frankreich schneller als gefordert bezahlt wurde, weil damit die deutsche Besatzung im Osten endete.

Napoleon hatte 1860 in Savoyen und Nizza eine Volksabstimmung machen lassen, aber Bismarck setzte jetzt durch, dass Elsass-Lothringen ohne Befragung und gegen den Willen der Bevölkerung abgetreten werden musste, die sich spätestens seit der Revolution als gut französisch fühlte. Nur in Deutschland sah man das Elsass noch als deutsch an. Die im Februar 1871 neu gewählten elsässischen Abgeordneten protestierten in der Nationalversammlung dagegen, dass das Elsass ohne Volksbefragung abgetreten würde, und sie stimmten gegen den Friedensvertrag mit dem neuen Kaiserreich. 128 000 Elsässer und Lothringer optierten für Frankreich und verließen ihre Heimat.

Das neue Reich war aus Rücksicht auf die souveränen Einzelstaaten extrem föderalistisch, die Länder hatten ihren eigenen Regierungen, eigene Verwaltung, Eisenbahn, sogar Militär, und über den Bundesrat hatten sie ein großes Mitspracherecht bei Bundesangelegenheiten. Aber Elsass-Lothringen war „Reichsland“, die Bürger waren Deutsche zweiter Klasse weil sie zwar das Wahlrecht zum Reichstag hatten, aber keine eigene und selbstgewählte Regierung. Sie wurden vom Reich verwaltet, und das heißt von Berlin und faktisch von Preußen aus. Der Reichsstatthalter und die wichtigsten Beamten wurden vom Kaiser ernannt, und sie regierten mit Erlassen. Dazu kam, dass insbesondere in Lothringen die Militärs Sonderrechte hatten und ungefragt eingriffen (wie noch in Zabern 1913), weil sie das Land vor allem als Aufmarschgebiet für den nächsten Krieg und die Elsässer als unsichere Zeitgenossen betrachteten. Das Elsass musste die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich abbrechen und sich neue in Deutschland suchen. Die sprachliche und kulturelle Bindung an Frankreich wurde von oben gekappt, Französisch sprechen oder unterrichten war verboten. So fühlten sich die Elsässer verraten und verkauft, und das elsässische Ärgernis vergiftete auch nachhaltig die französisch-deutschen Beziehungen.

Das war schade, denn die deutsche Zeit bedeutete für das Elsass auch einen Entwicklungsschub. In Straßburg wurde die „Reichsuniversität“ gegründet und zu einer führenden Universität ausgebaut, und Straßburg wurde zu einer modernen Großstadt erweitert, städtebaulich wie sozialpolitisch. Das öffentliche Schulwesen wurde zur Pflichtschule und verbessert, und Straßburg wie Mühlhausen wurden Industriestädte, 1907 arbeiteten mehr Elsässer in der Industrie als in der Landwirtschaft. Erst heute werden auch die Leistungen und Errungenschaften der deutschen Zeit anerkannt. Aber in der öffentlichen Meinung in Frankreich überwogen damals die negativen Aspekte und das Gefühl des fortdauernden Unrechts. Es gab eine elsässische Diaspora und in Paris seit 1874 ein „Lycée alsacien“, im 19. Jahrhundert eine Eliteschule.

Die dritte Republik in Frankreich

Die Führer der überzeugten Republikaner in der 1871 gewählten Assemblée nationale des Kaiserreichs waren die Rechtsanwälte Léon Gambetta (1838 – 1882) und Jules Ferry (1832 – 1893). Nach der Kapitulation von Sedan riefen sie am 4. September die Republik aus. Aber die Mehrheit der Assemblée war konservativ und monarchisch. In der Regierung der Nationalen Verteidigung übernahm Gambetta das Innenministerium, Ferry wurde Staatssekretär im Kriegsministerium. Aber die erhoffte *levée en masse* funktionierte nicht. Die Wahlen vom 8. Februar brachten einen klaren Sieg der Monarchisten, Gambetta ging ins freiwillige Exil, und Adolphe Thiers bildete eine provisorische Regierung und begann mit Friedensverhandlungen. Dagegen rebellierte der revolutionäre Pariser Stadtrat, der am 18. März die sozialistische Pariser Kommune ausrief, die von Thiers mit Billigung Bismarcks in der „blutigen Woche“ vom 21. bis 28. Mai brutal niedergeschlagen wurde. Thiers wurde von der monarchisch-konservativen Mehrheit im August zum Staatspräsidenten gewählt. Sein Nachfolger wurde 1873 der frühere Marschall Mac-Mahon, der seinen Auftrag darin sah, die Monarchie wieder einzuführen. Doch der Thronpräsident der Bourbonen, der Graf Chambord, weigerte sich, die Trikolore als Nationalfahne zu akzeptieren. So blieb die Republik.

Das Parlament beschloss 1875 drei Organisationsgesetze, die die eigentliche Verfassung der Dritten Republik darstellen. Die nach allgemeinem Wahlrecht gewählte Assemblée Nationale war der Träger des Volkswillens und bestimmte die Regierung. Der Senat als indirekt gewählte erste Kammer stellte ein gewisses Korrektiv zur Volksvertretung dar. Gemeinsam wählten Assemblée und Senat den Staatspräsidenten. Der hatte allerdings das Recht, das Parlament aufzulösen. Die Wahlen von 1876 ergaben eine republikanische Mehrheit und deshalb löste Mac-Mahon das Parlament 1877 auf. Doch die Neuwahl bestätigte und verstärkte die republikanische Mehrheit, und Mac-Mahon musste 1879 zurücktreten. Sein Nachfolger wurde der Republikaner Jules Grévy. Unter ihm stieg Jules Ferry aus St. Dié, Dép. Vosges, zum wichtigsten Minister der Republik auf. Er wurde im Februar 1879 Unterrichtsminister in der ersten von Grévy ernannten Regierung. 1891 sagte er im Rückblick: *Die republikanische Partei wollte drei Dinge: zuerst die Armee erneuern, dann das Regierungssystem auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts als Republik erneuern. Aber sie wollte auch die nationale Seele durch die nationale Schule erneuern.*

An diese Aufgabe machte sich der neue Bildungsminister mit großem Eifer, und zwischen 1879 und 1883 wurde das französische Bildungswesen völlig umgestaltet. Der staatliche Einfluss auf die Universitäten wurde erweitert, der kirchliche und gesellschaftliche zurückgedrängt. Neue Lehrstühle und Fachrichtungen wurden geschaffen und eingegliedert. Aber die Hauptarbeit betraf das öffentliche Schulwesen. Bisher beherrschte die katholische Kirche das Bildungswesen. Insbesondere die Lateinschulen waren ganz in den Händen der Jesuiten, und die Kirche war antidemokratisch und monarchistisch. Ferry ließ die Jesuiten ausweisen und entfernte kirchliche Lehrkräfte aus den Schulen. Er ordnete die Lehrerbildung neu, richtete die allgemeine Schulpflicht ein, gründete neue öffentliche Gymnasien. Er setzte auch die Grundschulpflicht für Mädchen und weiterführende Schulen für sie durch. In vier Jahren wurde so gegen gewaltigen Widerstand das neue republikanische Schulwesen geschaffen, französisch-hochsprachlich, weltanschaulich neutral, fortschrittsgläubig, laizistisch. Noch heute zeigen die vielen Jules-Ferry-Schulen im ganzen Land, wie grundlegend Frankreich hier umgestaltet wurde.

Von 1880 – 1881 und 1883 – 1885 war Jules Ferry Ministerpräsident. Er setzte in Absprache mit Bismarck das französische Protektorat über Tunesien durch und wurde deshalb von Gambetta und dessen Nachfolger Clemenceau (1841 – 1929) als Führer der antideutschen Revanchisten scharf angegriffen, weil er die Revanche nicht intensiv genug betreiben wollte und zu einer Politik der teilweisen Versöhnung bereit war. Er stürzte am Ende seiner zweiten Amtszeit 1885 über den Indochinakonflikt, weil die Linken seine Kolonialpolitik ablehnten und die Revanchisten unter Clemenceau seine Bereitschaft zur Aussöhnung mit Deutschland. Deshalb wurde er auch 1887 nicht zum Staatspräsidenten gewählt.

Dabei stand Ferry mit seinen Gedanken einer Annäherung nicht allein. Schon 1871 hatte der große Gelehrte Ernest Renan (Leben Jesu 1863) *La réforme intellectuelle et morale de la*

France geschrieben und darin einen Neuanfang der französischen Universitäten nach deutschem Muster gefordert, eine Verwissenschaftlichung und Entkirchlichung der Institutionen, um im Wettbewerb der Nationen wieder konkurrenzfähig zu werden. Auch der Sozialist Jaurès, der nach 1900 in der Politik der Dritten Republik wie des europäischen Sozialismus eine wichtige Rolle spielte, war für eine deutsch-französische Annäherung. Aber die Anhänger des Revanchismus bekämpften diesen Ansatz mit allen propagandistischen Mitteln, und auch die deutsche Politik kam Frankreich wenig entgegen.

Von Georges Clemenceau, dem scharfzüngigen Führer der Revanchisten, war General Georges Boulanger, Schulkamerad von Georges Clemenceau, als Kriegsminister in die erste Nach-Ferry-Regierung gebracht worden. Er machte sich mit viel Geschick persönlich und als Ordnungspolitiker im ganzen Land bekannt und vertrat eine offensive und provokative Politik gegenüber Deutschland:

Nous pouvons enfin renoncer à la triste politique défensive ; la France doit désormais suivre hautement la politique offensive.

Er stellte sich im Pakt mit den Monarchisten bei verschiedenen Wahlen mit dem Programm *Dissolution, Révision, Constituante*, also einer Auflösung der parlamentarischen Republik und einer neuen Starker-Mann-Verfassung nach napoleonischem Vorbild zur Wahl. Als im April 1889 deshalb seine parlamentarische Immunität aufgehoben wurde, floh er nach Brüssel und wurde in Abwesenheit wegen Anschlags auf die innere Sicherheit verurteilt. Die Republik hatte sich in dieser Krise durchgesetzt. Aber eine antideutsche Haltung war der politischen Karriere förderlich, und der Verdacht der Deutschfreundlichkeit konnte, wie bei Jules Ferry, eine bisher erfolgreiche Karriere ruinieren.

Frankreich war die einzige Republik in einem monarchischen Europa, von der liberalen englischen Demokratie bis zum autokratischen Zarentum, und nach der Festigung der Republik gab es durchaus einen Nationalstolz auf diese Staatsform, die Trennung von Staat und Kirche, den Laizismus, die Erschließung neuer Bildungsschichten durch die demokratische Schule, aber auch die Überwindung des Feudalismus und die einfache und vernünftig-rationale Verwaltung. Dazu kam der schon traditionelle Stolz auf die überlegene Sprache, Literatur und Kultur (die zum Unterschätzen der anderen Sprachen und Kulturen verführen konnte), auf *clarté und raison* als nationales Erbe. Vom Schock der Niederlage 1871 blieb ein Gefühl der militärischen Unterlegenheit und der fortdauernden Ungerechtigkeit, weil Bismarck Frankreich nach Möglichkeit von der europäischen Bühne fernhielt (nicht umsonst war „Bismarck“ vor 1900 in Frankreich angeblich der häufigste Hundename). Frankreich entwickelte auch ein gewisses koloniales Sendungsbewusstsein (Algerien, Tunesien, Indochina, Schwarzafrika), aber Clemenceau als Wortführer der „Revanchisten“ achtete immer darauf, dass über dem kolonialen Engagement die politische „Hauptaufgabe“ nicht vergessen wurde. Und die Erinnerung an das französische Elsass wurde wachgehalten.

Bismarcks europäische Politik nach 1871: Europa ohne Frankreich?

Das neue deutsche Kaiserreich hatte Frankreich als führende politische und militärische Macht in Europa abgelöst, und Bismarck beeilte sich, den anderen Mächten zu versichern, dass das neue Deutschland „saturiert“ sei, keine weitergehenden territorialen und politischen Ziele in Europa habe. Am 8. Februar 1871 etwa hatte Benjamin Disraeli, der Führer der konservativen Opposition im britischen Parlament, gesagt: *Dieser Krieg bedeutet die deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts ... Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört, und das Land, welches am meisten leidet und die Wirkungen dieser großen Veränderung am meisten spürt, ist England.* Bismarck wollte also bei den europäischen Höfen Vertrauen gewinnen, aber nicht in Frankreich. Schon 1872 schrieb er an seinen Kaiser: *Unsere Hauptgefahr für die Zukunft beginnt von dem Augenblick an, wo Frankreich den monarchischen Höfen Europas wieder bündnisfähig erscheinen wird.* Und in einer Zusammenstellung von 1877, dem Kissinger Diktat, sah er als Zukunftsbild *nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander ... abgehalten werden.*

Der Suezkanal war ein von Napoleon III. gefördertes und vor allem mit französischem Geld finanziertes Projekt gewesen, er wurde seit 1859 gebaut und 1869 im Beisein des Kaisers und der Kaiserin Eugénie eingeweiht. Aber die französische Niederlage 1870 und die anfänglich schlechte Rentabilität führten zu einer Krise, und 1875 kaufte der englische Premier Disraeli das Aktienpaket des bankrotten Vizekönigs und signalisierte so sein geopolitisches Interesse am Kanal und an Ägypten. Gleichzeitig setzte Russland seine panslawistische und orthodoxe Politik gegenüber der osmanischen Türkei fort. Es kam zu einem von Russland geförderten Aufstand, zur Bildung eines von Russland abhängigen Großbulgariens, und im Vorfrieden von San Stefano vom 3. März 1878 sicherte sich Russland den Einfluss auf die ehemals türkischen Gebiete auf dem Balkan und weitere Gebietsgewinne im Osten. Das konnten weder England noch Österreich dulden, eine Wiederholung des Krimkriegs schien bevorzuzustehen. Als Ausweg wurde eine Konferenz der Großmächte in Berlin beschlossen, in der sich Bismarck als „ehrllicher Makler“ um die Beilegung der Krise bemühte. Im Ergebnis wurde ein kleineres und von der Türkei abhängiges Fürstentum Bulgarien geschaffen, der südliche Teil (das heutige Mazedonien) blieb türkisch, aber unter einem christlichen Gouverneur. Österreich erhielt Bosnien-Herzegowina als Verwaltungsgebiet, und England sicherte sich Zypern und stärkte so seine Stellung im östlichen Mittelmeer. Das Osmanische Reich blieb erhalten, wenn auch geschwächt. Russland behielt seine Eroberungen im Kaukasus.

Der Krimkrieg war mit französischen Truppen geführt und mit den Friedensverhandlungen in Paris abgeschlossen worden. Jetzt brachte Deutschland die verfeindeten europäischen Flügelmächte England und Russland an einen Tisch, und der deutsche Reichskanzler Bismarck vermittelte zwischen dem englischen Premier Disraeli und dem russischen Staatskanzler Gortschakow. Das Französische war zwar Konferenzsprache (nur Disraeli weigerte sich, anders als Englisch zu sprechen), und Frankreich war auf der Konferenz vertreten, aber nicht mit einem politischen Schwergewicht, sondern auf unterer diplomatischer Ebene. England setzte für Frankreich aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches ein Protektorat über Tunesien durch. Frankreich hatte nichts dazu zu sagen und wurde auch nicht gefragt.

Bismarcks außenpolitische Konzeption war also eine europäische Ordnung ohne Frankreich als mitwirkende Großmacht. England, Hüter des europäischen Gleichgewichts, war zufrieden, wenn Preußen-Deutschland sich nicht zur neuen napoleonischen Bedrohung entwickelte, und kümmerte sich weiter um seine Weltmachtinteressen. Mit Österreich und Russland führte Bismarck Verhandlungen für ein Dreikaiserbündnis, das aber wegen des österreichisch-russischen Gegensatzes nicht funktionierte. So schloss er 1879 mit Österreich den Zweibund und sah ihn offenbar als eine Art Rückkehr zum Deutschen Bund Metternichs, zu einer von Österreich und Deutschland ausgehenden europäischen Ruheordnung. Die Österreicher, die eifrig am Umbau ihrer Doppelmonarchie zum Vielvölkerstaat arbeiteten und dabei auch die Slawen mit einbeziehen wollten, waren an Gesamteuropa weniger interessiert, wollten sich aber vor dem russischen Druck schützen. 1882 wurde der Zweibund durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert. Das war zwar nicht ganz glücklich, weil es zwischen Italien und Österreich ungelöste territoriale Probleme gab (*Italia Irredenta* um Trient und Triest), aber es hinderte Italien daran, sich an Frankreich anzunähern, und militärisch war der Dreibund eine zusätzliche Bedrohung für Frankreich.

Sogar die begrenzte Annäherung an Frankreich unter Jules Ferry 1884 war vor allem als Warnung an England gerichtet, dessen koloniale Expansion in Afrika zu Konfliktsituationen mit Frankreich führte. Der Sturz Ferrys 1885 mit dem Argument Clemenceaus, Ferry *wolle das Volk durch die Kolonialpolitik bestechen*, beendete diesen Versuch. Das Scheitern der Annäherung an Frankreich und der wachsende Einfluss Clemenceaus in der neuen Regierung bestärkten Bismarck in seiner Einschätzung, dass Frankreich die bestehende europäische Ordnung kippen wollte. In Russland war man enttäuscht von Preußen-Deutschland, und im preußischen Generalstab gab es Tendenzen zu einem Präventivkrieg gegen das scheinbar immer mächtiger werdende Russland (Graf Waldersee). Da der Gegensatz zwischen Österreich und Russland immer unüberbrückbarer wurde, schloss Bismarck 1887 mit Russland einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der die unbedingte Beistandspflicht für

Österreich im ebenfalls geheimen Dreibund relativierte. Das war eigentlich unmöglich, aber Russland genügte diese Relativierung, und obwohl der Vertrag geheim war, sickerte sein Inhalt durch und wirkte dämpfend auf Österreich. Damit hielt Bismarck seine Vorstellung von einer europäischen Ordnung ohne Frankreich durch. England war durch seinen Gegensatz zu Russland und Frankreich gebunden, Russland durch den gegen England und Österreich, und alle (außer Frankreich) lehnten sich irgendwie an Deutschland an.

(Die Einschätzung Bismarcks und die Zitate aus: Lothar Gall, Bismarck. Propyläen 1980)

Deutsche Politik nach dem Sturz Bismarcks

Kaiser Wilhelm starb 1888 im Alter von fast 91 Jahren, und sein Sohn Friedrich, 1831 geboren, die Hoffnung der Liberalen, hatte Kehlkopfkrebs und starb schon nach 99 Tagen, ohne irgendwelche Akzente gesetzt zu haben. Sein Sohn Wilhelm, geboren 1859, wurde nun König von Preußen und Kaiser. Er hatte vier Semester in Bonn studiert und beim Militär und in der Zivilverwaltung alle möglichen Praktika absolviert und war überzeugt, alles zu kennen und besser zu wissen, aber er hatte nie eine Arbeit wirklich ausgefüllt, er war sprunghaft und wurde darin von seiner Umgebung bestärkt, die in ihm den zukünftigen Herrscher sah, weil die Krankheit des Kronprinzen seinen baldigen Tod vermuten ließ. Die eigentliche Staatskontinuität im Dreikaiserjahr lag bei Bismarck, und auch der junge Kaiser beugte sich zunächst seiner strengen Autorität. Aber 1890 häuften sich die Konflikte, Wilhelm II. wollte überall mitreden, Bismarck hatte sehr autoritäre Ansichten etwa gegenüber der Sozialdemokratie, und der Kaiser entließ Bismarck am 20. März 1890.

Für 1890 stand die Verlängerung des geheimen Rückversicherungsvertrags an, aber der neue Kanzler Leo von Caprivi hielt ihn für nicht mit dem Zweibund vereinbar und lehnte eine Verlängerung aus Gründen der Vertragstreue ab. Das entsprach den Wünschen der Hofkamarilla um Graf Waldersee, die eine offensivere Haltung gegenüber Russland vertrat, aber auch den antideutschen Kräften in Russland. Das republikanische Frankreich sah nun eine Chance, die von Bismarck betriebene Isolation zu durchbrechen und einen mächtigen Verbündeten gegen Deutschland zu gewinnen. Schon 1892 besuchte eine französische Flotte unter Admiral Gervais das russische Kronstadt, und die beiden Staaten schlossen eine geheime Militärkonvention. 1893 erfolgte ein russischer Gegenbesuch in Toulon, und 1894 wurde ein förmlicher Bündnisvertrag abgeschlossen. Der junge Zar Nikolaus II. (seit November 1894) besuchte 1896 Paris, der französische Präsident Félix Faure 1897 St. Petersburg. Zwischen Russland und Frankreich gab es keine kolonialen Gegensätze, trotzdem waren die deutschen Politiker überrascht über das schnelle Bündnis der französischen Republik mit dem autokratischen zaristischen Regime. Frankreich engagierte sich in der Folgezeit auch wirtschaftlich in Russland.

Der kluge Kanzler Leo von Caprivi scheiterte zwischen der Sprunghaftigkeit des Kaisers und dem Einfluss der Hofkamarilla auf der einen Seite und den böartigen Angriffen aus dem Bismarck-Lager auf der anderen, denn Bismarck hatte seine Entlassung nicht verwunden und machte ihm durch gezielte Indiskretionen das Leben schwer (etwa die Veröffentlichung des nicht verlängerten Rückversicherungsvertrages). So trat er 1894 zurück, und unter seinem Nachfolger wurde das „persönliche Regiment“ Wilhelms II. zur Richtlinie der Politik. Über das russisch-französische Bündnis war man nicht wirklich beunruhigt, weil England mit beiden Mächten Konflikte hatte und damit das Gleichgewicht gewahrt schien.

Das deutsche Nationalgefühl war nicht mehr so bewusst antifranzösisch, weil man Frankreich nicht mehr ernst nahm. Deutschland fühlte sich militärisch weit überlegen, man feierte alljährlich den Sedanstag. Sprachlich versuchte man, sich von französischen Lehnwörtern wie Trottoir und Portemonnaie unabhängig zu machen (Wilhelm II. rühmt sich in seinen Memoiren, dass er das „Maison du Roi“ in Preußen durch Hausministerium ersetzen ließ). Zwar gab es in Berlin das 1689 für die Hugenotten gegründete Französische Gymnasium, das die Schüler zum Teil in der Unterrichtssprache Französisch unterrichtete, aber durch den Aufbau des gymnasialen Schulwesens nach Wilhelm von Humboldt und die Einführung der Realgymnasien hatte es seinen besonderen Rang als Elitegymnasium verloren.

Die kulturellen Errungenschaften im Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts, (Malerie und Literatur) nahm man in Deutschland kaum zur Kenntnis, und Paris war weniger ein Ziel für Bildungsreisen als für schlüpfrige Erlebnisse. Dazu kamen die großen Fortschritte in Wissenschaft und Wirtschaft, der Erfolg des *made in Germany*, das größere Bevölkerungswachstum und die deutschen Kolonien, die neben dem Militärischen das Überlegenheitsgefühl stärkten. Man fühlte sich in Deutschland in einer anderen Liga, man wollte *einen Platz an der Sonne* und Weltmacht sein, und die Macht, an der man sich messen wollte, war England und nicht Frankreich. Das beachtliche französische Kolonialreich in Nordafrika, Schwarzafrika und Indochina, qualitativ und quantitativ den deutschen Errungenschaften überlegen, wollte man nicht sehen.

Louis Pasteur und Robert Koch

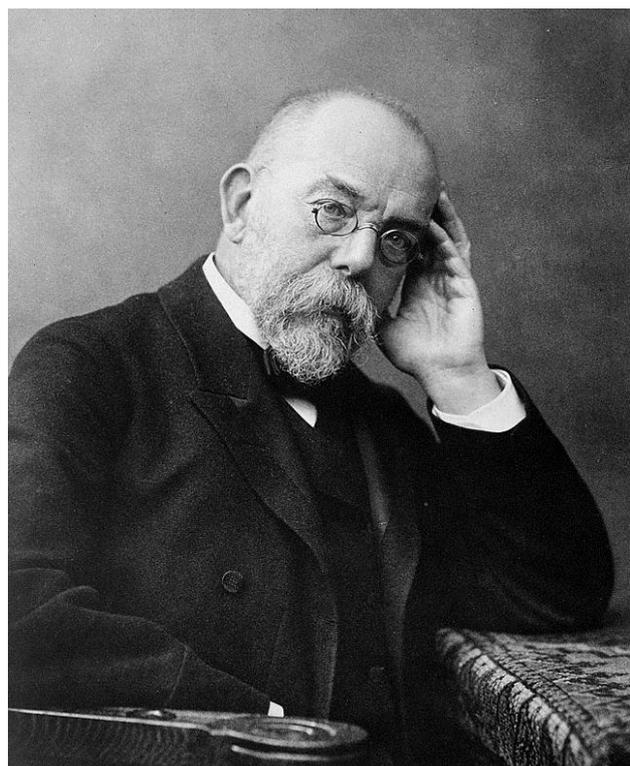
Louis Pasteur, auf den die „Pasteurisierung“ der Milch zurückgeht, war ein bedeutender französischer Forscher für Infektionskrankheiten, Mikroben, Impfschutz und Volksgesundheit. Seine spektakuläre Rettung eines von einem tollwütigen Hund gebissenen Jungen mit einem neu entwickelten und noch nicht erprobten Serum ist über die Schulbücher zur nationalen Legende geworden, und mit dem Geld, das eine daraufhin eingeleitete Spendenaktion erbrachte, gründete Pasteur 1887 das Institut Pasteur, heute eines der weltweit führenden Institute zur Erforschung von epidemischen Krankheiten und zur Entwicklung von Impfstoffen. Pasteur war ein glühender Patriot und wollte nach der Niederlage 1870/71 seine Briefe mit „Hass auf Preußen, Rache, Rache“ abschließen. Einen Ehrendoktor der Universität Bonn gab er 1870 zurück, und er verweigerte die Annahme des preußischen „Pour le mérite“.

Robert Koch war ein jüngerer Konkurrent Pasteurs, der an ähnlichen Krankheiten forschte, der den Tuberkulose-Erreger identifizierte und das heute nach ihm benannte Robert-Koch-Institut aufbaute, das deutsche Zentrum für Volksgesundheit, Seuchenbekämpfung und Impfschutz. Am 70er-Krieg nahm er als Truppenarzt teil. Er und Pasteur führten Kontroversen untereinander, zum Beispiel 1881 in London über ihre Forschungen zum Milzbrand-erreger. Ihre gegenseitige Kritik wurde immer auch national begründet, sie waren nicht bereit, ihre jeweiligen Forschungen und Verdienste zur Seuchenbekämpfung und Volksgesundheit anzuerkennen, und nicht nur sie, sondern auch die beiden Nationen.

Louis Pasteur (1822 - 1895)



Robert Koch (1843 – 1910)



Deutsch-Französische Geschichte IX

Das zwanzigste Jahrhundert

Themen und Termine:

Dienstag, 17. 3. 15:

Vor dem Ersten Weltkrieg: Gründe, Bündnisse, Aufmarschpläne, Kriegsparteien. Politik im Ersten Weltkrieg: Kriegsziele, Kriegsverlauf, Friedensinitiativen.

Dienstag, 24. 3. 15:

Der Krieg im Osten. Der Zusammenbruch Russlands. Waffenstillstand, Revolution, Nationalversammlung, Weimarer Verfassung.

Dienstag, 14. 4. 15 :

Versailler Vertrag. Rheinlandbesetzung, Inflation. Briand und Stresemann. Krise der Demokratie in Deutschland und Frankreich. Kommunismus und Faschismus.

Dienstag, 21. 4. 15:

Hitlers Aufrüstung. Spanischer Bürgerkrieg. Volksfront in Frankreich. München 1938

Dienstag, 28. 4. 15:

Polen. Krieg mit Frankreich. Deutscher Sieg im Juni 1940. Pétain und Vichy. Frankreich und Europa unter deutscher Kontrolle. Stalingrad. Résistance.

Dienstag, 5. 5. 15:

De Gaulle in Frankreich. Kapitulation 1945. Besatzungszonen. Kalter Krieg. Deutsche Teilung. Vierte Republik in Frankreich. Monet, Schuman, Adenauer, de Gasperi: Die Montanunion und die Römischen Verträge 1958.

Dienstag, 12. 5. 15:

De Gaulle und Adenauer. Deutsch-französische Aussöhnung: Elysée-Vertrag 1963. Deutsch-französische Achse für Europa: Schmidt – Giscard d'Estaing, Kohl – Mitterand.

Revanche : Georges Clemenceau, Théophile Delcassé und Raymond Poincaré

Georges Clemenceau (geb. 1841) war ein Anhänger des radikalen Republikaners Gambetta, der nach dem Sturz Napoleons III. den Krieg weiterführen wollte. Bei der Wahl im Februar 1871 wurde er ins Parlament gewählt und lehnte den Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich wegen der Abtretung Elsass-Lothringens ab. Er war ein radikaler Republikaner, der etwa für die Wiederaufnahme des Dreyfus-Prozesses eintrat, aber er war auch grundsätzlich von einem Frankreich zugefügten Unrecht überzeugt und arbeitete auf eine Revanche hin. Politiker, die einen Ausgleich mit Deutschland suchten, hielt er für verdächtig und sorgte für ihren Sturz, etwa Jules Ferry. Politiker, die seine Auffassung teilten, förderte er, so den politisch eher rechten General Boulanger.

Politisch auf derselben Linie lag Théophile Delcassé, der zuerst Kolonialminister und von 1898 bis 1905 in verschiedenen Regierungen Außenminister war. Er war für den Ausbau der französischen Kolonien, aber vorrangig war für ihn die Gegnerschaft zu Deutschland. Deshalb gab er 1898 in der Faschodakrise nach und arbeitete an der Verbesserung des Verhältnisses zu Großbritannien. Das seit 1894 bestehende Bündnis mit Russland baute er aus, er war 1899 und 1901 in St. Petersburg. Mit Italien schloss er 1902 ein Geheimabkommen, das Italien Lybien als Kolonie zuwies. Im Verhältnis zu Großbritannien kam ihm entgegen, dass der neue König Edward VII. (seit 1901) schon aus Opposition zu seiner Mutter Victoria frankophil war und Frankreich inoffiziell und 1903 auch offiziell besuchte. Die Annäherung führte 1904 zur Entente cordiale, einer zunächst relativ unverbindlichen Interessenabsprache, die aber England wieder stärker an Europa heranführte und sich gegen deutsche Weltmachtansprüche richtete.

Durch sein Engagement in der Dreyfusaffäre gewann Clemenceau eine neue politische Statur. 1906 wurde er zuerst Innenminister und ließ eine Streikbewegung der Bergarbeiter durch Militär niederschlagen. Daraufhin war er von 1906 bis 1909 Premierminister. Er vermittelte Gespräche zwischen Großbritannien und Russland, das durch seine Niederlage

gegen Japan 1905 und die folgende Revolution erschüttert war und im britisch-russischen Ausgleich im Iran, in Afghanistan und in China zurückwich. Die Folge war die britisch-russisch-französische Tripelallianz von 1907, die von Deutschland als militärische Einkreisung empfunden wurde. Clemenceau ernannte 1908 den jungen Oberst Ferdinand Foch zum Direktor der *Ecole Supérieure de la Guerre*. Foch war ein unerbittlicher Verfechter der militärischen Offensive, der im Angriff den Willen zum Sieg umsetzen wollte. In den folgenden Jahren wurde im Parlament auch erbittert um die zwei- oder dreijährige Dienstzeit gestritten. Im Juli 1913 wurde die dreijährige Dienstzeit beschlossen.

Raymond Poincaré, geb. 1860 in Lothringen, Jurist, katholisch, konservativ, politischer Gegner Clemenceaus, aber wie dieser von der notwendigen Korrektur an dem 1871 an Frankreich begangenen Unrecht überzeugt, war vom 21. Januar 1912 an Premier- und Außenminister und von Januar 1913 bis 1920 Staatspräsident. In dieser Funktion mischte er sich mehr als seine Vorgänger in die Politik ein. Unter Poincaré wurde die Rüstungspolitik verstärkt, die dreijährige Dienstzeit eingeführt und die militärische Leistungsfähigkeit Russlands mit erheblichen französischen Anleihen ausgebaut, insbesondere die Bahnlinien Richtung Westen, weil eine beschleunigte russische Mobilmachung für die französische Angriffsplanung von großer Bedeutung war. Es existiert eine von Poincaré für den russischen Geheimdienst aufgestellte Liste von Journalisten, die für eine russlandfreundliche Berichterstattung „geschmiert“ werden sollten. 1913 wurde der von Foch konzipierte offensive Plan XVII vom Conseil Supérieur de la Guerre offiziell beschlossen. Vom 20. bis 23. Juli 1914 war Poincaré mit seinem Premierminister Viviani auf Staatsbesuch in St. Petersburg und bestärkte die russische Regierung in einer harten Haltung gegenüber Österreich.

Ausgleich mit Deutschland: Jean Jaurès, Joseph Caillaux

Diese Politiker waren für eine Korrektur und Wiedergutmachung des Unrechts von 1871, sie fühlten sich nicht als Kriegstreiber. Aber es gab auch andere, die für einen Ausgleich mit Deutschland eintraten. Der prominenteste war Jean Jaurès, 1859 geboren, Südfranzose, 1904 Gründer der sozialistischen Zeitung *L'Humanité*, 1905 Mitbegründer der *Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO)*, der traditionellen sozialistischen Partei und bis zum ersten Weltkrieg deren inoffizieller Ideengeber, Reformsozialist, Pazifist. Er vertrat bei der Internationale, dass die Arbeiterparteien durch Streiks imperialistische Kriege verhindern sollten, und er war für eine Aussöhnung zwischen Frankreich und einem demokratischer werdenden Deutschland, das für Elsass-Lothringen einen weniger diskriminierenden Status finden müsste. Militärisch war er für weniger Rüstung und für eine Art Landwehr. Jaurès war eine große politische Persönlichkeit und deshalb bei der anderen Seite gehasst und gefürchtet. Sein Freund Charles Péguy drohte ihm an, dass man ihn bei Kriegsbeginn erschießen müsse, und am 31. Juli 1914 wurde er tatsächlich von einem französischen Nationalisten umgebracht.

Joseph Caillaux, 1863 in Le Mans geboren, Radikalsozialist, Finanzfachmann, der 1908 als Finanzminister unter Clemenceau die Einkommensteuer einführte, war 1911 Premierminister und schloss mit dem Deutschen Reich (Staatssekretär Kiderlen-Wächter) das Marokko-Kongo-Abkommen, mit dem nach der zweiten Marokkokrise das französische Protektorat über Marokko anerkannt wurde und das Reich dafür erhebliche Gebiete von Französisch-Äquatorial-Afrika als Neukamerun erhielt. Das Abkommen führte zu erheblichen Zweifeln an seiner patriotischen Gesinnung und zu seinem Sturz im Januar 1912. Als Vorsitzender der Radikalsozialisten kämpfte er 1913 gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit. 1914 veröffentlichte *Le Figaro* Liebesbriefe der Frau Caillaux an ihn aus einer Zeit, wo sie noch anderweitig verheiratet war. Daraufhin erschoss Frau Caillaux den Herausgeber Calmette, und der Skandalprozess beschäftigte im Juli 1914 die französische Öffentlichkeit mehr als die angespannte Vorkriegssituation.

Caillaux trat im Krieg für Verhandlungen mit Deutschland und ein Kriegsende ein und wurde deshalb unter Clemenceau eingesperrt und 1920 wegen „Korrespondenz mit dem Feind“ verurteilt. 1925 wurde er amnestiert und war danach noch dreimal Finanzminister.

Allgemein stieg vor 1914 die Erwartung, dass ein Krieg kommen könnte. Jaurès hatte schon 1904 gewarnt: *Die Reaktionäre beginnen sich zu sagen: Wir haben nur noch einen Weg, das Volk in der Hand zu behalten und der Arbeiterbewegung Einhalt zu gebieten: wir müssen sie mit dem Rauschtrank des Chauvinismus betrunken machen; wir müssen ihre Aufmerksamkeit von dem inneren Problem und der sozialen Frage dadurch abhalten, dass wir ihnen ständig das Gespenst des Feindes auf der anderen Seite unserer Grenzen hochhalten: wir müssen unaufhörlich die Trompete künftiger Kriege in ihre Ohren blasen.*

1933 schrieb Jules Isaac im Rückblick (zitiert bei Becker-Berstein, Victoire et frustrations 1914 -1923, Nouvelle histoire de la France contemporaine 12, 1990, S. 9): *Das Jahr 1905 markiert die Änderung des Schicksals; der Weg zum Krieg beginnt da. Vorher sprach man von Krieg und Frieden, aber wir, die Generation der nach 1870 Geborenen, wussten nicht, wovon wir sprachen: der Friede war eine Gewohnheit, die Luft, die wir atmeten, der Krieg war ein Wort, ein rein theoretisches Konzept. Als wir nun plötzlich begriffen, dass dieses Konzept Wirklichkeit werden könnte, war das ein Schock, dessen Erinnerung unauslöschlich ist.*

Viktor Klemperer, ein genauer Beobachter, war 1912 zum zweiten Mal in Paris. In Curriculum Vitae. Erinnerungen 1881 – 1918, Band. 2, S. 58, schreibt er: *Dabei richtete sich mein Beobachten immer fast unwillkürlich auf die Feststellung, ob noch alles so war, wie es 1903 gewesen. Eines hatte sich bestimmt geändert, und dies eine drängte überall hervor: die politische Stimmung. Gleich im Anfang unseres Aufenthalts machte ich mir ausführliche Notizen über den Chauvinismus der Presse, der gesamten und nicht etwa nur verantwortungsloser Winkelblättchen. Später unterließ ich diese Aufzeichnungen, weil ich sonst Tag für Tag mit geringen Variationen das gleiche zu berichten gehabt hätte. ... Als Gegenstück dazu sahen wir an manchem Kiosk eine Zukunftskarte angeschlagen, auf der Frankreich bis zum Rhein reichte und der deutsche Osten freigebig an Polen und Russland verteilt war.*

Ähnlich notiert André Gide zum Kriegsbeginn am 6. August 1914 in seinem Journal: *Die Vorstellung einer Zerschlagung Deutschlands greift immer mehr um sich, man sieht es als erforderlich und glaubt nicht, dass es unmöglich ist. Die bewundernswerte Haltung der Regierung, ganz Frankreichs und der benachbarten Völker lässt auf alles hoffen. Man sieht den Anfang einer neuen Ära: Die Vereinigten Staaten von Europa, verbunden durch einen Vertrag, der ihre Bewaffnung beschränkt, Deutschland verkleinert oder aufgelöst, Triest an die Italiener zurückgegeben, Schleswig an Dänemark, und vor allem das Elsass an Frankreich. Jeder spricht von dieser Neuordnung der politischen Landkarte wie von der Fortsetzungsgeschichte im Feuilleton.*

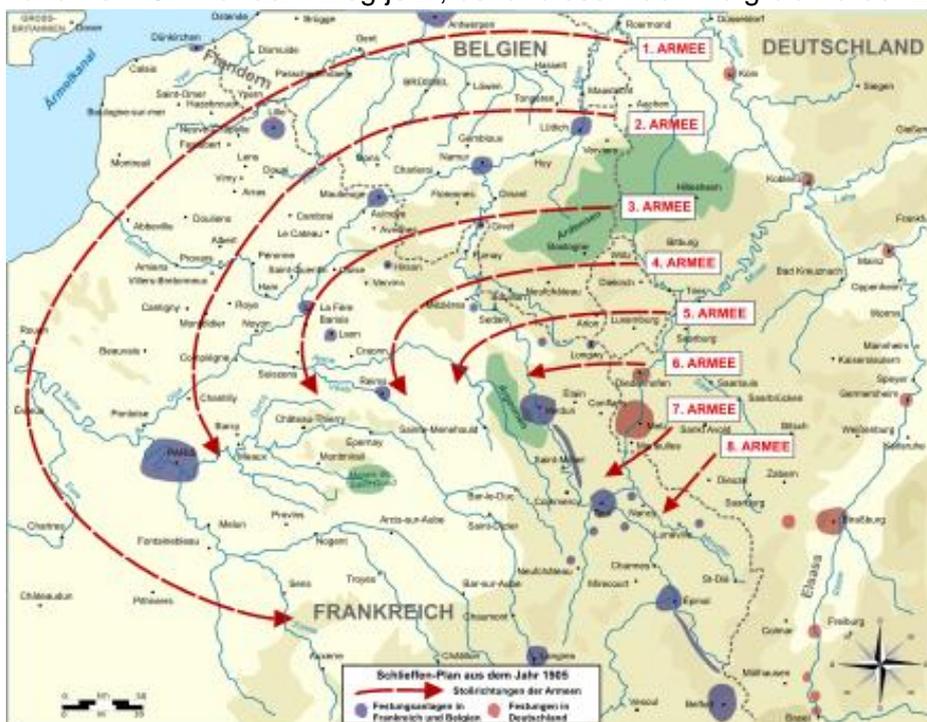
Deutschland

In Deutschland war die Militarisierung der Öffentlichkeit fortgeschritten. Der *Sedantag* wurde seit 1873 als Erinnerung und zunehmend als Beweis für die Unschlagbarkeit des preußisch-deutschen Heeres gefeiert. Als *Hauptmann von Köpenick* hatte 1906 der Schuster Wilhelm Vogt die Stadtverwaltung von Köpenick lahmgelegt und damit gezeigt, wie wirksam die bloße Uniform inzwischen war. Seine militärischen Kenntnisse hatte er im Zuchthaus von einem von Sedan besessenen Gefängnisdirektor gelernt. Für höhere Zivilisten gehörte der Reserveoffizier zum gesellschaftlichen Status. Der Kaiser war ein Uniformnarr, und in Berlin gehörten die täglichen Paraden unter den Linden zum Stadtbild. Seit 1900 kam zu diesem Militärkult noch der Aufbau einer kaiserlichen Marine und Flotte als nationale Aufgabe.

Wilhelm II., anders als sein Großvater in erster Linie Kaiser und dann erst König von Preußen, sah das Militärische als sein Vorrecht, als einen von politischer und parlamentarischer Mitsprache freien Bereich. Er entschied allein über die Besetzung von Kommandostellen, über Pläne, Rüstungsvorhaben, vor der Armee hielt er seine schlimmsten Reden, und die Spitzenmilitärs gehörten zu seinem engsten Umfeld. Wilhelm lebte in einer Traumwelt von Großmacht und Weltmacht, und ein unbesiegbares Heer wie eine starke Marine

gehörten dazu. Seine Pflicht war es, dafür zu sorgen, dass diese militärische Spitzenrolle erhalten blieb und ausgebaut wurde. Die ständige Überbetonung des Militärischen durch den Kaiser und seinen Hofstaat trug zur Militarisierung des neuen deutschen Kaiserreichs von oben her bei. Dazu kam die Betonung, dass Krieg als Mittel der Politik immer möglich sei und dass er früher oder später kommen müsse. *In diesen Strukturen handelten Menschen, die nicht nur davon überzeugt waren, dass es legitim sei, für die eigenen Interessen Krieg zu führen, sondern auch sicher zu wissen meinten, dass der Krieg zwischen den beiden Mächtegruppen irgendwann kommen werde. Nichts fällt beim Studium der Quellen mehr auf als dieser gemeineuropäische Fatalismus.* (Peter Graf Kielmannsegg faz.net Juni 2014).

Dabei war in den kaiserlichen und deutschen Weltmachtphantasien nicht Frankreich der ernsthafte Gegner, sondern man maß sich an Russland und vor allem Großbritannien, zu dem Wilhelm II. eine intensive Hassliebe pflegte. In dem berühmten Daily-Telegraph-Interview von 1907 versicherte er den Engländern, dass er im Unterschied zur deutschen Öffentlichkeit ein großer Freund der Engländer sei und ihnen sogar einen Kriegsplan gegen die Buren entworfen habe (obwohl er 1896 mit dem Krügertelegramm die Buren seiner Unterstützung versichert hatte). Frankreich war kein weltpolitischer Konkurrent und eine Nation auf dem absteigenden Ast, wegen der sinkenden Geburtenrate wie sinkender Produktivität. Allerdings war Frankreich der Initiator der Einkreisung Deutschlands. Der deutsche Generalstabschef Graf Schlieffen legte 1905 einen Kriegsplan vor, der für den Fall eines Zweifrontenkriegs für die ersten Wochen einen schnellen und massiven Einsatz vorsah, der zwischen dem 36. und dem 40. Tag zur Vernichtung der französischen Kräfte führen würde. Danach konnte man sich gegen die Russen wenden, die wegen der großen Entfernungen und der langsameren Mobilmachung vorher gar nicht bereit waren. Dieser Schlieffenplan wurde in den folgenden Jahren immer mehr ausgefeilt und vorbereitet. Die deutschen Militärführer hielten ihn für unfehlbar und den Sieg für garantiert. Sie kannten die Voraussage des Militärtheoretikers Clausewitz, der 1832 erklärt hatte, dass die Kriege der Zukunft Volkskriege sein würden, totale Kriege bis zur völligen Erschöpfung und zum Zusammenbruch einer Seite. Aber sie glaubten, mit ihrer Planung einen Sieg in wenigen Monaten garantieren zu können (auch die französischen Führer). Der Schlieffenplan ging also von einer überwältigenden Überlegenheit der deutschen Waffen über die französischen aus. Darüber hinaus missachtete er die garantierte Neutralität Luxemburgs und Belgiens. Verantwortlich für die militärische Planung war seit 1906 Helmuth von Moltke, ein Neffe des Chefplaners von 1870. Moltke sah mit Sorge das Anwachsen der russischen Militärmacht und war 1914 für den Krieg jetzt, bevor diese Macht zu groß würde. Er sah also in Russland



den gefährlicheren Gegner, aber er bereitete sich nicht auf einen Krieg mit Russland vor, sondern hielt an dem genialen und unfehlbaren Schlieffenplan fest, der zuerst den Sieg über Frankreich vorsah. Der Schlieffenplan war also nicht nur politisch unüberlegt und riskant, sondern auch geprägt von einer Überschätzung der deutschen und einer Unterschätzung der französischen

militärischen Kraft. Es gab keine Alternativplanung für einen deutsch-russischen Krieg, obwohl Moltke diesen Konflikt als den schwereren und grundsätzlicheren ansah. Er wollte also eigentlich einen präventiven Krieg gegen Russland, bereitete aber einen Offensivschlag gegen Frankreich vor.

Der Krieg

Die Siegesicherheit der Militärs scheint auch auf den Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg abgefärbt zu haben, der im Grund als besonnen und friedliebend galt. Er setzte im April 1912 und im April 1913 je eine neue Heeresvorlage mit gewaltigen zusätzlichen Rüstungsausgaben durch, ein wesentliches Argument für die französische Vorlage mit der dreijährigen Dienstzeit, die zweite auch mit der Einführung der einheitlichen feldgrauen Uniform. In der Julikrise 1914 tat er nichts, um die Österreicher gegen Serbien zurückzuhalten. Dass der Krieg von deutscher Seite mit der völkerrechtswidrigen Besetzung Belgiens eingeleitet wurde, schien Bethmann nicht so erheblich. Die ersten deutschen Erfolge, das Scheitern der französischen Offensive in Lothringen, das schnelle Vordringen durch Belgien nach Nordfrankreich und der spektakuläre Sieg von Tannenberg über die russische Offensivarmee am 26. August gaben der Kriegspartei scheinbar recht, obwohl die Deutschen durch ihr Vorgehen in Belgien den Meinungskrieg in der Weltöffentlichkeit schon verloren hatten. In diesen ersten siegreichen Wochen tauchten in den Ämtern und Ministerien Denkschriften und Pläne für deutsche Kriegsziele in Europa auf, die zu der Vermutung führten, Deutschland habe den Krieg bewusst herbeigeführt, um die Vorherrschaft in Europa zu gewinnen. Doch die französische Armee konnte sich zurückziehen und sammeln und in der Marne-Schlacht vom 5. bis 12. September zusammen mit den Engländern die deutschen Armeen stoppen und zum Rückzug zwingen. Der Schlieffenplan war gescheitert, aber anlässlich der Siegmeldungen waren die Militärs nicht bereit, ihr Scheitern zuzugeben. Als Verlegenheitslösung richteten sich die deutschen Truppen an einer Frontlinie in Nordfrankreich und Belgien ein, und hier verbissen sich die Gegner für vier Jahre ineinander. Die Führungen träumten immer wieder von der Aufnahme der Offensive, inzwischen sollte der Gegner an der Front „abgenützt“ werden.

Der Krieg hat Deutschland 2 Millionen Kriegstote gekostet, dem volksmäßig kleineren Frankreich 1,3 Millionen. Insbesondere der landwirtschaftliche französische Süden hat diesen Schlag (nach der Katastrophe mit der Reblaus und dem Zusammenbruch der Seidenproduktion) lang nicht verkraftet. Deutschland wie Frankreich setzten ihre ganze nationale Energie in einen Siegfrieden. In beiden Ländern glaubte man, einen Verteidigungskrieg zu führen, in Deutschland schloss man dazu den *Burgfrieden* (Kaiser Wilhelm: *ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche*), in Frankreich sprach Präsident Poincaré von der *Union sacrée*. Frankreich hatte als klares Ziel, das Unrecht von 1871 wiedergutzumachen (Briand sprach von *désannexion*) und sich für die Zukunft zu sichern. Deutschland wollte Belgien behalten und im Osten aus dem zusammenbrechenden Russland entsprechende Gewinne erzielen. Nennenswerte Versuche, den Krieg vorzeitig zu beenden, gab es nicht. In Deutschland beschloss eine Reichstagsmehrheit aus SPD, linken Liberalen und Zentrum am 19. Juli 1917 die Friedensresolution: *Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.*

Aber der Reichstag hatte auf die Politik wenig Einfluss und auf die Kriegsführung gar keinen. Tatsächlicher Diktator war seit 1916 der Generalquartiermeister Ludendorff, der Anfang 1918 den Siegfrieden von Brest-Litowsk gegen Russland durchsetzte und danach durch eine Offensive im Westen den Sieg auch dort erringen wollte. Aber im Mai 1918 standen die Amerikaner mit einer Viertelmillion Soldaten auf der Seite der Alliierten, und Ludendorff scheiterte. In Frankreich war Georges Clemenceau seit November 1917 Premierminister. Er regierte mit harter Hand und kompromisslos, ließ die Meutereien im Heer brutal verfolgen und jeden Ansatz eines Verständigungsfriedens als Landesverrat verfolgen. So musste der Krieg bis zum Zusammenbruch der deutschen Seite durchgekämpft werden.

Thomas Mann: Betrachtungen eines Unpolitischen

Zum Kriegsende 1918 erschienen die *Betrachtungen eines Unpolitischen*, an denen Thomas Mann seit 1915 gearbeitet hatte, eine *Kampfschrift*, in der sich Mann mit der französischen Zivilisation, Literatur, rationalen Geisteshaltung, Demokratie auseinandersetzt und dagegen die deutsche Kultur setzt: *Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht*. Demokratie wird als mechanische Mehrheit abgelehnt. Es ist ein schreckliches Buch, das die konservative Revolution der Zwanzigerjahre vorweg nimmt, aber es war nach Manns eigenen Worten auch ein Prozess der Selbstforschung, *der erste Schritt zur Wandlung*, und es war auch eine Auseinandersetzung mit seinem Bruder Heinrich, für ihn das negative Gegenbild, der französische Zivilisationsliterat, auf den das Buch immer wieder Bezug nimmt. Heinrich war äußerst frankophil und wollte der deutsche Zola sein, der sozialkritische intellektuelle Wächter, wie etwa in *Professor Unrat* (1908) oder *Der Untertan* (1918). Sein schönster „französischer“ Doppelroman *Die Jugend und die Vollendung des Königs Henri Quatre* (1935/38) ist leider etwas ins Leere gefallen, in Deutschland erst nach dem Krieg bekanntgeworden und in Frankreich nicht zur Kenntnis genommen und nicht übersetzt worden.

Das Ende des Kaiserreichs

Am 29. September 1918 forderte Ludendorff in Spa vom Kaiser den sofortigen Abschluss eines Waffenstillstandes durch die Politiker. Der ernannte Prinz Max von Baden zum Reichskanzler, der Reformen und Waffenstillstandsverhandlungen einleiten sollte. Am 26. Oktober wurde Ludendorff entlassen und durch General Groener ersetzt. Der Reichskanzler wendete sich an Präsident Wilson und bot eine Kapitulation auf der Grundlage der 14 Punkte an. Nach einem Notenwechsel mit dem amerikanischen Staatssekretär Lansing verwies der auf den alliierten Oberkommandierenden Foch. Am 5. November durfte die deutsche Waffenstillstandskommission unter dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger die Frontlinie überschreiten und traf sich mit Foch in dessen Salonwagen bei Compiègne. Die nicht verhandelbaren Bedingungen waren nicht nur das Ende der Feindseligkeiten, sondern der Rückzug der Armee aus den besetzten Gebieten, die Besetzung des linksrheinischen Deutschland mit Brückenköpfen durch alliierte Truppen, die Übergabe aller schweren Waffen und von 5000 Lokomotiven und die Annulierung des Friedens von Brest-Litowsk. Der Waffenstillstand sollte eine Wiederaufnahme des Krieges von deutscher Seite aus unmöglich machen.

Der Waffenstillstand wurde am 11. November unterzeichnet, aber nicht mehr für das Kaiserreich. Als die Marineleitung beschlossen hatte, die Flotte wegen der Ehre in einem sinnlosen Gefecht mit der britischen Flotte versenken zu lassen, meuterten die Matrosen, und überall schlossen sich ihnen Soldaten an, und es wurden Volksräte gebildet. In Berlin kam es zu Unruhen und Straßenkämpfen, und Prinz Max von Baden glaubte, dass nur der Rücktritt des Kaisers die Monarchie retten könne. Aber Wilhelm II. war nach Spa geflohen und weigerte sich. Der Führer der Spartakisten, Karl Liebknecht, rief am 9. November mittags im Tiergarten die freie sozialistische Republik Deutschland aus. Am frühen Nachmittag erklärte Scheidemann vom Reichstag aus die Gründung der Deutschen Republik. Prinz Max von Baden gab den Rücktritt des Kaisers bekannt und übergab am Abend die Geschäfte des Reichskanzlers an den Führer der Sozialdemokraten Friedrich Ebert. Der telefonierte mit Hindenburg in Spa und versicherte sich, dass dieser mit seiner Autorität auch den deutschen Rückzug decken würde. Dafür forderte er Mäßigung in der Revolution. Beide ermächtigten dann Erzberger, den Waffenstillstand zu unterzeichnen.

Die Weimarer Nationalversammlung

Ebert wollte die Einheit Deutschlands bewahren und eine demokratische Verfassung, aber keine Räterepublik nach bolschewistischem Muster. Doch er musste zunächst mit den Kräften der Revolution zusammenarbeiten. Als Regierung wurde ein Rat der Volksbeauftragten gebildet aus drei Mehrheitssozialdemokraten und drei von den linken Unabhängigen Sozialdemokraten, aber Ebert war die entscheidende Größe, und er setzte sich für die möglichst frühe Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ein, und sein Parteigenosse Noske schlug mit Militär die linken Aufstände in Berlin nieder. Die Wahl zur National-



versammlung fand am 19. Januar 1919 statt, erstmals mit dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen wie für Männer. Sie brachte den Parteien der Friedensresolution eine klare Mehrheit (SPD 38%, Zentrum 20%, Demokraten 19%). Am 6. Februar trat die Nationalversammlung zum ersten Mal zusammen, wegen der Unruhen in Berlin in Weimar, deshalb Weimarer Verfassung und Weimarer Republik. Sie hatte die Aufgabe, eine demokratische Verfassung für die neue Republik zu erarbeiten und mit den Siegermächten einen tragfähigen Frieden zu finden. Die Nationalversammlung billigte am 11. Februar ein Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt und wählte Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Ebert ernannte Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten, und der bildete eine Regierung mit Vertretern der Parteien der Friedensresolution.

Danach begann die Arbeit an einer demokratischen Verfassung. Es galt, einen Kompromiss zu finden zwischen dem von der SPD gewollten Einheitsstaat und dem Föderalismus, an dem die anderen festhalten wollten. Ausgangslage war ein Entwurf des Verfassungsrechtlers Hugo Preuß, der ursprünglich für einen gleichwertigen Föderalismus Preußen aufteilen wollte. Am Ende blieb Preußen erhalten, aber seine Stimmen im Reichsrat wurden gesplittet. Der Reichstag wurde nach dem Verhältniswahlrecht ohne jede Sperrklausel für vier Jahre gewählt, konnte aber leicht vorher aufgelöst werden (und kein gewählter Reichstag hielt die volle Legislaturperiode durch). Dazu kamen Volksbegehren und Volksentscheid und die Direktwahl des Reichspräsidenten. Die Regierung konnte leicht durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Die Eigenständigkeit der Länder als Unterbau der Verwaltung blieb erhalten, auch wenn Rechte auf das Reich übergingen (etwa durch die Finanzreform Erzbergers). Die Länder wirkten über den Reichsrat an der Gesetzgebung mit, aber sie hatten kein absolutes Vetorecht. Die Weimarer Verfassung wollte möglichst demokratisch sein, aber das trug zur Instabilität bei. Deshalb war das Bonner Grundgesetz dann viel restriktiver. Die Verfassung wurde am 31. Juli beschlossen, Deutschland blieb ein Reich, Ebert wurde ohne Wahl Reichspräsident, der Ministerpräsident erhielt den Titel Reichskanzler, die Nationalversammlung erklärte sich zum Reichstag und verlegte im September alles offiziell nach Berlin.

Die Pariser Friedenskonferenz

Deutschland hatte sich bei seiner Kapitulation auf die vierzehn Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson bezogen, und der beschloss, persönlich an den Friedensverhandlungen in Paris teilzunehmen. Er traf nach zehntägiger Schiffsreise am 14. Dezember 1918 in Paris ein. Am 14. Dezember hatte auch Lloyd George in England die „Khaki-Wahlen“ gewonnen und kam mit gestärkter Mehrheit nach Paris. Frankreich lud als Gastgeberin zur Eröffnung der Friedenskonferenz ein, aber nur die alliierten Siegermächte.

Zur offiziellen Begrüßung am 18. Januar sagte der französische Präsident:

Vor 48 Jahren, genau auf den Tag, am 18. Januar 1871, wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloss von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung, und durch den Fehler seiner Gründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Übel wiedergutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten. Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt.

Damit gab Poincaré der Konferenz die Marschroute vor. Auf Vorschlag Wilsons wählten die Delegierten den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zum Präsidenten. Die Vollversammlung mit über tausend Mitgliedern trat nur selten zusammen. Es gab Ausschüsse und Arbeitsgruppen, aber die Entscheidungen fielen in letzter Instanz im „Rat der Vier“ mit Clemenceau, Wilson, Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando, der aber ab April nicht mehr an den Sitzungen teilnahm. Da Wilson von den europäischen Verhältnissen, Völkern und Grenzen wenig Ahnung hatte, wurde er von Clemenceau geschickt gelenkt, der so zum eigentlichen Entscheider wurde, auch wenn er sein Ziel einer Zerstückelung Deutschlands nicht erreichen konnte.

Der Vertrag legte fest, dass Deutschland die Alleinschuld am Krieg trage und deshalb für die Behebung aller Schäden verantwortlich sei, also auf Jahrzehnte hinaus „Reparationen“ in Form von Sachleistungen (Kohle) und Geldtransfers zu leisten habe. Natürlich musste Deutschland Elsass-Lothringen offiziell abgeben, dazu Eupen-Malmédy an Belgien, Nordschleswig an Dänemark und vor allem Posen und Westpreußen an das neugeschaffene Polen, das auch das oberschlesische Kohlengebiet um Kattowitz erhielt, obwohl die Bevölkerung bei einer Abstimmung bei Deutschland bleiben wollte. Danzig wurde von Ostpreußen abgetrennt und ein polnischer Freihafen, und ein Anschluss der Deutsch-Österreicher an Deutschland war ausgeschlossen. Das linksrheinische Deutschland erhielt französische und belgische Besatzungen, und rechts des Rheins musste eine fünfzig Kilometer breite Zone entmilitarisiert werden. Deutschland durfte nur noch eine Berufsarmee mit 100 000 Mann haben und musste auf schwere Waffen wie auf eine Flotte verzichten.

Die Konferenz hatte also die Revolution in Deutschland und die neuen demokratischen Verhältnisse überhaupt nicht gewürdigt und Deutschland als kriminellen Angeklagten behandelt und verurteilt. Das war schade, denn der Vertrag enthielt auch die zukunftsweisende Einrichtung des Völkerbunds (aus dem Deutschland als Verbrecherstaat jedoch ausgeschlossen war) und die Idee der Abrüstung, die allerdings einseitig auf Deutschland beschränkt blieb. Als der Vertrag fertig war, wurde er am 7. Mai 1919 einer deutschen Delegation unter dem Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau überreicht und am 12. Mai in der Nationalversammlung diskutiert und allgemein für unannehmbar gehalten. Mit solchen Bedingungen hatte die neue demokratische Führung nicht gerechnet. Am 29. Mai überreichte Deutschland Gegenvorschläge, aber am 16. Juni wurde der Vertrag mit minimalen Korrekturen wieder vorgelegt und seine Ratifizierung in fünf Tagen gefordert. Die Regierung Scheidemann trat zurück, Ebert hielt die Annahme für alternativlos, und dafür wurde eine neue Regierung unter Gustav Bauer gebildet. Am 21. Juni versenkte sich die deutsche Kriegsflotte, deren Auslieferung eine Vertragsbedingung war. Das wurde von den Siegermächten als Provokation empfunden. Am 22. nahm die Nationalversammlung den Vertrag bedingt an. Das wurde von den Alliierten zurückgewiesen und die bedingungslose Annahme gefordert. Am 23. billigte die Nationalversammlung den Vertrag bedingungslos. Es spricht viel dafür, dass Clemenceau darauf setzte, dass Deutschland nicht unterschreibt, denn mit Foch war abgesprochen, dass Frankreich dann sofort den Krieg wieder aufnehmen und in Deutschland einmarschieren würde. Der neue Außenminister Hermann Müller musste zur feierlichen Unterzeichnung nach Paris fahren. Die fand am 28. Juni im Spiegelsaal von Versailles statt, eine nachträgliche Reinigung für die Ausrufung des Kaiserreichs 1871. Zur zusätzlichen Demütigung der Deutschen hatte Clemenceau in einer Nische eine Gruppe besonders schwerer Verwundeter platziert, aber Hermann Müller nahm sie in seiner Aufregung und Befangenheit gar nicht wahr.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik

Der Versailler Vertrag war eine schwere Hypothek für die junge Republik. Dazu kamen große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Wirtschaft war im Krieg ganz auf die Kriegsnotwendigkeiten ausgerichtet worden, die jetzt nicht mehr gefragt waren. Die Märkte für deutsche Produkte waren verlorengegangen, die Soldaten, die aus dem Krieg zurückkamen, waren arbeitslos und hatten oft keinen Beruf gelernt, die Lebensmittelproduktion reichte nicht aus, überall herrschte Not, und das Geld war immer weniger wert. Dazu kam, dass sich das Volk keineswegs schuldig fühlte, die Deutschen hatten gekämpft, um sich zu wehren: *Uns treibt nicht Eroberungssucht, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter*. So hatte der Kaiser in seiner Thronrede vom 4. August gesagt. Von den Vorgängen, die zum Kriegsausbruch geführt hatten, wussten die Deutschen nichts. Die schlechte Behandlung durch die Siegermächte wurde deshalb unbewusst der Unfähigkeit der neuen Regierung angelastet. Außerdem hatten die Deutschen bis Mitte 1918 immer nur gehört, dass die Anstrengungen und Entbehrenungen zum Endsieg führen würden, der Krieg hatte immer weit weg im Feindesland stattgefunden, so war der Zusammenbruch war für die deutsche Öffentlichkeit völlig unvorbereitet. Die Generale trugen mit ihren Memoiren und Erinnerungen, in denen sie den Krieg gewonnen hätten, hätte man sie nur gelassen, dazu bei, und Hindenburg erklärte vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstags, das deutsche Heer sei *im Felde unbesiegt* gewesen. Die „Dolchstoßlegende“ besagte, dass das unbesiegte Heer durch die Revolution in der Heimat am Endsieg gehindert worden sei. Die alten Führungsschichten strickten an dieser Legende eifrig mit. Die Männer der Revolution wurden zu Novemberverbrechern, zu Agenten der Alliierten, zu Verrätern an der deutschen Sache, zu Freiwild: Matthias Erzberger und Walter Rathenau wurden aus dem rechten Untergrund ermordet. Bolschewismus-Kommunismus, „Verjudung“, Revolution und Demokratie, Schuld am verlorenen Krieg und die Unterschrift unter den Versailler Vertrag wurde zu einem großen Sündenregister gegen die Weimarer Republik zusammengefasst.

Die Vorstellung, dass die Bedingungen des Versailler Vertrags *„die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“* seien und Deutschland in langer Knechtschaft halten sollten, fand in den folgenden Jahren ihre Bestätigung. Die deutschen Regierungen brachten bei der Reparationskommission immer wieder vor, dass sie wegen der wirtschaftlichen Lage die Forderungen nicht voll erfüllen können. Aber Poincaré, nach dem Ende seiner Präsidentschaft am 7. Februar 1920 Präsident der Kommission und von Januar 1922 bis Juni 1924 wieder Premierminister, hielt das für Ausflüchte. Deshalb besetzten französische Truppen am 8. März 1921 die Städte Düsseldorf und Duisburg in der für Deutschland entmilitarisierten Zone auf der rechten Rheinseite, und am 26. Dezember 1922 stellte die Reparationskommission fest, dass Deutschland im abgelaufenen Jahr seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei (unter anderem seien 1922 statt der geforderten 13,8 Millionen Tonnen Kohle nur 11,7 Millionen und statt 200.000 Telegraphenmasten nur 65.000 geliefert worden). Deshalb ließ Poincaré zwischen dem 11. und dem 16. Januar 1923 das Ruhrgebiet als „produktives Pfand“ von 100 000 Mann französischer Truppen besetzen. Das Ziel war eine weitgehende Lösung des Ruhrgebiets aus Deutschland.

Der deutsche Reichskanzler Wilhelm Cuno verkündete am 13. Januar den passiven Widerstand, die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf, Betriebe und Behörden weigerten sich, mit den Franzosen zusammenzuarbeiten, Freikorps unternahmen Anschläge auf die Besatzer, die Franzosen reagierten mit Sühnemaßnahmen, 137 Deutsche wurden hingerichtet, darunter Leo Schlageter, der im Dritten Reich zum Nationalhelden aufstieg. Das Reich übernahm die Bezahlung der streikenden Arbeiter und Angestellten und druckte dafür neues Geld, das führte zu einer sich steigernden Hyperinflation, wo jeden Mittag der Dollarkurs neu festgelegt wurde und die Geldscheine immer wieder überdruckt werden mussten. Schließlich brach der neue Reichskanzler Gustav Stresemann im September 1923 den Ruhrkampf ab. Die neue Rentenmark entsprach einer Billion Mark (1.000 000 000 000), damit waren alle Geldvermögen und alle Kriegsanleihen wertlos, das Reich hatte sich seiner Schulden bei den Bürgern entledigt, die deutschen Sparere den Preis für die Kriegsausgaben bezahlt.

Die Nachkriegszeit in Frankreich

Frankreich hatte über Deutschland gesiegt. Der Tag des Waffenstillstands wurde zum nationalen Feiertag (und ist es bis heute). Aber der Preis war hoch. Frankreich war zwar wieder eine Großmacht und erhielt mit Syrien und dem Libanon einen Teil der bisherigen Türkei. Aber die französische Wirtschaft hatte ähnliche Probleme wie die deutsche, sich wieder auf eine Friedensproduktion umzustellen. Frankreich war wegen der Kriegsausgaben in England und den USA verschuldet und die Währung war durch die Überschuldung gefährdet und inflationär. Im November 1919 wurde die *Chambre des Députés* neu gewählt. In dieser Wahl *bleu horizon* wegen der Farbe der Uniform der zurückgekehrten Soldaten erhielt der *Bloc national* Mitte-rechts eine Mehrheit von 70%, die Linken (Radikalsozialisten und SFIO) bekamen 18% (bei der letzten Wahl 1914 waren es noch 50%). Bei der Nachfolge Poincarés wäre Clemenceau als *Père de la victoire* gern Präsident geworden, aber er war links und hatte sich viele Feinde gemacht. So wählten die Abgeordneten am 16. Januar 1920 den Senatspräsidenten Paul Deschanel, und als der nach kurzer Zeit amtsunfähig wurde, Alexandre Millerand, der sich im Krieg vom Radikalsozialisten zum strammen Rechten gewandelt hatte. Der Grundtenor bei der Wahl und in der Regierung von Mitte-rechts war Härte und Unnachgiebigkeit gegenüber einem Deutschland, das am Krieg und an der Misere schuld war.

Man machte Clemenceau Vorwürfe, er sei in den Pariser Friedensverhandlungen zu nachgiebig gewesen und habe die Zerschlagung Deutschlands nicht erreicht. Um sich vor einer deutschen Revanche zu schützen, hatte man für Deutschland die von den Siegermächten überwachte Zwangsabrüstung auf 100 000 Mann durchgesetzt, und Frankreich unterstützte Polen beim Aufbau einer starken Armee, und als Pilsudski in der Schlacht von Warschau im August 1920 an der Weichsel die Rote Armee zurückschlagen und so ein größeres Polen sichern konnte, war eine französische Militärmission unter dem damaligen General Maxime Weygand dabei. Eine von Frankreich initiierte kleine Entente vom August 1920 zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, den in den Friedensverhandlungen 1919 begünstigten Staaten, war eine zusätzliche Sicherheit gegen jede Revisionsforderung, ein „anti-revisionistisches“ Bündnissystem. Auch die von Poincaré gegen Deutschland verhängten militärischen Maßnahmen wurden von der Mehrheit im Parlament und von der Öffentlichkeit für richtig gehalten. Dahinter stand vor allem ein französisches Sicherheitsbedürfnis, denn man hatte den Krieg zwar gewonnen, aber die Erkenntnis griff mehr und mehr um sich, dass man sich einen solchen Sieg nicht noch einmal leisten könne, dass der Sieger durch den Krieg fast ebensoviel verloren hatte wie der Besiegte.

Die Ruhrbesetzung zeigte auch die Grenzen der Politik gegenüber Deutschland, denn die Inflationsspirale und der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands machte deutlich, dass man nicht gleichzeitig finanzielle und Sachleistungen verlangen und mit dem Ruhrgebiet das Herz der deutschen Industrie besetzen konnte. Deutschland konnte nur leisten, wenn es sich wirtschaftlich wieder erholte. Dazu kam, dass Großbritannien und die USA gegen die Ruhrbesetzung waren, und das Verhältnis zu diesen Staaten war schon wegen der Schulden, aber auch wegen der Sicherheit heikel. Dazu hatte der deutsche Reichskanzler Stresemann, der im November 1923 die Währungsreform durchgeführt hatte, die Ruhrbesetzung als vorläufig akzeptiert und den passiven Widerstand abgebrochen. Deshalb gab es bei der nächsten Parlamentswahl im Mai 1924 einen Linksruck. Das *Cartel des gauches* erhielt 56%, das Bündnis Mitte-rechts nur noch 35%. Die neue Mehrheit zwang Millerand am 11. Juni zum Rücktritt und wählte den früheren Radikalsozialisten Gaston Doumergue zum neuen Präsidenten.

Aristide Briand und Gustav Stresemann

Aristide Briand war Radikalsozialist und seit 1902 Abgeordneter. Er arbeitete 1904 das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche aus und war seit 1906 in verschiedenen Regierungen Minister in allen möglichen Funktionen, vor dem Krieg und im Krieg auch Premierminister. Im Juni 1914, vor Sarajewo, wollte er ohne Amt zur Kieler Woche fahren, um mit dem Kaiser zu reden, aber Viviani und Poincaré lehnten ab. Als Kriegspremier und Außenminister vom Oktober 1915 bis März 1917 hatte er schwere Krisen durchzustehen, hielt aber am Krieg und am Kriegsziel Elsass-Lothringen fest. Von Clemenceau ausgebootet, kritisierte

er den Versailler Vertrag, weil die Bedingungen zu hart waren und die gute Idee des Völkerbundes unter dem Ausschluss Deutschlands leiden musste. Nach dem Sieg des Kartells der Linken bildete zunächst Edouard Herriot eine Regierung, und er setzte die Räumung der rechtsrheinischen Städte Duisburg und Düsseldorf und des Ruhrgebiets durch. Voraussetzung dafür war der Dawes-Plan, der zum 1. September 1924 in Kraft trat und die deutschen Zahlungen festlegte, aber sie gleichzeitig an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands band und damit vorläufig deutlich absenkte. Nach Währungsreform und Dawes-Plan gab es amerikanische Kredite, die bei der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft halfen. Herriot musste wegen der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise im April 1925 zurücktreten. Sein Nachfolger als Premier- und Außenminister wurde Briand. Als Premierminister musste er im Juli 1926 aufgeben. Neuer Regierungschef wurde Raymond Poincaré, dem die Sanierung der französischen Währung gelang. Aber Briand blieb unter ihm und unter wechselnden Premierministern bis 1932 Außenminister, ähnlich wie Gustav Stresemann, der nach seinem Sturz als Kanzler am 22. November 1923 bis zu seinem Tod 1929 in verschiedenen Regierungen das Außenministerium leitete.

Stresemanns Politik war, den Friedensvertrag, den Deutschland ja unterschrieben und akzeptiert hatte, soweit wie möglich zu erfüllen und dadurch für Deutschland mehr Handlungsfreiheit zu erreichen. Briand wollte Deutschland aus der politischen Isolation führen, um durch konstruktive Zusammenarbeit eine bessere Sicherheitsarchitektur für Frankreich und Europa zu gewährleisten. Stresemann schlug im Februar 1925 einen Sicherheitspakt zwischen Deutschland und den Alliierten vor, und Briand ging darauf ein. So kam es im Oktober 1925 zur Konferenz von Locarno, bei der sich die beiden Außenminister zum ersten Mal trafen. Deutschland garantierte die Grenze zu Frankreich und zu Belgien, verzichtete also noch einmal auf Elsass-Lothringen und Eupen-Malmédy. Das Rheinland blieb entmilitarisiert, aber die linksrheinischen Besatzungszonen sollten vorzeitig geräumt werden. Deutschland würde in den Völkerbund aufgenommen werden und einen ständigen Sitz im Rat erhalten. Großbritannien und Italien waren Garantmächte des Locarnovertrags. Damit war der Ausschluss Deutschlands aus Europa und aus der Weltorganisation, wie ihn der Versailler Vertrag vorgesehen hatte, vorbei. Zwischen den beiden Außenministern entstand ein Vertrauensverhältnis: *in Locarno und bei den nachfolgenden Begegnungen entsteht zwischen den beiden Männern eine Herzlichkeit, gegenseitige Wertschätzung und schließlich Bewunderung* (Gérard Unger, Aristide Briand – le ferme Conciliateur, Fayard 2005, S. 493).

1926 wurde Deutschland in den Völkerbund aufgenommen (damals eine europalastige Organisation mit Sitz in Genf) und erhielt einen ständigen Sitz im Rat. Briand sagte dabei: *Zwischen Deutschland und Frankreich ist es Schluss mit den schmerzhaften und blutigen Zusammentreffen, mit denen alle Seiten der Geschichte befleckt sind. Es ist Schluss mit den langen Trauerschleiern über Leiden, die niemals nachlassen werden. Keine Kriege mehr, keine brutalen und blutigen Lösungen mehr für unsere Meinungsverschiedenheiten [...] Weg mit den Gewehren, den Maschinengewehren und Kanonen! Macht Platz für den Ausgleich, die Schiedsverfahren und den Frieden!*

Damit schien die Konfrontation der Nachkriegsjahre überwunden, Deutschland war wieder in Europa angekommen, Briand und Stresemann erhielten zusammen den Friedensnobelpreis. Briand legte 1930 sogar eine Denkschrift über *L'organisation d'un régime d'union fédérale européenne* vor. Europa schien auf einem guten Weg, die Folgen des Weltkriegs zu überwinden, und Briand und Stresemann wurden in ihren Ländern zum Gesicht dieser Politik.

Das Ende der Weimarer Republik

Aber das war nur ein Teil der Wahrheit. In Deutschland gewann die Rechte, die der Weimarer Republik ablehnend gegenüberstand, immer mehr an Boden und wurde radikaler. 1925 wurde der Kriegsheld Paul von Hindenburg in einer Direktwahl zum neuen Präsidenten gewählt, und er wollte eine Regierung ohne Beteiligung der SPD. Die wurde aber in der Reichstagswahl 1928 stärkste Partei und stellte mit Hermann Müller den Kanzler in einer Regierung der großen Koalition, deren stärkste Persönlichkeit Gustav Stresemann als Außenminister war und die trotz der Gegnerschaft Hindenburgs bis März 1930 hielt. In den Verhandlungen

Anfang 1929 für den Youngplan wurden die Reparationen endgültig festgelegt mit Zahlungen bis 1988, aber mit einer Herabsetzung der aktuellen deutschen Verpflichtungen. Dagegen gab es eine heftige Kampagne der Rechtsparteien, aber das Volksbegehren gegen den Youngplan, das das Abkommen ablehnen und die deutschen Unterzeichner wegen Landesverrat ins Zuchthaus bringen wollte, scheiterte am 22. Dezember 1929. Die Regierung musste zwei schwere Rückschläge verkraften, den Tod von Stresemann am 3. Oktober 1929 und drei Wochen später den amerikanischen Börsencrash, der zur großen Weltwirtschaftskrise führte. Deutschland war davon von Anfang an betroffen, weil die amerikanischen Banken Geld brauchten und die an deutsche Unternehmen gegebenen Kredite zurückriefen. Viele Unternehmen brachen zusammen oder mussten Arbeitskräfte entlassen, die Arbeitslosenzahl stieg sprunghaft an, und die große Koalition brach im März über der Sanierung der Arbeitslosenversicherung auseinander. Hindenburg ernannte Heinrich Brüning vom Zentrum zum Krisenkanzler. Der löste den Reichstag nach nur zwei Jahren auf, und bei der Neuwahl stieg die kleine Splitterpartei NSdAP, der Lautsprecher der Rechtsparteien, mit 18% zur zweitstärksten Partei auf und blockierte zusammen mit den Kommunisten mit 13% die Arbeit im Reichstag. Brüning regierte mit Ermächtigungen des Reichspräsidenten, und die Parteien der Großen Koalition hielten ihm den Rücken frei. Brüning sah seine Hauptaufgabe in der Stabilisierung des Geldwerts und des Geldmarkts. Die Löhne sanken, und die Arbeitslosigkeit stieg (im Februar 1932 44%). Im April 1932 wurde Hindenburg mit 53% gegen Hitler als Reichspräsident bestätigt. Brüning hatte die Parteien der Republik für seine Unterstützung gewonnen, dafür entließ ihn Hindenburg nach der Wahl. Nach zwei Reichstagsauflösungen und den erfolglosen Kabinetten Papen und Schleicher ernannte Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler. In der folgenden Reichstagswahl erhielt die NSdAP 44%, das Wahlbündnis der Deutschnationalen 8%. In der ersten Sitzung stimmte auch das Zentrum für ein Ermächtigungsgesetz, das Hitler alle Vollmachten gab und ihn vom Reichspräsidenten unabhängig machte. Mit diesen Vollmachten baute Hitler die deutsche Verfassungsordnung in wenigen Monaten völlig um: alle Herkunftsjuden wurden aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen, die Länder gleichgeschaltet, die Parteien abgeschafft und verboten, die Politiker der Weimarer Zeit in Konzentrationslager gebracht oder ins Exil gezwungen. Im „Röhmputsch“ von 1934 ließ Hitler seine Gegner innerhalb und außerhalb der Partei umbringen und übernahm für die politischen Morde offiziell die Verantwortung.

Die Krise der Dritten Republik

In Italien hatte Mussolini mit seinem „Marsch auf Rom“ 1922 die Regierung übernommen, das parlamentarische System ausgehebelt und seine politischen Gegner ausmanövriert (1924 Ermordung des Sozialisten Matteoti). Zum zehnjährigen Jubiläum 1932 sagte Mussolini: *Heute kann ich euch allen hier ruhigen Gewissens sagen, dass das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Faschismus sein wird.* Dem entsprach auch in Frankreich ein Gefühl, dass die Dritte Republik mit ihrer Vorherrschaft des Parlaments am Ende sei. 1928 hatte die rechte *Union républicaine et démocratique* mit 56% gewonnen. Nach Poincaré wurde André Tardieu konservativer Ministerpräsident. Er nahm den Young-Plan an, entschied aber auch über den Bau der Maginotlinie; die Frankreich vor deutschen Einfällen schützen sollte. Tardieu wollte eine wirtschaftliche Erneuerung, aber auch eine Reform des politischen Systems. 1932 scheiterte er in der Parlamentswahl, das *Cartel des Gauches* erhielt 55%. Zwischen dem ersten und den zweiten Wahlgang wurde der konservative Präsident Paul Doumer nach einjähriger Amtszeit von einem Attentäter getötet. Die Linke konnte unter Herriot, Boncour, Chautemps und Daladier die Krise nicht lösen. Im Februar 1934 schien Frankreich vor einer faschistischen Machtergreifung zu stehen, als der Führer der *Croix de Feu*, der Organisation der Kriegsteilnehmer, François de la Rocque, im Februar 1934 zum Marsch auf Paris aufrief, um gegen die Regierung Daladier zu protestieren. Aber er schreckte vor dem letzten Schritt zurück. Daraufhin ernannte Präsident Lebrun den gemäßigt konservativen früheren Präsidenten Gaston Doumergue zum Premierminister einer Regierung der *Unité nationale*, der Vorschläge zur Krisenbewältigung und zur Verfassungsreform machen sollte. Aber das Parlament wollte von einer Einschränkung seiner Vorrechte nichts wissen, und so gab er im November 1934 seinen Auftrag zurück. Seine Nachfolger

regierten mit einer Koalition von Teilen der Linken und der Mitte-rechts-Allianz, aber ohne viel Erfolg.

Da Deutschland unter Hitler die Zusammenarbeit aufgekündigt hatte und den Versailler Vertrag wie die späteren Abkommen missachtete, machte sich mehr und mehr ein Gefühl breit, dass die Zukunft durch einen Endkampf zwischen Faschismus und Kommunismus entschieden werde, und dass die Demokratie am Ende sei. Die französischen Intellektuellen zog es oft nach Moskau. Das bestimmte die Wahl von 1936, in der eine Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten mit 57% gewann. Da die alte sozialistische Partei SFIO mit 20% der stärkste Partner war (Kommunisten 15%), stellte sie mit Léon Blum den Premierminister. Aber die Volksfront scheiterte in der Wirtschaftspolitik und brachte keine richtige Unterstützung für die spanische Republik zustande, während die faschistischen Regierungen in Italien und Deutschland den aufständischen Generalen mit Geld und Waffen zu Hilfe eilten. Der Mythos des spanischen Bürgerkrieges, bei dem sich die dem Kommunismus nahestehenden Intellektuellen Europas und Amerikas auf republikanischer Seite engagierten, trug zum Scheitern der Volksfront bei. Blums Nachfolger wurde 1938 sein Kriegsminister Édouard Daladier, der Unterstützung von Mitte-rechts fand und mit dem britischen Premier Neville Chamberlain im September 1938 dem Münchener Abkommen und damit der Zerstückelung der Tschechoslowakei zustimmte. Danach setzte er sich für eine Verstärkung der französischen Rüstung ein.

Frankreich war aber auch ein begehrter Zufluchtsort. Deutsche und deutsch-jüdische Republikaner, Politiker, Dichter und Intellektuelle suchten und fanden dort Aufnahme, in Paris, aber auch im Süden. Sanary-sur-mer östlich von Marseille war 1938 ein bevorzugter Rückzugsort für eher begüterte Deutsche. Schon vorher hatte Frankreich nach dem russischen Bürgerkrieg und den neuen Grenzen in Osteuropa viele Flüchtlinge aufgenommen. Zu den Deutschen kamen nach dem Ende des spanischen Bürgerkriegs 1939 die einfachen Anhänger der Republik, die sich vor den brutalen und summarischen Rachemaßnahmen und Exekutionen der siegreichen Falangisten durch Flucht über die Pyrenäen retteten. Vermutlich musste eine halbe Million Bürgerkriegsflüchtlinge untergebracht werden, zuerst in Auffanglagern (das Lager Gurs, in das die elsässischen, badischen und pfälzischen Juden 1940 gebracht wurden, war ursprünglich für spanische Flüchtlinge angelegt worden), dann sickerten sie in die südfranzösische Bevölkerung ein. Die Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge trug zur wachsenden Unpopularität der Regierung bei.



Kriegsbeginn, französische Niederlage, Pétain und Vichy

Hitler hatte nicht nur seine Machtstellung nach innen gefestigt, sondern hatte durch seine Politik unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass er sich an den Versailler Vertrag und an die späteren Abkommen nicht mehr halten würde. Noch 1933 trat Deutschland aus dem Völkerbund aus und blockierte die Abrüstungskonferenzen. Danach wurden die Rüstungsbeschränkungen Schritt für Schritt aufgehoben, die entmilitarisierte Zone militärisch besetzt und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Durch die Aufrüstung wurde die Arbeitslosigkeit überwunden, den Deutschen ging es deutlich besser, und Hitler fand kaum Widerstand. Gegen die Aggressivität Hitlers schlossen sich Großbritannien und Frankreich politisch enger zusammen, und als Hitler sich im Sommer 1939 gegen Polen wandte, gaben die beiden Mächte eine unbeschränkte Garantie für die polnische Unabhängigkeit. Nach dem deutschen Angriff auf Polen erklärten Frankreich und England Deutschland am 3. September 1939 den Krieg.

Frankreich hatte eine starke Armee auch mit Panzern und modernen Waffen, dazu die gut ausgebaute Maginotlinie, an der ein deutscher Angriff zerschellen musste. Man fühlte sich militärisch sicher, aber die damalige französische Militärdoktrin war defensiv, die Panzer waren den Einheiten in der Maginotlinie zugeordnet. Nur ein junger Oberst, Charles de Gaulle, hatte 1934 in seiner Schrift *Vers l'armée de métier* eine stärkere Professionalisierung der Armee und die Schaffung von unabhängigen schnell operierenden Panzerverbänden gefordert. Aber insgesamt vertraute man auf die Armee und hielt sich für gut geschützt. Wenn Frankreich am 3. September mit seiner geballten militärischen Kraft über den Rhein nach Deutschland vorgedrungen wäre, hätte es Hitler in ernste Schwierigkeiten gebracht, weil die ganze deutsche Angriffsmacht gegen Polen eingesetzt und die Westgrenze kaum verteidigt war. Aber Frankreich wartete ab, in Polen konnten die Deutschen Erfahrung mit den schnell operierenden Panzerverbänden machen und im Mai 1940 griffen sie mit solchen Verbänden Frankreich durch die eigentlich als unwegsam geltenden Ardennen an, zerschnitten die Telefonleitungen und besetzten das Land, während die Armee in ihren Maginotstellungen auf Befehle wartete. Am 16. Juni trat der Premierminister Paul Reynaud zurück, weil die Mehrheit der Abgeordneten für einen sofortigen Waffenstillstand war. Am 17. kapitulierte Paris, und Präsident Lebrun beauftragte den Stellvertreter Reynauds, den alten Marschall Philippe Pétain, mit der Regierung und dem Abschluss eines Waffenstillstandes. Der wurde am 26. Juni in dem extra aus dem Museum geholten Salonwagen im Wald von Compiègne unterzeichnet. Am 10. Juli 1940 beschloss die Abgeordnetenkammer mit 569 gegen 80 Stimmen, den Marschall Pétain zu ermächtigen, eine neue Verfassung für den *État français* (nicht mehr die Republik) auszuarbeiten.

Im Waffenstillstand wurde Frankreich in eine besetzte und eine unbesetzte Zone eingeteilt. In der besetzten Zone hatten die Sieger das Entscheidungsrecht, in der unbesetzten die französische Regierung, nach ihrem Sitz Vichy-Regierung genannt. Die Kriegsgefangenen wurden zur Zwangsarbeit in Deutschland verpflichtet, die französischen Waffen fielen an Deutschland, und die französische Wirtschaft musste Deutschland zuarbeiten. Vor allem die landwirtschaftliche Produktion wurde zur Versorgung des deutschen Militärs herangezogen, der Cognac gehörte zur normalen Offiziersverpflegung. Paris war deutsches Hauptquartier.



Am 11. Juli 1940 veröffentlichte Pétain die Grundsätze der neuen Verfassung. Er selbst war *Chef d'État* mit Weisungsrecht gegenüber allen Staatsorganen. An die Stelle von *liberté, égalité, fraternité* trat *Travail, Famille, Patrie*. Die neue Ordnung hatte starke faschistische Elemente, die Führerrolle für Pétain, Antiparlamentarismus und Antikommunismus, dazu einen deutlichen Antisemitismus, zunächst gegen die ausländischen Juden, aber schon seit Juni 1940 mit dem Anlegen von Judenverzeichnissen (Statut des Juifs im Oktober 1940). Pétain sammelte um sich Gehilfen, die die enge Zusammenarbeit mit Deutschland wollten, den wendigen Laval als seinen ersten Premierminister oder Maxime Weygand und Admiral Darlan, aber auch überzeugte Faschisten wie Marcel Déat, die Frankreich zum Partner von Deutschland und Italien machen wollten. Die *Chantiers de la jeunesse française* waren eine Jugendorganisation wie vorher der Reichsarbeitsdienst. Die Politiker der Volksfrontregierungen wurden vor ein Sondergericht gestellt und dann an Deutschland ausgeliefert, wo sie zum Teil im KZ überlebten, z.B. Léon Blum. Die stramme faschistische Ordnung, die Wendung gegen Ausländer und Juden, die Stärkung der Kirche kamen in der Bevölkerung gut an. Nur De Gaulle, inzwischen General und Staatssekretär in der Regierung Reynaud, wehrte sich gegen den Waffenstillstand und rief am 18. Juni von London aus zur Weiterführung des Krieges auf. Aber er fand kaum Gehör. Frankreich war zur Kollaboration bereit. Die Anhänger von Vichy haben nachher zu ihrer Rechtfertigung gesagt, sie seien von Deutschland gezwungen worden und hätten nur das Schlimmste verhindert, aber mindestens in der Judenfrage hat Vichy eindeutig aus eigenem Antrieb gehandelt und die eingesammelten Juden in Drancy an die Deutschen übergeben. Der französische Journalist Serge Klarsfeld hat dazu viel Material gesammelt und veröffentlicht.

Das Elsass war im Waffenstillstand französisch geblieben. Es wurde nie offiziell abgetreten, aber einer reichsdeutschen Verwaltung unterstellt und mit Baden zum Gau Baden-Elsass unter dem Gauleiter Robert Wagner zusammengelegt. Frankreich hatte zugestimmt, die elsässischen Juden aufzunehmen, und Wagner schickte mit dem Transport die badischen und pfälzischen Juden gleich mit und meldete seinen Gau als ersten „judenfrei“. Die Elsässer waren Volksdeutsche und zum Wehrdienst verpflichtet, gerne auch bei der Waffen-SS. Etwa 130 000 *malgré nous* wurden vor allem an der Ostfront eingesetzt.

In Paris baute der frankophile deutsche Botschafter Otto Abetz ein Netzwerk mit rechtsintellektuellen Schriftstellern und Dichtern auf, weil er so eine deutschlandfreundliche und faschismusnahe Führungsschicht fördern wollte. Gleichzeitig war Paris aber für die deutschen Armeen Hauptquartier und Etappenort, und die Kanalküste wurde mit Bauten für den Atlantikwall und mit den U-Boot-Bunkern in St. Nazaire bestückt. Frankreich war eng in das deutsch beherrschte Europa eingebunden. Erst mit der zunehmenden Härte der deutschen Besatzung (1942 Aufhebung der Zone libre) und der ausgeweiteten Zwangsarbeit in Deutschland wuchs der Widerstand, die *Résistance*, die aber am Anfang vor allem kommunistisch war. Im Süden entzogen sich die jungen Leute der Rekrutierung für die Zwangsarbeit und versteckten sich in den Bergen. Erst die Niederlage der Deutschen in Stalingrad im Februar 1943 machte deutlich, dass der Krieg für Deutschland verloren war, die *Résistance* wurde zu einer allgemeinen Bewegung, und De Gaulle mit seiner *France libre* wurde zum Führer des richtigen (und kriegsführenden) Frankreich. Im Frühjahr 1944 hielt Pétain in Paris noch eine Rede vor seinen Anhängern, im September sprach De Gaulle als Befreier an derselben Stelle.

Im Juni 1944 waren die Alliierten in der Normandie gelandet, und am 24. August übergab der deutsche General von Choltitz Paris an den General Leclerc von den Streitkräften der *France libre*. Am 20. August war die Vichy-Regierung unter deutschem Druck nach Belfort verlegt worden, und von dort Ende August unter deutscher Bewachung in das Hohenzollernschloss nach Sigmaringen. Die zerstrittenen Führer hielten dort noch Hof, aber sie hatten nichts mehr zu sagen. Der (noch nicht übersetzte) Roman von Pierre Assouline, Sigmaringen, Gallimard 2014, schildert diese Episode. Pétain ging am 23. April 1945 in die Schweiz und dann freiwillig nach Frankreich zurück. In einem Prozess wurde er zum Tod verurteilt, aber zu lebenslänglicher Haft auf der Île d'Yeu begnadigt (1956 mit 95 Jahren gestorben).

Kapitulation, Besatzungsregime, De Gaulle und die Vierte Republik

De Gaulle war der provisorische Chef des neuen französischen Staates, aber dahinter gab es ein buntes Gedränge von Kommunisten, die sich als Kern der Résistance sahen, von den alten Parteien und vom MRP (Mouvement républicain populaire), einer neuen christdemokratischen und De Gaulle nahestehenden politischen Gruppierung. De Gaulle wollte eine Verfassung mit einem starken und vom Parlament weitgehend unabhängigen Präsidenten. Als er merkte, dass die Vertreter der Parteien mehr für eine parlamentarische Demokratie waren, trat er im Februar 1946 überraschend zurück. Die Verfassung der vierten Republik, nach dem Rücktritt de Gaulles im November 1946 durch Volksabstimmung angenommen, begründete eine parlamentarische Demokratie mit einem starken Parlament, einem repräsentativen Staatspräsidenten und häufig wechselnden Regierungen mit denselben Partnern. Das Parlament war in drei etwa gleiche Lager aufgeteilt: Kommunisten, Sozialisten, MRP. Die handelten untereinander die Regierung aus. Nach dem Bruch mit den Kommunisten 1947 wurde die Regierung von den Sozialisten und dem MRP getragen. Staatspräsident wurde der Sozialist Vincent Auriol.

Auf den Konferenzen von Teheran und Jalta hatten die Siegermächte die Aufteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen beschlossen: im Norden britisch, im Süden die USA, im Osten die Sowjetunion. In Jalta im Februar 1945 schlug Churchill vor, auch Frankreich zu beteiligen, und Stalin stimmte unter der Bedingung zu, dass die französische Zone nur aus der britischen und der amerikanischen Zone herausgeschnitten würde. Frankreich war also als Sieger- und Besatzungsmacht anerkannt, aber Details waren noch nicht festgelegt. Deshalb drängte De Gaulle die französische Armee, möglichst schnell den Rhein zu queren und nach Baden und Württemberg vorzudringen. Im April 1945 wurde der Rhein bei Speyer überquert. Es gibt einen Film, in dem De Gaulle auf der Autobahn bei Kronau eine Panzer-Parade abnimmt. De Gaulle wollte ganz Baden und ganz Württemberg als französische Zone sichern. In Karlsruhe wurde eine Wochenschau „Schlacht um Karlsruhe“ gedreht, und dann drängten die französischen Truppen weiter nach Heilbronn und Stuttgart vor. Aber die Amerikaner verlangten, dass die Autobahn Karlsruhe –Stuttgart – München unter ihrer Kontrolle blieb. Deshalb wurden im Sommer die beiden Länder südlich der Autobahn geteilt, Frankreich hatte Südbaden mit Freiburg und Württemberg-Hohenzollern, dazu von den Briten Rheinland-Pfalz. Die Amerikaner legten Stuttgart und Karlsruhe zu einem Land Württemberg-Baden zusammen. De Gaulle war 1945 für die Auflösung des deutschen Nationalstaates und für eine "Rheinbundpolitik", die Bindung kleiner deutscher Staaten auf beiden Seiten des Rheins an die französische Politik.

Die Besatzungszonen unterstanden der Militärregierung. Die französische Armee wurde zu großen Teilen dort stationiert, sie übernahm die Kasernen und requirierte Wohnungen für die Offiziere. Hauptquartier der französischen Armee wurde Baden-Baden, deshalb auch der Sitz des neugegründeten Südwestfunks für die französische Zone. Es gab Demontagen von Industrieanlagen, von Gleisen und rollendem Material, im Schwarzwald Kahlschläge für Bauholz. Gleichzeitig begann aber der demokratische Neuaufbau, zuerst in den Städten und Gemeinden, seit 1946 auch in den Ländern, immer unter der Verantwortung der Besatzungsmacht. Die französische Besatzung kümmerte sich vor allem auch um die Kultur und Entnazifizierung, die sie durch Förderung der französischen Sprache zu erreichen suchte. Die Viermächteverwaltung für Deutschland funktionierte durch den wachsenden Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion immer schlechter, und 1947 schlossen die USA und Großbritannien ihre Zonen zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammen. Die vierte Republik schloss sich an, und 1948 wurde für Westdeutschland die D-Mark eingeführt, 1949 das Grundgesetz beschlossen und die Bundesrepublik gegründet, aber nicht als souveräner Staat, sondern unter alliierter Oberaufsicht.

Deutschland hatte Frankreich vier Jahre lang geknechtet und ausgebeutet, und deshalb wurde die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands dort aufmerksam und misstrauisch beobachtet. Maßgebende französische Politiker wie Jean Monnet und Robert Schuman fanden in der Europäisierung der deutsch-französischen Probleme einen gangbaren und zukunftsweisen-

den Weg, und Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik, war davon überzeugt, dass eine Rückkehr Deutschlands in die internationale Politik nur über die europäische Integration gelingen würde. 1951 wurde die Montanunion zur gemeinsamen Förderung und Nutzung von Kohle und Stahl im Ruhrgebiet, in Lothringen und an der Saar gegründet. Es folgte die Straßburger Erklärung der Menschenrechte 1953. Die Europäisierung der Saar durch das Saarstatut scheiterte 1954 an einer Volksabstimmung, in der sich die Saarländer für die Zugehörigkeit zu Deutschland entschieden, und die französische Nationalversammlung lehnte im selben Jahr die Ratifizierung der lang verhandelten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als Voraussetzung für die deutsche Wiederbewaffnung ab. Mit den Römischen Verträgen von 1957 wurden die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom als weiterführendes europäisches Integrationsprojekt gegründet. Am 7. Januar 1958 wurde auf einer Außenministerkonferenz in Paris der deutsche Spitzendiplomat Walter Hallstein zum ersten Präsidenten der EWG-Kommission gewählt.

Das Problem der Vierten Republik war nicht das sich allmählich normalisierende Verhältnis zu Westdeutschland, sondern die Kolonien und die Entkolonisierung. Frankreich war eine Großmacht mit Sitz im Sicherheitsrat, aber dazu gehörte die Kolonialmacht, und Frankreich bemühte sich nach dem Weltkrieg, seine Kolonien wieder in den Griff zu bekommen. Indochina war im Krieg japanisch besetzt gewesen, und gegen die Japaner hatte eine nationale Widerstandsgruppe aus dem Norden gekämpft, und die kämpfte jetzt weiter gegen die zurückgekehrten Kolonialherren. Der Indochinakrieg nahm an Intensität zu, die Armee forderte immer mehr Truppen und Waffen, verlor aber 1954 die Schlacht von Dien Bien Phu. Pierre Mendès-France brach darauf als Premierminister den Krieg ab, Frankreich zog sich aus Indochina zurück, und Vietnam wurde geteilt. Gleichzeitig begannen aber die Schwierigkeiten in Algerien. Algerien war in drei französische Departements eingeteilt, aber französische Bürger waren nur die Kolonialfranzosen, nicht die Algerier, und gegen ihre Entrechtung und Diskriminierung regte sich immer mehr und gewalttätigerer Widerstand. Die Antwort der Armee war wieder Verstärkung und Brutalisierung. Die Folter wurde zur offiziellen Militärdoktrin. Die Dienstzeit für Wehrpflichtige wurde auf drei Jahre verlängert. 1961 wurde eine friedliche Demonstration von Algeriern in Paris von der Bereitschaftspolizei brutal niedergeschlagen, die vermutlich über 300 Opfer wurden zum Teil in die Seine geworfen.

Die Vierte Republik scheiterte an der Unlösbarkeit des Algerienkrieges. Am 13. Mai 1958 putschte die Armee unter General Massu und übernahm die Macht in Algier. Die Militärflieger flogen über Paris. Am 1. Juni übernahm De Gaulle die Leitung einer Allparteienregierung (ohne Kommunisten), und am 2. Juni erhielt er besondere Regierungsvollmachten und den Auftrag zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Diese Verfassung mit einem starken direkt gewählten Präsidenten wurde am 28. September 1958 von 80% der Wähler akzeptiert. Nach der Präsidentenwahl vom 21. Dezember übernahm de Gaulle am 8. Januar 1959 das Präsidentenamt. Damit begann die Fünfte Republik.

De Gaulle dachte nationalstaatlich und war gegen jede übernationale Integration. Außerdem hatte er mit Algerien, der Armee, der neuen Verfassung und der Sanierung Frankreichs viel zu tun. Trotzdem traf er sich am 14./15. September 1958 in Colombey-les-deux-églises mit Konrad Adenauer. Ein zweites Treffen fand am 29. Juli 1960 in Rambouillet statt. De Gaulle wehrte sich gegen die Integration in die NATO, gegen den Eintritt Großbritanniens in die EWG, und von 1965 bis 1966 betrieb Frankreich in der EWG die Politik des leeren Stuhls. Konrad Adenauer wurde im Juli 1962 zum Staatsbesuch in Frankreich empfangen, den De Gaulle im September erwiderte. In Ludwigsburg hielt er eine vielbeachtete Rede: *Ich beglückwünsche Sie ferner, junge Deutsche zu sein, das heißt, Kinder eines großen Volkes. Jawohl, eines großen Volkes, das manchmal, im Laufe seiner Geschichte große Fehler begangen hat, ein Volk, das aber auch der Welt geistige, wissenschaftliche, künstlerische, philosophische Wellen gespendet hat ... ein Volk, das im friedlichen Werk wie auch in den Leiden des Krieges wahre Schätze an Mut, Disziplin und Organisation entfaltet hat.* De Gaulle traf damit die deutsche Befindlichkeit und beförderte so die deutsch-französische Aussöhnung. Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Adenauer und De Gaulle in Paris den Elysée-Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Die fünfte Republik und die alte Bundesrepublik

Der Nachfolger Adenauers seit 15. November 1963, Ludwig Erhard, und sein Außenminister Gerhard Schröder hatten kein Verhältnis zu De Gaulle, trafen sich auch nicht. Doch trat 1967 der 1965 geschlossene Vertrag über die Fusion der Europäischen Gemeinschaften (EG) in Kraft. Auch zwischen Kiesinger (Kanzler einer Großen Koalition 1966 – 1969), seinem Außenminister Willy Brandt und der französischen Regierung gab es keine besonderen Kontakte. De Gaulle überstand den Mai 1968, trat aber am 27. April 1969 zurück. Der neue französische Präsident Georges Pompidou (1969 – 1974) und der neue Bundeskanzler Willy Brandt (1969 – 1974) hatten wenig gemeinsame Interessen, waren aber beide europäischer als de Gaulle.

Nach dem Tod von Pompidou wurde Giscard 1974 – 1981 französischer Präsident. Als radikaler Befürworter des Europäischen Aufbauprozesses begründete er die regelmäßige Abhaltung Europäischer Gipfeltreffen und unterstützte die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, insbesondere in Bezug auf Fragen der Budgetverwendung. Für das Europäische Parlament wurde erstmals 1979 eine Direktwahl nach allgemeinen und unmittelbaren Abstimmungsgrundsätzen eingeführt. Sein Partner in Deutschland war der Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974 – 1982) mit Außenminister Genscher. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft mussten den Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods, den Ölpreis-Schock und die damit verbundene rasante Inflation in den Griff bekommen. Schritte zur Einführung eines Europäischen Währungssystems (EWS) zur Reduzierung der Wechselkursrisiken zwischen den Mitgliedsstaaten wurden eingeleitet. Die im Zusammenhang mit dem Europäischen Währungssystem aus dem Währungskorb geschaffene Kunstwährung der European Currency Unit (ECU) wurde der Vorläufer des Euro. Dank der großen wirtschafts- und finanzpolitischen Übereinstimmung zwischen Giscard d'Estaing und Schmidt entwickelten die beiden befreundeten Politiker den Plan von informellen Treffen der wirtschaftlich wichtigsten Staaten USA, Kanada, Japan, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien (G7), die sich 1975 in Rambouillet auf Einladung Giscard's erstmals zu „Kamingesprächen“ ohne feste Tagesordnung, Protokoll und große Stäbe trafen.

Der Sozialist François Mitterand löste 1981 Giscard d'Estaing ab und blieb zwei Septennate bis 1995 französischer Staatspräsident. Sein deutscher Partner wurde Helmut Kohl, Bundeskanzler von 1982 bis 1998. Obwohl politisch wie persönlich von sehr verschiedener Statur, führten sie die deutsch-französischen Beziehungen wie die europäische Integration weiter, auch mit großen Gesten wie der Begegnung an den Gräbern von Verdun im November 1984. 1989 beschlossen sie die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade als Beginn eines Eurokorps. Ihr gegenseitiges Vertrauen erleichterte die für Frankreich schwierige Lösung der deutschen Wiedervereinigung 1990/91. Eine gewaltige Baustelle waren die Verhandlungen von Maastricht 1992, die zu größerer Integration und zur Gründung der EU am 1. November 1993 führten. Sehr aufwendig waren die Vorbereitungen für die Währungsunion mit damals 11 EU-Mitgliedern, die Anwendung der "Maastricht-Kriterien" für die Aufnahme in die Euro-Zone, die Festlegung von festen Wechselkursen und die Schaffung der Europäischen Zentralbank. Mit der Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 fand diese Entwicklung ihren Abschluss.

Deutschland und Frankreich im heutigen Europa

Der Nachfolger Mitterands wurde 1995 für 7 und 5 Jahre Jacques Chirac. Er hatte kein besonderes Verhältnis zu Deutschland und keine klare europapolitische Linie. Darin traf er sich mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998 – 2005). Beide einte die Ablehnung der amerikanischen Irakpolitik (Bushs "altes Europa").

Der Entwurf einer Verfassung wurde 2003 von einem Europäischen Konvent unter Giscard d'Estaing erarbeitet und am 29. Oktober 2004 feierlich in Rom unterzeichnet. Chirac legte für Frankreich eine Volksabstimmung fest, und die wurde für ihn zu einer bitteren Niederlage. Frankreich und die Niederlande lehnten am 29. Mai und 1. Juni 2005 die Verfassung ab.

Das Scheitern der Verfassung 2005 wurde zu einem Wendepunkt für Europa. Zwar war die EU durch die Osterweiterung von 2004 um zehn Staaten vor allem in Osteuropa gewachsen, unter anderen Polen und das Baltikum, und der von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy initiierte Vertrag von Lissabon (22. Juni 2007) sollte anstelle der Verfassung die europäische Integration weiterführen, aber in den alten EU-Staaten wuchs die Abneigung gegen die europäischen Institutionen und gegen den Verlust an nationaler Selbstständigkeit. Großbritannien beanspruchte schon immer eine Sonderstellung und drohte mit Austritt, und in den Niederlanden, in Dänemark, bei den wahren Finnen, in Frankreich mit dem *Front national* und bei linken Gruppen wuchs die Ablehnung. Sogar in Deutschland scheiterte die europa-kritische *Alternative für Deutschland* 2013 nur knapp an der 5%-Hürde.

Ein Problem ist die Währung. Bei der Einführung des Euro wurden, wie sich im Nachhinein zeigt, grundlegende Fehler gemacht. Auf deutsches Drängen hin wurde die unabhängige Europäische Zentralbank EZB als Hüterin der Geldwertstabilität geschaffen und in den Maastricht-Vertrag eine Verschuldungsgrenze von 3% des Sozialprodukts festgelegt. Aber die Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde nicht weiter koordiniert, und in den romanischen Ländern waren Verschuldungsprobleme immer mit einer Politik des leichten Geldes gelöst worden. Die nationalen Regierungen hielten an ihrer Verschuldungspolitik fest, aber die Schulden wurden nicht mehr durch eine stärkere Inflation abgewertet. Wegen des Rückhalts durch die starke Eurozone erhielt etwa Griechenland immer weitere Kredite, obwohl die eigene Leistungsfähigkeit sie längst nicht mehr deckte. Aus Angst, dass ein griechischer Staatsbankrott die kreditgebenden Banken in eine kritische Situation brachte und wie ein Dominoeffekt auf andere überschuldete Staaten wie Italien oder Frankreich wirkte, versuchten die Eurostaaten, Griechenland im Euro zu halten, zwangen dem Land aber gleichzeitig ein radikales Sparprogramm auf, das zwar den Maastrichtkriterien entsprach, aber in Griechenland und anderswo als deutsches Spardiktat verstanden wurde. Spanien und Portugal sparen, Frankreich und Italien müssten sparen, überall bedeutet das soziale Einschnitte und mehr Arbeitslosigkeit, und Deutschland mit seiner Kanzlerin Merkel wird dafür verantwortlich gemacht. Natürlich beunruhigt auch die neue Gewichtsverteilung in der EU, denn das wiedervereinigte Deutschland steht nicht nur geographisch im Zentrum der erweiterten EU, sondern ist auch die stärkste Wirtschaftsmacht. Hinter der Kritik an der „deutschen“ Sparpolitik steht auch die Angst vor einer deutschen Übermacht in der EU. In Frankreich ist an die Stelle der deutsch-französischen Achse ein Misstrauen gegen deutsche Absichten und deutschen Dirigismus getreten.

Dazu kommen Zweifel an der Ausrichtung von Europa. Die Europäische Union ist zu wirtschaftsliberal, zu bankenfreundlich, und die europäische Freizügigkeit weicht die Grenzen der Staatsangehörigkeit immer weiter auf. Das und die Flüchtlingsproblematik lassen eine weitere Einschränkung der nationalen Souveränität befürchten, und die europakritischen Parteien fordern deshalb eine Wiederaufnahme von Grenzkontrollen. Auch die Verhandlungen über ein großes Freihandelsabkommen wecken Ängste über einen national nicht mehr kontrollierbaren Markt. Europa ist europaskeptisch geworden, und das deutsch-französische Verhältnis leidet als Teil von Europa darunter.

Praktische Deutsch-Französische Probleme

Ein immer wiederkehrendes Problem ist der gegenseitige Sprachunterricht, dessen Intensivierung im Elyséevertrag gefordert wurde. Für den Austausch wurde auch das Deutsch-Französische Jugendwerk gegründet. Trotzdem ist das *Lerne die Sprache des Nachbarn* immer wieder gefährdet, Englisch hat in beiden Ländern Vorrang. In Deutschland ist wegen des Föderalismus eine allgemeine Beurteilung schwierig, aber Französisch ist im Gymnasium auf den dritten Platz nach Englisch und Latein abgerutscht. Die Diskussion um Grundschulfranzösisch in Baden-Württemberg entlang der Rheinschiene ist noch in Erinnerung.

In Frankreich ist das Schulsystem zentralistisch, hier scheint es eine neue Entwicklung zu geben. (Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris: FAZ 15. 04. 2015):

Frankreichs junge Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem, 37 Jahre, sieht sich als Vorkämpferin gegen elitäre Traditionen im staatlichen Schulsystem. Sie plant eine Reform der einheitlichen Mittelschule (6. bis einschließlich 9. Klasse), in deren Folge das Angebot an Deutschunterricht für junge Franzosen schon vom nächsten Jahr an stark eingeschränkt werden soll. Der aus Marokko stammenden Ministerin sind die Klassen mit intensivem Deutschangebot zu elitär und zu beliebt bei Eltern aus dem Bürgertum. Sie kritisiert sie als Grund für eine soziale Segregation an den Mittelschulen (Colleges). Deshalb sollen die bilingualen Klassen wie auch die sogenannten Europaklassen mit einem verstärkten Fremdsprachenangebot schon vom Schuljahresbeginn 2016 an nicht mehr an den staatlichen Mittelschulen angeboten werden. Anders als in Deutschland werden in Frankreich alle Schüler gemeinsam unterrichtet, das Gymnasium beginnt erst mit der 10. Klasse.

Die bilingualen Klassen, in denen ab der 6. Klasse vor allem Deutsch und Englisch vier Jahre lang zweigleisig unterrichtet werden, erfreuen sich seit ihrer Einführung 2003 regen Zulaufs. Diese Klassen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Zahl der Deutschschüler nach einem Tiefstand Ende der neunziger Jahre wieder bei fünfzehn Prozent eingependelt hat. Nun aber befürchten die Deutschlehrer „das programmierte Ende des Deutschunterrichts“. So lautet die Überschrift einer Petition, die vom Verein der Deutschlehrer ADEAF an Präsident François Hollande gerichtet wurde.

In französischen Intellektuellenkreisen, bei Philosophielehrern im Lycée und in ihrer Ausbildung sind drei deutsche Denker besonders präsent, viel präsenter als in Deutschland, und zwar Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger und Martin Heidegger, als Zeugen und Belege für die Kritik an der Aufklärung, die als Philosophie der traditionellen französischen Werte gilt. In Deutschland gibt es auch eine gewisse Abwendung von der aufklärerischen Philosophie, aber die geisteswissenschaftlichen Fächer überhaupt haben an Bedeutung verloren, sie gehören nicht mehr zum Bildungskonsens, Philosophie ist ein elitäres Universitätsfach. Die Diskussion über den Antisemitismus in Heideggers Schwarzen Heften bewegt nur ein paar Fachleute, und Wer liest noch Ernst Jünger?.

Die Karlsruher Technische Hochschule hat sich Ende der Sechzigerjahre mit dem Aufbau einer geisteswissenschaftlichen Fakultät zur „Universität“ weiterentwickelt. Heute dümpelt diese Fakultät so vor sich hin, die Universität wurde zum KIT, zum Karlsruher Institut für Technologie mit Exzellenz-Initiativen im naturwissenschaftlichen Bereich, mit entsprechenden Kontakten (vor allem in Englisch) und mit englischen Lehrangeboten. Frankreich ist ein Partnerland wie jedes andere. Wie in vielen anderen Bereichen ist der gegenseitige Kontakt normaler und routinierter geworden, aber auch nicht mehr privilegiert.

Die französisch-deutsche Achse ist für Europa immer noch wichtig, aber sie spielt nicht mehr die entscheidende Rolle, Europa ist mehrachsiger geworden. Auch die privilegierte Stellung des Französischen (nicht des Deutschen) wird immer mehr zum Anachronismus.